

Bericht der Arbeitsgruppe 3

Integration und Lebens- qualität – Wie wir morgen leben werden



Prof. Dr. Hubert Kleinert (Leiter der Arbeitsgruppe 3)

Einleitung	95
1. Zuwanderung und Integration	96
1.1. Migration und demografische Entwicklung	96
1.2. Integration als zentrale politische Herausforderung	98
1.3. Zum Umfang kultureller Differenz. Demokratiefeindlichkeit und Radikalismus-Potenziale von Migranten	99
1.4. Zum Stand der strukturellen Integration heute	103
1.5. Vordringliche Maßnahmen der Integrationspolitik bis 2025	105
2. Stadt und Land	112
2.1. Demografie, Metropolregion	112
2.2. Demografische Perspektiven	114
2.3. Chancen der Metropolregion	114
2.4. Globalisierung versus nachhaltige Regionalentwicklung	116
2.5. Das Ruhrgebiet als besondere Problemzone	116
2.6. Stadtentwicklung und Migration	119
2.7. Stadtentwicklung und innere Sicherheit	119
3. Wie wir morgen leben werden – Stadtentwicklung, Verkehr, Wohnen, Kultur	120
3.1. Anforderungen an Lebensqualität	120
3.2. Zurück in die Städte	120
3.3. Die Mobilität der Zukunft	121
3.4. Wohnen	122
3.5. Kultur	122
4. Anhang	127
4.1. Migration und Integration, Ergänzungspapier (Alice Schwarzer)	127
4.2. Neun Thesen zur Kultur, Ergänzungspapier (Hubert Kleinert)	130
4.3. Zukunftsprobleme des demokratischen Gemeinwesens. Entwicklungstendenzen der Demokratie (Hubert Kleinert)	133
5. Mögliche „Warum nicht ...?“-Fragen	146



Obere Reihe (v. l. n. r.): Alice Schwarzer, Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer;
 Untere Reihe (v. l. n. r.): Isabel Pfeiffer-Poensgen, Prof. Dr. Jürgen
 Flimm, Andrea Prym-Bruck, Dr. Annette Lepenies

Mitglieder der Arbeitsgruppe 3

Prof. Dr. Jürgen Flimm
 Prof. Dr. Hubert Kleinert (Leitung)
 Dr. Annette Lepenies
 Isabel Pfeiffer-Poensgen
 Andrea Prym-Bruck
 Alice Schwarzer
 Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer

Einleitung

Die unter dem Arbeitstitel „Lebensqualität“ gebildete Arbeitsgruppe 3 legt hiermit den zusammenfassenden Bericht ihrer Arbeit vor. Es ist der Ertrag aus unterschiedlich umfangreichen schriftlichen Beiträgen und den Diskussionen aus den vier Arbeitsgruppensitzungen, die zwischen Juni und Dezember 2008 stattgefunden haben. Nicht jeder konnte an allen Sitzungen teilnehmen, aber alle haben in der einen oder anderen Weise ihren Beitrag geleistet. Und alle Sitzungen standen im Zeichen engagierter und z. T. auch kontroverser Debatten. Für ihren Einsatz und ihr lebhaftes Engagement, für zahllose Ideen, Anregungen und Vorschläge gilt mein herzlicher Dank allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe.

Im Gegensatz zu den beiden anderen Arbeitsgruppen ergaben sich Gliederung und Vorgehensweise bei uns nicht von selbst. Die Vielschichtigkeit des Themas „Lebensqualität“ sowie die unterschiedlichen Interessen und fachlichen Schwerpunkte der Teilnehmer unserer Arbeitsgruppe machten thematische Schwerpunktsetzungen nötig. Migration – Integration, Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Verkehr, Stadtarchitektur, die Zukunft der Bürgergesellschaft und demokratischer Legitimation – da mussten

Lücken bleiben, konnte manches nicht so eingehend behandelt werden, wie es erstrebenswert gewesen wäre. Entsprechend bleiben die folgenden Texte manchmal skizzenhaft. Trotzdem sind auch diese Beiträge in unserem Bericht enthalten, weil wir ein möglichst vollständiges Bild unserer inhaltlichen Arbeit liefern wollen.

Die Themen **Migration und Integration** sollten von Anfang an einen besonderen Schwerpunkt bilden. Denn zweifellos ist die Bewältigung der durch Zuwanderung und Multiethnisierung entstandenen Probleme eine vorrangige, alle Lebensbereiche durchdringende Aufgabe künftiger Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Die breit geführte öffentliche Diskussion über die Ergebnisse der jüngsten bundesweiten Integrationsstudie zeigt das besonders anschaulich. Und das gilt besonders im Blick auf die absehbare demografische Entwicklung.

Dementsprechend steht das Thema am Anfang des vorliegenden Textes. Die in der Arbeitsgruppe breit geteilten Analysen und Schlussfolgerungen bilden das erste Kapitel des Berichts. Der Beitrag von Alice Schwarzer wird gesondert ausgewiesen. Einige Überlegungen und

Forderungen dieses Papiers wurden in der Arbeitsgruppe nicht geteilt, aber als wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs akzeptiert und werden deshalb als Anhang veröffentlicht. Dass es dabei auch zu einigen Überschneidungen mit dem Haupttext kommt, liegt in der Natur der Sache.

Es folgt ein umfangreicher Teil, der ursprünglich als „Lebensqualität von morgen“ angelegt war und die Themen **Stadt und Land**, demografische Entwicklung, Metropolregion, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr und Kultur im Zusammenhang behandeln sollte. In der hier vorgelegten Endfassung des Arbeitsgruppen-Berichts ist dieser Teil in zwei verschiedene Kapitel geteilt; das erste behandelt strukturelle Grundsatzzfragen der Landesentwicklung im Zusammenhang mit demografischen Trends, das zweite geht auf Fragen der Stadtentwicklung im engeren Sinne ein und behandelt Anforderungen an Standortqualität, Verkehr, Wohnen und Kultur. Diese Aufteilung folgt inhaltlichen Überlegungen.

Wie wir morgen leben werden – da musste das Thema Kultur in unserer Arbeit eine starke Rolle spielen. Dazu sind verschiedene Papiere vorgelegt worden. Neben dem Konsens-

teil sind in den Anhang neun Thesen des Unterzeichners aufgenommen worden, die in der Arbeitsgruppe z. T. kontrovers diskutiert wurden. Da sich die Diskussion in den Arbeitsgruppensitzungen sehr stark auf die Probleme der Integration konzentriert hat, konnten, vom Kulturteil abgesehen, manche Themen nicht breit abgestimmt werden. Teile der Kapitel 2 und 3 gehen zurück auf Entwürfe, die an einigen Stellen eher skizzenhaft angelegt und nicht immer voll ausgearbeitet sind.

Den letzten Teil des Berichts bilden die **Anhänge** mit Namensbeiträgen von Alice Schwarzer über Migration und Integration und von dem Unterzeichner zur Kultur sowie zur Zukunft der Demokratie. Ausgehend von besorgniserregenden Tendenzen eines seit Jahren wachsenden Vertrauensschwunds in Parteien und politische Institutionen wird im letzten Papier der Versuch unternommen, Ursachen und Hintergründe dieser Trends zu analysieren. Die für jede gestalterische Politik

und ihre Umsetzung in der Zukunft erheblichen Probleme betreffen Nordrhein-Westfalen jedoch nicht allein, sondern die Bundesrepublik insgesamt. Da dieser Teil nicht ausreichend diskutiert werden konnte, die Arbeitsgruppe ihn aber für einen wichtigen Diskussionsbeitrag hält, ist er ebenfalls Bestandteil des Anhangs.

Marburg, 12. März 2009

Hubert Kleinert

1. Zuwanderung und Integration

1.1. Migration und demografische Entwicklung

Von den 18 Millionen Menschen, die heute in Nordrhein-Westfalen leben, haben 4,1 Millionen eine Zuwanderungsgeschichte. Darunter sind 1,9 Millionen Ausländer. Etwa 2,7 Millionen Bürger Nordrhein-Westfalens sind im Ausland geboren, gehören demnach zur ersten Einwanderergeneration. Für mehr als 20 % der Einwohner des Landes ist Migration Teil der eigenen oder der familiären Identität. In manchen Großstädten der Rheinschiene oder des Ruhrgebiets trifft das sogar für jeden dritten Einwohner zu. Neben den Aussiedlern stellen Menschen mit türkischen Wurzeln dabei die größte Gruppe. Mehr als 850.000 Bürger Nordrhein-Westfalens sind türkische Staatsangehörige oder eingebürgerte Türken.

a) Allgemein

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung wird in den Jahren bis 2025 weiter zunehmen, obwohl die großen Zuwanderungswellen der Vergangenheit angehören. Die Zuwanderung von Asylbewerbern hat von 30.000 in 1995 bis auf 5.000 im Jahr 2007 abgenommen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Spätaussiedler von 45.000 auf 1.300 pro Jahr gesunken ist. Auch der Familiennachzug hat seinen Höhepunkt überschritten: 2006 sind mehr türkische Staatsangehörige aus Nordrhein-Westfalen

weggezogen, als neu ins Land gekommen sind. Dennoch wird sich der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung vergrößern: 2025 werden etwa 4,5 Millionen von 17,6 Millionen Einwohnern – also ein gutes Viertel der Bevölkerung – Menschen mit Migrationshintergrund sein.

Weil die Bevölkerung insgesamt leicht schrumpft, die Zahl der Menschen mit Migrationsgeschichte aber weiter zunimmt, wird der Anteil der Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung noch deutlicher wachsen (von heute 20 % auf 26 %). Allerdings wird diese Zunahme geringer ausfallen, als manchmal angenommen wird. Das gilt besonders für die Zahl der **Ausländer**, was vor allem eine Folge des veränderten Staatsangehörigkeitsrechts ist. Noch nicht absehbar ist, wie sich die gesetzlich vorgesehene Pflicht zur Entscheidung zwischen zwei Staatsangehörigkeiten bei den jungen Erwachsenen im Einzelnen gestalten wird. In der Praxis hat sich die Hinnahme von Doppelstaatsbürgerschaften schon in den letzten Jahren ausgeweitet. In der Diskussion der Arbeitsgruppe 3 gab es kontroverse Auffassungen zur Hinnahme von Doppelstaatsbürgerschaften. In den Zeitraum bis 2025 fällt die Phase, in der erstmals eine große Anzahl Heranwachsender gesetzlich verpflichtet sein wird, sich zwischen der deutschen und der ursprünglichen Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die Mehrheit der Arbeitsgruppe ist mit der gegenwärtigen Rechtslage im Prinzip einverstanden.

b) Regional

Die Entwicklung des Migrantenanteils stellt sich in den einzelnen Regionen des Landes unterschiedlich dar: In bestimmten städtischen Ballungsräumen vor allem des Ruhrgebiets wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Jugendlichen in wenigen Jahren 50 % oder mehr erreichen. Gleichzeitig wird es aber auch zu Veränderungen in der Altersstruktur der Bürger mit Zuwanderungsgeschichte kommen. Schon für 2020 ist ein prozentualer Anstieg der über 65-Jährigen mit Zuwanderungsgeschichte von heute 7 % bis auf 12 % prognostiziert, wobei heute der Altersdurchschnitt der Zuwanderer deutlich unter dem der Deutschstämmigen liegt (33,4 gegenüber 42,5 Jahre).

Beim Ausländeranteil ist von einer starken Konzentration in städtischen Ballungsräumen auszugehen; betrachtet man die Gesamtzahl der Menschen mit Migrationshintergrund, ist die Verteilung ähnlich, allerdings etwas weniger deutlich ausgeprägt. In Aachen, Köln, Düsseldorf und Dortmund ist heute schon ungefähr jeder fünfte Einwohner Ausländer, während ländliche Regionen wie z. B. Coesfeld und Höxter nur Ausländeranteile von 4 bzw. 5 % aufweisen. Allerdings hat etwa der Landkreis Paderborn im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße etwa dreimal so viele Spätaussiedler aufgenommen wie die Stadt Köln. Demnach ist trotz der besonderen Konzentration der Folgeprobleme von Migrationsprozessen in den großen Städten die Bedeutung der Integrationsproblematik auch für den ländlichen Raum nicht zu unterschätzen. In Leverkusen, Aachen, Düsseldorf, Dortmund, Bielefeld und Köln stellen Zuwanderer etwa ein Drittel der gesamten Bevölkerung.

c) NRW als Einwanderungsland

Schon die Zahlen erlauben keinen Zweifel, dass die Entwicklung von Migration, besonders aber die Integration von Menschen mit eigenem oder familiärem Migrationshintergrund eine der zentralen politischen Herausforderungen der Jahre bis 2025 darstellt. Faktisch ist Deutschland in den letzten Jahrzehnten zum Einwanderungsland geworden, was für Nordrhein-Westfalen aus strukturellen Gründen überdurchschnittlich zutrifft.

Mit einem Ausländeranteil von 10,6 % lag Nordrhein-Westfalen 2006 hinter Baden-Württemberg und Hessen an dritter Stelle unter den Flächenstaaten der Bundesrepublik Deutschland (bundesweiter Auslän-

deranteil: 8,8 %). Zu oft und zu lange ist in Grundsatzdebatten über Einwanderungsgesellschaft, Multikulturalismus oder deutsche Leitkultur an den wirklichen Problemen der Einwanderung und ihren Folgen vorbeidiskutiert worden. Erst in jüngerer Zeit zeichnet sich allmählich ein politischer Grundkonsens ab, der die Realitäten der Einwanderungsgesellschaft Deutschland akzeptiert, ohne dabei in Illusionen zu verfallen und die realen Probleme der Integration zu verkleinern. Das öffentliche Bewusstsein für die konkreten Probleme und die praktischen Notwendigkeiten zu integrationspolitischem Handeln ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen.

Aus demografischer Sicht ist Zuwanderung kein Problem, im Gegenteil. Ohne Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern wäre die Bevölkerungsentwicklung bereits in den letzten Jahrzehnten deutlich negativer verlaufen. Zwischen 1964 und 2006 hat sich die Zahl der hier jährlich geborenen Kinder halbiert; 2006 hatte jedes sechste in Nordrhein-Westfalen geborene Kind eine muslimische Mutter. Mit Blick auf die Bedeutung von Migration für die demografische Entwicklung ist allerdings zu bedenken, dass sich die Kinderzahl ausländischer Frauen in der Bundesrepublik immer stärker der des Bevölkerungsdurchschnitts annähert.

d) Auf der Suche nach Fachkräften

Wir werden im Berichtszeitraum weitere Zuwanderung auch deshalb brauchen, um dem prognostizierten Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dazu sind auch entsprechende Öffnungen des Arbeitsmarkts für Hochqualifizierte nötig. Die vorliegenden Zahlen über die Zuwanderung von Hochqualifizierten in den vergangenen Jahren weisen diese als lächerlich gering aus (2007: 111 Hochqualifizierte nach Nordrhein-Westfalen). Der Strom gut ausgebildeter Zuwanderer geht, wie die EU feststellt, an Deutschland vorbei. Die USA und Kanada sind für diese Personengruppe deutlich attraktiver. Das sollte so nicht hingenommen werden; dabei betrachten wir Zuwanderung von bereits Qualifizierten als Ergänzung, nicht als Alternative zur Qualifizierung des schon hier ansässigen Arbeitskräftepotenzials. Diese bleibt die vorrangige politische Aufgabe. Das heißt freilich auch, dass Politik Zuwanderung auch unter ökonomischen Aspekten steuern muss. Soweit Zuwanderer über entsprechende Qualifikationsvoraussetzungen verfügen oder sie erwerben, werden sie in den kommenden Jahrzehnten nicht nur einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Folgen der demografischen

Entwicklung abzufedern, sondern auch für die Prosperität des Landes insgesamt von großer Bedeutung sein. Wenn solche Qualifikationsvoraussetzungen jedoch nicht vorliegen, wird die entsprechende Zuwanderung zukünftig die sozialen Probleme eher noch verschärfen.

e) Nationalitäten

Die mit Abstand größte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen bilden heute türkischstämmige Bürger; knapp jede dritte Ausländerin und jeder dritte Ausländer haben die türkische Staatsangehörigkeit. In Duisburg ist die Mehrheit der Ausländer türkischer Nationalität. In Düsseldorf dagegen beträgt dieser Anteil nur 15 %; hier leben genauso viele Asiaten wie Türken. Insgesamt sind etwa 10 % der Ausländer in Nordrhein-Westfalen Asiaten, ungefähr 5 % sind Afrikaner. Ungefähr jeder dritte Ausländer kommt aus einem Mitgliedsstaat der EU. Einschließlich der Türken sind ungefähr 80 % der hier lebenden Ausländer Europäer.

Die Menschen mit Migrationshintergrund bilden weder ethnisch noch sozial eine homogene Gruppe (vgl. unten). EU-Ausländer haben geringere Integrationsprobleme; dasselbe gilt für die sogenannten „Bildungsausländer“. Sehr viel stärkere Probleme zeigen sich bei der Integration von muslimischen Zuwanderern. Jüngst veröffentlichte Studien haben dies gerade wieder bestätigt. Deshalb war es notwendig, dass wir uns mit dieser Gruppe von Zuwanderern besonders beschäftigen.

1.2. Integration als zentrale politische Herausforderung

Wichtiger noch als alle Bemühungen um die politische Steuerung von Zuwanderung ist die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft. „**Integration**“ ist dabei in einem doppelten Sinn gemeint: Einmal geht es um **soziale Integration** von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, also um ihre Chancen vor allem im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt, um die Zuteilung von Ressourcen wie Bildung, Beruf, Geld etc. Zum anderen geht es um **kulturelle Integration** im Sinne der Akzeptanz von grundlegenden Normen und Spielregeln unserer Gesellschaft durch die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Zwischen diesen beiden Seiten von Integration besteht ein innerer Zusammenhang: Struk-

turelle Integration im Sinne von Teilhabe an den sozialen Chancen der Mehrheitsgesellschaft fördert kulturelle Integration, umgekehrt können fehlende Chancen zur sozialen Integration kulturelle Gräben vertiefen oder sogar erst neu hervorbringen. Gelungene soziale bzw. strukturelle Integration ist nicht die einzige Bedingung für kulturelle Integration, sicher aber ist sie eine wichtige Voraussetzung. Wie weit Integration gelingen oder misslingen kann, wird sich nicht nur, aber doch in erster Linie an den künftigen Bildungs- und Arbeitsmarktchancen der Menschen mit Migrationshintergrund entscheiden.

Wenn wir nachfolgend den Bedingungen für den Abbau struktureller Ungleichgewichte zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern im Bildungssystem und bei den Arbeitsmarktchancen besonderes Gewicht beimessen, bedeutet das nicht, dass wir die Probleme der kulturellen Integration vernachlässigen. Neuere Studien zu den verschiedenen sozialen Milieus der Zuwanderer weisen zwar ein Überwiegen Integrationswilliger aus; zugleich aber werden drei Milieus ausgemacht, die nicht primär integrativ orientiert sind.

a) Archaisches Milieu

Ein sozial unterprivilegiertes, religiös verwurzelt Milieu ist stark geprägt von archaischen und patriarchalischen Wertvorstellungen, bei denen sich die Betonung religiöser Grundsätze, Bedürfnisse nach einer starken sozialen Kontrolle, Verständnislosigkeit gegenüber dem liberalen westlichen Lebensstil mit seiner Freizügigkeit und ein starker Anti-Individualismus mit Bildungsarmut, geringen Sprachkenntnissen und einem insgesamt niedrigen Integrationsniveau verbinden. Viele haben trotz z. T. langjährigen Aufenthalts in Deutschland weder eine ausreichende Bereitschaft zu noch das Bedürfnis nach kultureller Integration und sind eher bereit, Fremdheit und Ausgrenzung zu ertragen. Während ihr Zugang zum kulturellen Angebot des Zuzugslands gering ist, werden die religiösen Angebote der eigenen Kultur und der ethnisch geprägten Kulturzentren in großem Umfang genutzt. Dieses Milieu will die entsprechenden Traditionen auch an die eigenen Kinder weitergeben.

b) Entwurzeltes Milieu

Als wenig integrationsorientiert muss auch das Milieu der „Entwurzelten“ gelten, das nur oberflächlich von religiösem Traditionalismus geprägt ist, dennoch an

Traditionen wie z. B. Familienehre und autoritären Rollenvorstellungen festhält und dem liberalen Lebensstil der westlichen Gesellschaften mehr oder weniger verständnislos gegenübersteht. In diesem vorwiegend von Bürgerkriegsflüchtlingen und kurdischen Türken gestellten Milieu verbinden sich materialistische Grundvorstellungen, fehlende Sprachkenntnisse und niedrige Bildungsvoraussetzungen mit Heimatnostalgie, fehlendem Integrationswillen und einer z. T. aggressiven Abwehr der deutschen Gesellschaft. Gleichzeitig distanziert man sich von anderen Einwanderergruppen.

c) Hedonistisches Milieu

Von diesen beiden Milieus zu unterscheiden ist ein wenig integrationswilliges, dabei deutlich jüngeres, hedonistisch-subkulturelles Milieu, das vor allem von Türken der zweiten Generation gestellt wird. Dieses Milieu ist mit der einheimischen Kultur durchaus vertraut und verfügt auch über die entsprechenden Sprachkenntnisse. Vor dem Hintergrund von Träumen von einem Wohlstandsleben einerseits und realer Chancenlosigkeit andererseits werden hier die entsprechenden Erfahrungen in Form einer Distanz zur Mehrheitsgesellschaft und einer trotzigigen Underdog-Mentalität verarbeitet. Dabei verbindet sich ein im Kern westlich geprägter Konsummaterialismus mit starker Konzentration auf das Hier und Jetzt mit dem Wunsch nach Rückzug in eine eigene Subkultur, in der nicht selten auch Gewalt eine Rolle spielt. Die Erfahrung realer Chancenlosigkeit disponiert dabei zu Selbstinszenierungen als „Fremder“ mit eigener Sprach- und Wertewelt. Der dabei praktizierte Rückgriff auf herkunftskulturelle Muster wie Gott, Familie oder Ehre dient als „Identitätskrücke“, die nicht wirklich konsequent gelebt werden kann, sondern primär die Rolle von Abgrenzungsmustern gegenüber der Mehrheitsgesellschaft spielt. Dieses Milieu wird in der Zukunft zahlenmäßig noch zunehmen, wenn sich an der Realität mangelnder sozialer Integration als Folge von Bildungsrückständen, Bildungsunwillen und entsprechend geringer Chancen auf dem Arbeitsmarkt keine entscheidenden Veränderungen erreichen lassen. Was die Muslime betrifft, so sehen quantifizierende Untersuchungen heute bei knapp zwei Dritteln von ihnen eine Bereitschaft zur Anpassung an die deutsche Kultur, ohne Aufgabe der eigenen kulturellen Identität. Ein Sechstel besteht auf ihrer kulturellen Eigenart, zeigt aber keine Neigung, sich von der Aufnahmegesellschaft zurückzuziehen. Bei etwa 20 % verbindet sich die Betonung kultureller Eigenständigkeit mit Tendenzen eines Rückzugs in die von der Mehrheitsgesellschaft

separierte, ethnisch-kulturell definierte Ursprungsgruppe. Hierbei muss speziell beachtet werden, dass bei allen Annahmen unter Muslimen differenziert werden muss – Schiiten, Sunniten und Alewiten können nicht immer gleich behandelt werden.

1.3. Zum Umfang kultureller Differenz. Demokratiefeindlichkeit und Radikalismus-Potenziale von Migranten

Seit der Arbeit von Heitmeyer 1997 ist eine Reihe von Studien publiziert worden, die sich mit der quantitativen Dimension kultureller Fremdheit und besonders mit der Anfälligkeit des muslimisch geprägten Bevölkerungsteils gegenüber Ideologien und Zielen des fundamentalistischen Islamismus befassen. Manche dieser Untersuchungen erlauben auch Rückschlüsse auf das quantitative Ausmaß demokratiekritischer, autoritärer und tendenziell demokratiefeindlicher Einstellungen, auch wenn diese nicht mit einer direkten Unterstützung der Ziele des islamistischen Radikalismus oder gar mit offener Befürwortung von Gewalt verbunden sind. Bei allen unterschiedlichen Schwerpunkten der entsprechenden Untersuchungen und aller Differenziertheit der entsprechenden Ergebnisse kann als einigermaßen gesichert gelten:

- a) Enge religiöse Bindungen und eine starke Ausrichtung an religiösen Regeln verbinden sich bei einem erheblichen Teil der muslimischen Bevölkerung mit einer Tendenz zur aggressiven Abgrenzung von Muslimen, die solche Wertvorstellungen nicht teilen. Sie verbinden sich zugleich mit einer Neigung zur pauschalen Aufwertung der islamischen Kultur und zur Abwertung westlicher und christlich geprägter Kulturen. Eine vom BMI geförderte Studie von Wissenschaftlern der Uni Hamburg quantifiziert 2007 das entsprechende religiös-fundamentalistische Potenzial auf etwa 40 % der muslimischen Gesamtbevölkerung. Dieser Teil der Muslime bezieht sich auf einen als unveräußerlich wahr und unveränderlich erachteten Islam und fordert eine wortgetreue Befolgung seiner Ge- und Verbote, wie sie in den Heiligen Schriften festgelegt sind. Der Islam ist für sie die einzig wahre Religion, der gegenüber andere Religionen als minderwertig gelten. Eine Anpassung des Islam an die Gegebenheiten moderner Gesellschaften lehnen sie ab. Dies ist nicht gleichzusetzen mit dem Umfang der demokratiefeindlichen Haltung des islamistischen Radikalismus oder gar mit Sym-

Isabel Pfeiffer-Poensgen



pathien für denselben. Religiös-fundamentalistisch orientierte Muslime sind nicht per se demokratiefeindlich; umgekehrt haben nicht alle, die demokratiefeindlich oder gar gewaltbereit sind, entsprechende religiös-fundamentalistische Wertvorstellungen. Etwa bei einem Sechstel dieser Gruppe kann von einer extremen Ausprägung fundamentalistischer Haltungen gesprochen werden. Etwa drei Viertel dieser Gruppe sind kaum oder wenig in die deutsche Gesellschaft integriert.

- b) 20 % der Muslime orientieren sich streng an den religiösen Regeln des Islam und den in den Heiligen Schriften dargestellten Prinzipien und sind als „religiös-traditionalistische Orthodoxe“ zu kennzeichnen. Im Unterschied zu den fundamental Orientierten neigen sie aber nicht zur Abwertung anderer Überzeugungen und solcher Muslime, die die religiösen Regeln weniger streng befolgen. Davon zu unterscheiden ist eine ähnlich große dritte Gruppe, bei der die religiösen Ge- und Verbote zwar hohe Zustimmung erfahren, die aber individuell weniger gläubig ist. Etwa 20 % der Muslime in Deutschland sind nur schwach oder gar nicht religiös orientiert. Über 80 % bezeichnen sich als „gläubig“ oder „sehr gläubig“. Etwa die Hälfte der Muslime in Deutschland hat in Kindheit und/oder Jugend eine Koranschule besucht. 68 % der Muslime halten die Einrichtung zusätzlicher Korankurse für wichtig.
- c) Eine starke Distanz zur Demokratie ist bei etwa 8 – 12 % der muslimischen Gesamtbevölkerung auszumachen. Bei etwa der Hälfte davon steht diese Einstellung in Verbindung mit fundamentalistischen religiösen Orientierungen. Etwa 12 % der muslimischen Bevölkerung zeigen islamisch-autoritäre Wertvorstellungen, die sich durch eine Kombination radikaler Kritik an westlichen Gesellschaften mit der Befürwortung islamischer Rechtssysteme wie der Scharia auszeichnen (Befürwortung der Todesstrafe bzw. der äußerst grausamen Körperstrafen). Etwa ein Drittel dieser Vertreter islamisch-autoritärer Wertvorstellungen kommt aus gut gebildeten und individuell nicht diskriminierten Kreisen. Bei etwa der Hälfte zeigt sich umgekehrt eine Verbindung von niedrigem Bildungsstand und individuellen Diskriminierungserfahrungen. Bei einem Fünftel verbinden sich traditionelle religiöse Orientierungsmuster ohne tiefe innere Gläubigkeit mit einer Selbstexklusion aus der Mehrheitsgesellschaft, d. h. der Rückzug wird bewusst gesucht, ohne dass er als Reaktion auf die Erfahrung von Ausgrenzung und Marginalisierung interpretierbar wäre. Muslime, die sich in islamischen Vereinen engagieren, regelmäßig nicht-deutsche Zeitungen lesen und nicht-deutsche Fernsehsender anschauen, zeigen eine deutlich stärkere Demokratiedistanz.
- d) Etwa 6 % der muslimischen Gesamtbevölkerung müssen als Befürworter massiver Formen politisch-religiös motivierter Gewalt angesehen werden. Eine weitaus größere Gruppe zeigt einzelne Anzeichen von Gewaltakzeptanz, die sie als potenziell anfällig erscheinen lassen können: So halten 40 % die Anwendung von Gewalt als Reaktion des Islam auf die „Bedrohung durch den Westen“ prinzipiell für legitim. Allerdings lehnen 90 % Selbstmordattentate und terroristische Handlungen klar ab. Eine zusammenfassende Betrachtung der Gruppen, die entweder eine starke Distanz zur Demokratie und/oder eine hohe Akzeptanz von politisch-religiöser Gewalt aufweisen, zeigt einen Anteil von 12 bis 16 % unter den Muslimen. Dabei sind Mitglieder in islamischen Vereinen deutlich über-, Mitglieder anderer Vereine deutlich unterrepräsentiert.
- e) Wesentlich höhere Anteile der muslimischen Bevölkerung stehen zentralen Grundprinzipien der Demokratie verständnislos gegenüber. Unter den für die BMI-Studie Befragten plädiert etwa die Hälfte für den Primat der Religion gegenüber der Politik (obwohl die Türkei seit Atatürk ein laizistischer Staat ist). Ebenfalls etwa die Hälfte bejaht die Aussage, nach der die Demokratie entscheidend verantwortlich sei für die hohe Kriminalität; zwei Drittel (65 %) bejahen eine stärkere staatliche Kontrolle von Zeitungen und Fernsehen. Ein Drittel tritt für die Todesstrafe ein.
- f) Etwa die Hälfte der Muslime fühlt sich stärker mit ihrem Heimatland verbunden als mit Deutschland. Nur 12 % definieren sich eher als deutsch, obwohl jeder Dritte eingebürgert ist. Gleichzeitig aber fühlen sich 87 % in Deutschland eher wohl. 40 % sprechen im Freundeskreis nie oder selten deutsch, was auf eine geringe Frequenz alltäglicher Sozialbeziehungen hindeutet. Ein Drittel der Muslime nutzt Massenmedien ausschließlich in der Muttersprache. Knapp ein Fünftel ist Mitglied eines Vereins, wobei die Hälfte der Vereinsaktivitäten sich auf ausschließlich islamische bzw. landsmannschaftliche Vereinigungen bezieht. In sprachlich-sozialer Hinsicht sind

20 % sehr schlecht oder schlecht integriert, weitere 37 % allenfalls mäßig.

- g) Werden Jugendliche gesondert betrachtet, liegen die Anteile in allen Gruppen etwas höher. Die BMI-Studie identifiziert 44 % der Jugendlichen als fundamental Orientierte, für 17 % werden starke Einflüsse eines islamischen Autoritarismus festgestellt. Fast ein Viertel der muslimischen Jugendlichen (24 %) hat starke antisemitische oder antichristliche Vorurteile. Umgekehrt hat ein noch höherer Anteil nicht muslimischer Migranten Vorurteile gegenüber dem Islam. Da auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht unerhebliche Ressentiments bestehen, liegt hier ein beträchtliches Konfliktpotenzial.
- h) 95 % der muslimischen Migranten stimmen der Aussage zu, dass Zuwanderer auch in Deutschland die Kultur ihres Heimatlandes weiter pflegen sollten. Zwar stimmen 82 % der Aussage „eher“ oder „völlig“ zu, dass Zuwanderer ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen sollten. Immerhin 18 % aber sehen das anders; ungefähr gleich viele sind der Auffassung, dass Ausländer hier besser unter sich bleiben sollten.
- i) Eine gesonderte Betrachtung von Migranten mit hoher Bildungsqualifikation zeigt ein differenziertes Bild. Auch unter studierenden Muslimen zeigt sich ein hohes Maß an orthodoxen bzw. fundamentalistischen religiösen Orientierungen. Es ist aber deutlich niedriger als in der muslimischen Gesamtbevölkerung. Etwa 8 % der muslimischen Studierenden zeigen eine starke Distanz gegenüber der Demokratie. 6 % der muslimischen Studierenden stehen in erkennbarer Nähe zu islamistischen Einstellungen. Bei den demokratiefeindlichen Einstellungen sowie den Befürwortern politisch-religiöser Gewalt überwiegen die Männer.
- j) Auch unter deutschen Jugendlichen existiert ein quantitativ nicht unerhebliches Potenzial von Autoritarismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit, das im Vergleich zu den Muslimen manche Parallele aufweist. Es gibt jedoch signifikante Unterschiede. Diese betreffen insbesondere die Religion, was nicht heißt, dass starke Religiosität immer der entscheidende Risikofaktor wäre. Dabei dürfen die Unterschiede zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen im Islam nicht vernachlässigt werden. Dass dies innerhalb der Mehrheitsgesellschaft meist nicht geschieht, ist auch ein Integrationshemmnis.
- k) Mit Blick auf die Anfälligkeit für Extremismus und Radikalismus lassen sich bei jungen Muslimen zwei Gruppen deutlich unterscheiden: einmal die wenig gebildeten und sozial ausgegrenzten; zum anderen solche, die keineswegs am Rande stehen, sondern in einem Prozess von Identitätsfindung zwischen verschiedenen kulturellen Referenzsystemen, bei dem für diese Identitätsfindung die Wahrnehmung von Marginalisierung der eigenen Bezugsgruppe und einer als „moralisch verkommen“ erscheinenden Umwelt eine zentrale Rolle spielt. Dabei werden Religion und Koran zu Optionen bei der individuellen Sinnsuche.
- l) Etwa ein Drittel unter den weiblichen Muslimen in Deutschland äußert, dass es ihnen ein Bedürfnis sei, in der Öffentlichkeit ein Kopftuch zu tragen, was in der Türkei in öffentlichen Institutionen verboten ist. 26 % der muslimischen Männer äußern, dass es ihnen wichtig sei, dass Frauen aus ihrer Familie sich öffentlich in dieser Weise zeigten. Dabei sind die Kopftuchbefürworter in den jüngeren Altersgruppen stärker vertreten als in den älteren. Unter den gar nicht oder wenig religiös Orientierten finden sich nur ganz wenige Befürworter des Kopftuchs; unter den sehr Religiösen dagegen ist es die erdrückende Mehrheit (fast 80 % der Frauen).

Die vorliegenden Daten zeigen, dass es keine linearen Zusammenhänge zwischen struktureller und kultureller Integration gibt. Sprachkompetenz und hoher Bildungsstand sind keine Garantien für die Bereitschaft zur Akzeptanz der Spielregeln der demokratischen Werteordnung. Diese Akzeptanz ist aber unter den Gebildeteren **deutlich stärker** verbreitet.

Viele soziologische Studien zeigen, dass auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft ein nicht unerhebliches Maß an autoritären und z. T. demokratiefeindlichen Einstellungen besteht. Die entsprechende Ablehnung steht freilich dort so gut wie nie in Verbindung mit religiös-fundamentalistischen Wertvorstellungen, die sich auf die unbedingte und uneingeschränkte Geltung religiöser Regeln und Prinzipien im gesellschaftlichen und politischen Leben beziehen.

Insgesamt deuten die empirischen Befunde auf eine beachtenswerte Kluft zwischen den Wertorientierungen eines erheblichen Teils der muslimischen Zuwanderer und der großen Mehrheit der Mehrheitsgesellschaft hin. Diese Kluft sollte nicht überdramatisiert, aber auch nicht ignoriert werden.

1.4. Zum Stand der strukturellen Integration heute

Wir sind vom Ziel der sozialen Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte noch weit entfernt. Zuwanderer bzw. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind im Durchschnitt deutlich schlechter ausgebildet als Deutschstämmige. Sie haben auf dem Arbeitsmarkt eher die unteren Positionen besetzt, sind im Vergleich zu den Deutschstämmigen viel häufiger Arbeiter und viel seltener Angestellte oder Beamte. Sie sind weit überproportional im insgesamt schrumpfenden verarbeitenden Gewerbe und sehr viel seltener auf qualifizierten Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor tätig. Viel häufiger als Deutschstämmige haben sie weder einen Schulabschluss noch eine abgeschlossene Berufsausbildung. Entsprechend ist ihre Aussicht, zum Empfänger von Arbeitslosengeld und Sozialtransfers zu werden, mehr als doppelt so hoch. Im Vergleich zur deutschstämmigen Wohnbevölkerung ist diese Gruppe auch mehr als doppelt so häufig in der offiziellen Kriminalstatistik vertreten, wobei der Anteil ausländischer Jugendlicher besonders ins Gewicht fällt. 2007 stellten Ausländer laut offizieller Kriminalitätsstatistik 21,6 % aller Tatverdächtigen in Nordrhein-Westfalen. Angesichts der erheblichen sozialen Unterschiede ist dies freilich nicht sehr überraschend.

a) Bildung

Ausgesprochen besorgniserregend ist die Tatsache, dass der Bildungsstand der in der Bundesrepublik geborenen Migrantenkinder im Durchschnitt schlechter ist als der Bildungsstand derjenigen, die im Ausland geboren wurden. Das zeigt, wie unbegründet frühere Vorstellungen waren, nach denen sich die Probleme der Integration durch Zeitablauf und Generationenfolge gewissermaßen im Selbstlauf lösen würden. Diese für Deutschland insgesamt problematische Entwicklung zeigt sich auch in Nordrhein-Westfalen. 2006 hatten 20,8 % der Ausländer und eingebürgerten ehemaligen Ausländer, die in Nordrhein-Westfalen lebten, keine abgeschlossene Schulausbildung. Damit liegt Nordrhein-Westfalen exakt im Bundesdurchschnitt: Hier verließ 2005 jeder fünfte Jugendliche mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss, dagegen nur jeder zwölfte Deutschstämmige (7–8 %). Nur etwa 40 % der ausländischen Jugendlichen erreichen einen besseren Abschluss als den der Hauptschule; bei den Deutschstämmigen sind das über 70 %. Unter den Ausländern haben fast 40 % der 24- bis 29-Jährigen keine

abgeschlossene Berufsausbildung, während dasselbe nur für jeden zehnten Deutschen gilt. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stellen heute weniger als ein Viertel der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen, aber mehr als zwei Drittel aller Menschen ohne Schulabschluss (470.000). Besonders stark betroffen davon sind die türkischen Einwanderer: 37 % der türkischen Wohnbevölkerung von NRW verfügte 2006 über keinen Schulabschluss. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Ein knappes Drittel der Männer (31,5 %), aber beinahe die Hälfte aller türkischen Frauen ist ohne Schulabschluss.

Insgesamt stellen die türkischstämmigen Zuwanderer hier die größte Problemgruppe (neben den zahlenmäßig weniger gewichtigen Albanern und Kosovaren und Serben), während die übrigen Migrantengruppen aus Ost- und Südosteuropa im Durchschnitt bessere Bildungsvoraussetzungen mitbringen.

Zwar haben sich die Bildungsqualifikationen bei den Migrantenkidern in den letzten Jahren etwas verbessert. Die Abiturientenquote unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht unerheblich gestiegen. Auch die Selbständigenquote der Migranten ist gewachsen. Der Anteil der ausländischen Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist zwischen 1986 und 2006 um ein Drittel gesunken, während der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife unter den Ausländern von 5,7 auf 10,9 % angestiegen ist. Es wäre aber vermessen, daraus Angleichungsprozesse abzuleiten, zumal der positive Trend in den letzten Jahren ins Stocken geraten ist. Die Differenzen in Bildung und Ausbildung zwischen Deutschstämmigen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind weiterhin derart groß, dass von einer **systematischen Ungleichverteilung von Bildung** gesprochen werden muss. Dies gilt ganz besonders für die türkischen Zuwanderer. Im Schuljahr 2006/2007 lag der Anteil von Schülern mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte an den Hauptschulen des Landes bei 29 %; an den Gymnasien lag dieser Anteil lediglich bei 6 %.

Bemerkenswert ist bei den Schulabschlüssen von Migrantenkidern auch die Ungleichverteilung zwischen den Geschlechtern. Im Schuljahr 2006/2007 hat jeder achte türkische Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen, aber nur jede dreizehnte türkische Schülerin. Noch ungünstigere Zahlen nennt die Statistik für albanische und serbisch-montenegrinische

Schüler und Schülerinnen. Danach verlässt jeder vierte albanische und verlassen sogar fast 30 % der serbisch-montenegrinischen Schüler die Schule ohne Abschluss. Nur 7 % der Albaner und Albanerinnen erreichen Hoch- bzw. Fachhochschulreife. Deutlich besser schneiden dagegen die Russen ab, wobei hier die großen Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen ins Auge fallen (3 % der Mädchen, aber 11 % der jungen Männer schaffen keinen Hauptschulabschluss).

b) Arbeit

Auch auf dem Arbeitsmarkt lassen sich integrationshemmende strukturelle Ungleichgewichte zwischen Deutschen und Zuwanderern erkennen. Große Unterschiede zeigen sich in der Struktur der Erwerbstätigkeit mit der starken Konzentration der häufig gering qualifizierten Zuwanderer auf das krisenanfällige, schrumpfende produzierende Gewerbe sowie auf niedrig qualifizierte Tätigkeiten im Dienstleistungssektor (z. B. Gastgewerbe). Sie zeigen sich aber auch in der Verteilung der Erwerbstätigkeit nach Geschlechtern. 45,3 % der deutschstämmigen Erwerbspersonen in NRW sind Frauen, während der Frauenanteil bei den Erwerbspersonen mit Zuwanderungsgeschichte mit knapp 40 % deutlich niedriger liegt. Besonders niedrig ist der Frauenanteil bei Erwerbspersonen mit türkischer Staatsangehörigkeit (31 %). Die Erwerbsquote bei den deutschen Frauen lag in NRW 2006 bei 66,7 %, bei den Türkinnen aber nur bei 35,6 %. Von diesen türkischen Frauen sind 55 % als Arbeiterinnen beschäftigt. Dagegen sind nur 17 % der deutschen erwerbstätigen Frauen Arbeiterinnen (Anteil der Arbeiterinnen an den erwerbstätigen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte insgesamt: 39,2 %).

27 % aller Deutschstämmigen arbeiteten 2006 im produzierenden Gewerbe, aber 40 % aller Türken. 49 % der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Arbeiter, bei den Türken sind es sogar 65 %. Unter den Deutschstämmigen beträgt dieser Anteil 27 %. Bei den Selbstständigen gleichen sich die Gesamtzahlen allmählich an; nach wie vor aber liegt die Selbstständigenquote der Türken unter dem Durchschnitt.

Diese ungleiche Verteilung von Qualifikation und Erwerbstätigkeit findet ihren Niederschlag auch in der Arbeitslosenstatistik. 2006 waren insgesamt 10 % der Erwerbspersonen in NRW arbeitslos. Unter den Deutschen lag dabei die Rate bei 8,5 %. Unter den Ausländern aber waren 22 % der Erwerbspersonen arbeitslos,

bei den Türken sogar 26 %. Fast 40 % der Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen waren 2006 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Dabei ist der Anteil der ausländischen Arbeitslosen unter den Leistungsempfängern im SGB-II-Bereich mit 85 % aller ausländischen Arbeitslosen deutlich höher als jener der deutschen Arbeitslosen (73 %). Mit anderen Worten: Ausländer und Menschen mit Migrationsgeschichte sind von Langzeitarbeitslosigkeit weit überproportional betroffen.

Angesichts der absehbaren Trends auf den Arbeitsmärkten der Zukunft, wo von einer überproportionalen Abnahme des Beschäftigungsangebots für niedrig Qualifizierte und von weiteren Schrumpfungen im verarbeitenden Gewerbe auszugehen ist, werden sich die strukturellen Disparitäten zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern ohne erfolgreiche Gegenstrategien eher noch verschärfen. Hochwahrscheinlich werden Zuwanderer von der sich abzeichnenden weiteren Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse ohne ausreichende soziale Absicherung und ohne existenzsichernde Vergütung deutlich stärker betroffen sein.

c) Einkommen und Vermögen

Diese ungleiche Verteilung von Bildung und Arbeitsmarktchancen spiegelt sich auch in der Einkommensverteilung wider. Die „Armutsrisikoquote“ bei Deutschstämmigen liegt in Nordrhein-Westfalen derzeit bei 10 %, bei Türken dagegen liegt sie viermal so hoch. Knapp 30 % der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind von Armut betroffen (dabei wird die EU-Definition zugrunde gelegt, nach der die Armutsschwelle dann unterschritten ist, wenn ein Haushalt weniger als 60 % des mittleren Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung hat).

Insgesamt haben sich zwar Soziallage und Lebenschancen vieler Zuwanderer etwas verbessert, sodass in der Soziologie dafür schon der Begriff „Teilintegration“ angeboten wurde (Geißler). Zu einem erheblichen Teil leben Zuwanderer heute unter ähnlichen Bedingungen wie strukturell benachteiligte Deutschstämmige. Ihr insgesamt deutlich niedrigeres Qualifikationsniveau lässt freilich ihr durchschnittliches Nettoeinkommen erheblich niedriger ausfallen. Auch das gilt für die türkischstämmigen Zuwanderer in besonderer Weise. Im Zuge des wachsenden Wohlstandsgefälles zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen lässt sich von einer Tendenz zur „**ethnischen Unterschichtung**“ der Gesellschaft sprechen. Migrantinnen werden einen weit

überproportionalen Teil des neuen „Prekariats“ bilden, das sich zu verfestigen droht, wenn die derzeitige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft anhält.

1.5. Vordringliche Maßnahmen der Integrationspolitik bis 2025

Die angeführten Befunde zum heutigen Stand der sozialen Integration von Zuwanderern zeigen, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Bildungsniveau von Zuwanderern wesentlich zu verbessern. Dies gilt umso mehr, als wir auch bei vorsichtigen Prognosen von einer weiteren Steigerung des Bevölkerungsanteils der Menschen mit Migrationsgeschichte bis 2025 auszugehen haben und sich Erfolgschancen auf dem Arbeitsmarkt mehr noch als heute bereits im Bildungssystem entscheiden werden. **Hier liegt der Schlüssel zum Erfolg von Integration.** Gelingt es nicht, den Anteil der Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen unter den Zuwanderern entscheidend zu vergrößern, wird dies nicht nur den absehbaren Mangel an gut qualifizierten Fachkräften verschärfen. Es droht die Entstehung einer neuen ethnischen Unterschicht. Dies gilt für Teile des Ruhrgebiets mit hoher Konzentration von Zuwanderern in besonderer Weise.

a) Bildung und Sprachförderung als Voraussetzung für Integration

Wichtigste Voraussetzung für eine spürbare Verbesserung des Bildungsniveaus von Zuwandererkindern ist die Sprache. Deshalb müssen große Anstrengungen zur frühkindlichen Sprachförderung unternommen werden. Die Einführung der verbindlichen Sprachstandsfeststellung für alle Kinder zwei Jahre vor ihrer Einschulung durch die Landesregierung ist ein richtiger Schritt auf diesem Weg. Wenn die dabei vorgesehene zusätzliche Sprachförderung tatsächlich helfen soll, frühkindliche Defizite zu beheben, müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Tatsache, dass bei der ersten flächendeckenden Überprüfung des sprachlichen Entwicklungsstandes der Kinder festgestellt wurde, dass fast jedes fünfte Kind hier erhebliche Rückstände aufweist, zeigt das Ausmaß der vorhandenen Probleme. Dabei müssen Eltern dazu verpflichtet werden, ihre Kinder an entsprechenden Maßnahmen teilnehmen zu lassen, wenn diese keine Kindertageseinrichtung besuchen. Auch die Einführung einer obligatorischen Vorschulklasse könnte einen

wichtigen Beitrag leisten, Sprachentwicklungsrückstände abzubauen. Die Arbeitsgruppe regt daher ausdrücklich deren Einführung an.

Von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung von Bildungs- und Zukunftschancen von Zuwandererkindern ist ferner der Ausbau von Ganztagschulen. Die bisher unternommenen Anstrengungen der Landesregierung zur Erhöhung der Zahl der Ganztagsschulplätze genügen noch nicht. Es ist zu wenig, wenn bis 2010 für jedes vierte Kind ein Ganztagsschulplatz geschaffen werden soll. Problematisch erscheint unter dem Gesichtspunkt starker räumlicher Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der verpflichtende wohnortnahe Grundschulbesuch. Wir wissen freilich auch, dass die Einführung einer Art „Migrantenquote“ für den Grundschulbesuch, mit dem Ziel, eine bestimmte Durchmischung von deutschstämmigen Kindern mit Kindern aus Migrantenfamilien zu gewährleisten, auf große Probleme stoßen würde. Wir glauben, dass eine besondere Förderung solcher Schulen mit besonders hohen Anteilen von Migrantenkindern der bessere, weil praktikablere Weg wäre. Deutsch als Pflichtsprache für alle sollte dabei in der Schule eine Selbstverständlichkeit darstellen.

Voraussetzung gelingender Integration ist auch die Steigerung der Bildungsmotivation in den Migrantenfamilien. Diese wird nicht erreicht werden, wenn Einwanderer-Eltern vermittelt wird, dass sie sich an die kulturellen Normen und Bildungspraktiken der Mehrheitsgesellschaft anzupassen haben. Es geht auch darum, in spezifischen, ethnisch geprägten Erfahrungen Bildungschancen zu sehen. In unserer Gesellschaft mit ihrer traditionellen Belehrungspädagogik fällt dies besonders schwer. Andererseits hat sich auch im Umgang mit bildungsarmen Familien gezeigt, wie wichtig es ist, auf Erfahrungslernen zu setzen. Wenn Kinder und Jugendliche merken, dass die Kompetenz ihrer Eltern anerkannt wird, sind sie eher bereit, sich auf andere Normen und Werte einzulassen. Die Verknüpfung von privater und öffentlicher Erziehung, die in Deutschland aus historischen Gründen schwerfällt, ist im Hinblick auf Migrantenfamilien von besonderer Bedeutung. Für alle gilt: Bildungsmotivation ist ohne Kulturrepekt nicht denkbar.

b) Islamunterricht an den Schulen

Ein Islamunterricht an den Schulen in deutscher Sprache ist eine wünschenswerte Alternative zu Koranschul-

len. Die Landesregierung sollte alles dafür tun, um möglichst bald Voraussetzungen für ein entsprechendes Unterrichtsangebot zu schaffen. Schon heute wird an den Schulen von NRW das Fach Islamkunde angeboten, das als religionskundlicher Unterricht über den Islam sachlich zu informieren versucht. An 120 Schulen nehmen 8.000 Schüler daran teil.

c) Erziehungskompetenz in bildungsarmen Migrantenfamilien – Mütter und Väter sind der Schlüssel zur Integration

Die gezielte Förderung der Erziehungskompetenz gerade von bildungsarmen Zuwandererfamilien muss diese Maßnahmen sinnvoll begleiten und ergänzen. Engagement und Einbeziehung der Eltern sind für den Erfolg aller Anstrengungen zu Sprach- und Bildungsförderung von zentraler Bedeutung. Dies gilt umso mehr, als soziologisch erwiesen ist, dass die auffällig hohe Gewaltbereitschaft muslimischer Jugendlicher mit autoritären Erziehungsstilen und häufigen Gewalterfahrungen in den Familien stark korreliert. In schwach integrierten, stark religiös geprägten und sozial unterprivilegierten Elternhäusern muslimischer Migranten machen Jugendliche mit Abstand am häufigsten die Erfahrung gewalttätiger Eltern. Diese Erfahrung fördert die Entstehung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen. Die familiären Sozialisationserfahrungen gehören demnach zu den wichtigsten Ursachen von Gewaltbereitschaft und Integrationsunwilligkeit. Wenn es gelingt, Erziehungsstile und Erziehungspraktiken in diesen Elternhäusern zu verändern, werden die Integrationschancen steigen. Integration fängt in der Familie an.

Eine fatalistische Berufserfahrung des Vaters hemmt – auch aus Loyalität – die Leistungs- und Zukunftsorientiertheit des Sohnes. Den Familienzusammenhang nutzen und ein Mitglied repräsentativ aufwerten – das ist für viele Migrantenfamilien von entscheidender Bedeutung. Erziehungsstile und Erziehungspraktiken wird man dann verändern können, wenn man auch ihre positiven Seiten anerkennt, bevor man sie auf die Akzeptierung der Mehrheitskultur hinlenkt. Erfahrungsgemäß steigen damit die Integrationschancen.

Beim laufenden und großflächig geplanten Ausbau von Familienzentren müssen spezielle Angebote für Familien mit Zuwanderungsgeschichte zu den Schwerpunkten gehören. Die Gesellschaft muss sich viel stärker um die Familien in den sozialen Problemvierteln kümmern –

nicht nur, aber ganz besonders um die Migrantenfamilien. Am Modell der Eltern orientieren sich die Kinder.

Die Familienzentren, die schon heute in den sozialen Brennpunkten eine wichtige Rolle übernommen haben, werden sich in Zukunft an jene Familien wenden müssen, die bisher wenig Offenheit für Bildungsangebote gezeigt haben. Dies gilt besonders für Eltern, die die Förderung der Kleinkinder unter drei Jahren bisher nicht erreicht hat. Gerade in Nordrhein-Westfalen hat sich die nach holländischem Vorbild orientierte „aufsuchende Präventionsarbeit“ bewährt (Opstapje-Projekt). Geschulte Laien aus dem gleichen soziokulturellen Umfeld gehen in die Familien und weisen auf niedrigschwellige Angebote in Familienzentren, Nachbarschaftsheimen, Schulen usw. in unmittelbarer Nähe hin (Hippie-, Rucksackprojekte, Stadtteilmütter der RAA Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien). In Zukunft muss besonders den Frauen, die sich in dieser Weise engagieren, die Chance zu einer weiterführenden Qualifizierung mit einem eigenen Berufsbild (Sozial-, Erziehungsassistenten o. Ä.) eröffnet werden. Wir wissen, dass die Anerkennung der Mütter in ihrer neuen Berufsrolle die Anerkennung und das Selbstwertgefühl der gesamten Familie steigert. In Nachbarschafts- und Mehrgenerationshäusern, in denen unterschiedlichste Aktivitäten angeboten werden, lassen Teilhabe und Verantwortung ein Gefühl der Verbundenheit entstehen, das viele Migrantenfamilien aus den Dorfgemeinden ihrer Herkunftskultur kennen. Sie bilden eine Alternative zu den großfamilialen Netzwerken, die oft als Abschottung gegen Integration wirken. Dazu gehören Ehrenräte der alten Migranten, Väter-Kind-Gruppen, Väter-Söhne-Aktivitäten, Mütter-Töchter-Aktivitäten, Großeltern-Enkel-Treffen, Hausarbeitsbetreuung und Tauschbörsen, Babysitting-Ausbildung und Babysitting-Vermittlung, Betreuung von Senioren und Kranken, Beratungen, altersgetrennte und altersgemischte Freizeitgruppen für Sport, Kunst, Kultur und Feste. So kann eine Klientel entstehen, die verschiedene Herkunftskulturen, aber auch Mitglieder der Mehrheitskultur erfasst. Neben die Erfahrung in der „Dorfgemeinde“ tritt die Bereitschaft zum familienübergreifenden sozialen Handeln im öffentlichen Raum.

Aus Untersuchungen wissen wir, dass es vor allem die jungen Männer mit Migrationshintergrund und ohne Ausbildung sind, die ihren Stadtteil nicht verlassen. Hier müssen Chancen geschaffen werden, sie bürgerschaftlich einzubinden und ihnen die Möglichkeit zu einem selbstgesteuerten Lernen mit Perspektive zu

Isabel Pfeiffer-Poensgen (oben), Dr. Annette Lепенies (unten)



bieten. Beispiele dafür wären das „Stadtteil-Lifting“ (die Mitgestaltung von Straßen und Plätzen) und die verantwortliche Beteiligung an Ordnungsaufgaben. Fernziel wäre ein Bonus-System bzw. die mögliche Anrechnung ihrer Arbeit auf dem Weg zu einem Schulabschluss („Stadt als Schule“, Werkschule). In der Zukunft wird es entscheidend sein, unterschiedliche Möglichkeiten zum Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines entsprechenden Abschlusses zu schaffen.

Eltern, die sich Bildungsanstrengungen gegenüber öffnen wollen, müssen entsprechende Angebote zur Fort- und Weiterbildung bekommen. Das Netzwerk „Integration durch Bildung“ kann bei Bildungs- und Fortbildungsangeboten für Eltern mit Zuwanderungsgeschichte eine wichtige Aufgabe übernehmen. Übergangszeiten im Lebenslauf sind dabei entscheidend: Eintritt in den Kindergarten, Auswahl der Grundschule, Übergang zur weiterführenden Schule, Berufswahl und -einstieg müssen durch Anleitung und entsprechende Hilfen erleichtert werden („präventive Stellschrauben“).

Migranten und ihre Organisationen müssen zu aktiven Mitspielern einer neuen Bildungsoffensive werden. Unter den Migranten selbst muss sich das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung für die Zukunftschancen der eigenen Kinder viel deutlicher ausprägen. Für viele Eltern hat die Bildung ihrer Kinder einen zu niedrigen Stellenwert. Das gilt bei vielen Zuwanderergruppen in besonderer Weise für die Mädchen. Dabei können Familienzentren mit passgenauen Hilfsangeboten einen wichtigen Beitrag leisten.

Dazu zählt auch, dass die Schulpflicht in allen Aspekten auch durchgesetzt wird. Die daraus folgende Verpflichtung zur Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen darf nur im Ausnahmefall durch Berufung auf religiöse Bekenntnisse und entsprechende Regeln eingeschränkt werden. Die heutige Alltagspraxis ist in vielen Fällen unbefriedigend.

d) Förderung der beruflichen Bildung

Aus unserer Sicht sind gezielte Maßnahmen und Projekte notwendig, um Zugangsbarrieren zur beruflichen Bildung, die für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte besonders hoch sind, abzubauen. Eine gezielte Vergabe von Stipendien kann helfen, Bildungsschranken zu beseitigen und die Entwicklungschancen von Menschen mit Migrationsgeschichte zu verbessern. Auch Mentoring-Programme für Mädchen und Jungen aus

Zuwandererfamilien können hilfreich sein. Besonders erfolgreich wirken dabei gute Beispiele aus der eigenen Herkunftsgruppe.

Der Zahl der Menschen mit Migrationsgeschichte, die im öffentlichen Dienst tätig sind, muss in den Jahren bis 2025 deutlich wachsen. Dafür muss geworben werden. Soweit bei Ausländern gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen, sollten diese überprüft werden. Es mag angehen, Positionen im unmittelbaren hoheitlichen Bereich in der Regel nur an deutsche Staatsangehörige zu vergeben. Ein Lehrer aber muss nicht zwingend Deutscher oder EU-Ausländer sein. Wir brauchen mehr Lehrer mit Migrationshintergrund in unseren Schulen; Lehrer mit eigener Zuwanderungsgeschichte können mit ihren besonderen Kompetenzen wichtige Aufgaben im Rahmen der Bildungsförderung von Migrantenkindern übernehmen. Dafür sollte auch gezielt geworben werden.

In der Kommission herrschte Einigkeit, dass sehr viel stärker für den Eintritt von Migranten in den öffentlichen Dienst geworben werden muss. Der Vorschlag, eine besondere Migrantenquote einzurichten, fand keine mehrheitliche Zustimmung. Frühzeitig müssen Jugendliche auf die Möglichkeiten einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht werden. Und Förderprogramme sollten schon vor dem Einstellungstest einsetzen. Beispiele für solche spezielle Förderung wären Mentorenprogramme von Staatsbediensteten mit Migrationshintergrund, Shadowing, Alumni-Netzwerke. Schulische Pflichtpraktika können helfen, Eingangsdefizite zu überwinden.

Der Erfolg dieser Strategien wird entscheidend davon mitbestimmt sein, wie weit Migranten und ihre Organisationen daran aktiv mitwirken. Die dazu in Gang gekommenen Aktivitäten (z. B. Abschluss von Bildungsvereinbarungen mit Migrantenorganisationen) sollten ausgebaut werden.

e) Für Einbürgerung werben

Einbürgerung ist keine Garantie für ein höheres Bildungsniveau und bessere Arbeitsmarktchancen. Aber alle vorliegenden Daten sprechen dafür, dass Eingebürgerte im Durchschnitt besser gebildet sind und eine höhere Erwerbstätigkeitsrate aufweisen als Ausländer. Auch deshalb sollte die Einbürgerung gezielt gefördert werden, z. B. durch Informationskampagnen der Landesregierung. Auch hier wäre die Mitarbeit der Migrantenorganisationen hilfreich.

f) Der Integrationspolitik realistische Ziele setzen

Angesichts der heutigen strukturellen Ungleichgewichte in Bildungsstand und Beschäftigungsstruktur zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern erscheint es unrealistisch, von der Möglichkeit des Verschwindens dieser strukturellen Ungleichheiten bis 2025 auszugehen. Die Integration der Ruhrpolen, die im 19. Jahrhundert in dieses Land eingewandert sind, hat auch Generationen gedauert. Kriterium für Erfolg oder Misserfolg von Integrationspolitik kann demnach nur die Richtung der Entwicklung sein: Geraten Zuwanderer im Laufe der Zeit mehr an den Rand oder mehr in die Mitte der Gesellschaft? Vermindern oder vergrößern sich die Abstände zu den Deutschen?

Gerade vor dem Hintergrund einer realistischen Zielsetzung aber sind die Befunde so besonders alarmierend. Die Rückstände im Bildungsniveau, die hier geborene Jugendliche mit Migrationshintergrund gegenüber im Ausland geborenen Jugendlichen aufweisen, zeigen, dass das Wachstum des Anteils der jugendlichen Migranten mit höherem Bildungsniveau stagniert. Besonders alarmierend ist auch der weit überproportionale Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im SGB-II-Bezug (sog. Hartz IV). Deshalb muss sich die Politik bei allem Realismus auf diesem Gebiet auch ambitionierte Ziele setzen.

Wenigstens die **Hälfte** des Rückstands im Bildungsniveau zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern sollte im Zeitraum bis 2025 abgebaut sein. Dazu gehört auch die Frage nach der Zukunft der Hauptschule und den entsprechenden Finanzmitteln, die für eine Schulform zur Verfügung gestellt werden, die zunehmend zur „Restschule“ mit hoher Konzentration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird.

g) Integration und Segregation

Segregation im Sinne einer Konzentration verschiedener ethnischer Gruppen der Bevölkerung in verschiedenen Stadtteilen gilt in der Debatte zu Integration und Stadtentwicklung hierzulande überwiegend als Integrationshemmnis. Leicht wird dann von der Konzentration bestimmter ethnischer Gruppen in bestimmten Stadtvierteln auf „Parallelgesellschaften“ geschlossen, deren Entstehung es zu verhindern gelte. Tatsächlich wird kaum ernsthaft zu bestreiten sein, dass Wohnen, Leben und Arbeiten in – von der Mehrheitsgesellschaft sprachlich und kulturell weit-

gehend – abgeschotteten Räumen die Integration in die Gesellschaft behindert.

Ethnische Segregation kann freilich auch hilfreich sein, die Zumutungen zu ertragen und zu bewältigen, die das Leben in einer zunächst fremden Umwelt auch für die Zuwanderer bereithält. Sie kann Konflikte entschärfen helfen, weil räumliche Trennungen kulturelle und soziale Distanzen erträglicher machen. Räumlich getrennte kleine Welten können auch Puffer sein zwischen der Fremdheitserfahrung des Zuwanderers und der Mehrheitsgesellschaft. Für viele amerikanische Großstädte etwa sind ethnische Segregationsprozesse sogar die Regel.

Wir gehen davon aus, dass solche räumlichen Konzentrationsprozesse vor allem dann problematische Wirkungen haben, wenn sie als abgeschottete Lebenswelten weitgehend ohne kommunikative Bezüge zur „Restgesellschaft“ existieren. Entscheidend ist, dass Wege und Übergänge in die „Restgesellschaft“ bestehen und funktionieren. So bleibt es eine zentrale Aufgabe von Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik, konzentrierte Inselbildungen zu verhindern. Eine geschlossene muslimische Community in gettoisierten und vernachlässigten Vierteln wird die Spaltungslinien zwischen Deutschstämmigen und Zuwanderern vertiefen. Ob solchen Entwicklungen erfolgreich begegnet werden kann, wird entscheidend von sozialer Integration bestimmt sein, die kulturelle Fremdheit mindern kann: Die Integration in den Arbeitsmarkt einer modernen Dienstleistungsgesellschaft verlangt auch von Muslimen die Tugenden, die im Westen als „protestantische Ethik“ bezeichnet werden. Deshalb geht es zuerst um soziale Verbindungsnetze zwischen Migranten und der Mehrheitsgesellschaft.

Der mit dem Handlungsprogramm „Soziale Stadt“ von der Landesregierung begonnene Weg der besonderen Unterstützung von Projekten in städtischen Problemgebieten mit überdurchschnittlich hohen Zuwanderungsraten geht in die richtige Richtung und muss in den kommenden Jahren ausgebaut werden.

h) Unterstützung der Integrationsarbeit der Kommunen

Integrationsförderung findet zuerst auf kommunaler Ebene statt. Entsprechend muss die Unterstützung der integrationspolitischen Arbeit der Kommunen ein vorrangiges Ziel der Landespolitik in den vor uns liegenden

Jahrzehnten sein. Das Programm „KOMM-IN Nordrhein-Westfalen“ (www.integration.nrw.de/projekte_konzepte/Integration_Allgemein/KOMM-IN_NRW) hat hier einen aus unserer Sicht richtigen Weg gezeigt, der ausgebaut werden muss. Dabei sind frauen- und gleichstellungspolitische Angebote von besonderer Bedeutung.

i) Zuwanderer zu aktiven Staatsbürgern machen

Die vorliegenden empirischen Studien deuten auf eine Ferne relevanter Teile der muslimischen Einwanderergruppen gegenüber wesentlichen Elementen der demokratischen Werteordnung und eine insgesamt eher bescheidene Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland hin, die sich durch das situative Herausstellen deutsch-türkischen Fahnenschwenkens bei großen Fußballspielen nicht einfach überwinden lässt. Dass der Einbürgerung künftig Kurse vorangehen, die neben Sprachunterricht auch die Vermittlung von Grundkenntnissen über deutsche Politik, Geschichte, Kultur und Geografie zum Inhalt haben, ist vor diesem Hintergrund nur zu begrüßen. Dies wird jedoch kaum ausreichen, um Menschen mit Migrationsgeschichte zu aktiven Staatsbürgern der Bundesrepublik Deutschland zu machen. In den Lehrplänen der Schulen muss künftig in besonderer Weise auf die fehlende Vertrautheit von Migrantenkindern mit den Grundlagen von Demokratie und deutscher Geschichte eingegangen werden. In Schulen mit hohem Migrantenanteil sollten die entsprechenden Unterrichtsanteile verstärkt angeboten werden können. Es ist zu überlegen, ob praxisorientierte Demokratie Kurse hier weiterhelfen könnten. Auch Volkshochschulen und andere Träger der Erwachsenenbildung haben hier in der Zukunft eine besondere Aufgabe.

Dies setzt freilich voraus, dass Integrations- und Bildungswillige auch den Eindruck erhalten, dass ihre Anstrengungen tatsächlich erwünscht sind und Anerkennung finden. Diskriminierungserfahrungen aller Art stehen dem Gelingen solcher Anstrengungen im Wege. Eine entschiedene Berücksichtigung der Elternrechte – nicht nur von Migranten – könnte dabei als Einübung in praktische Demokratie genutzt werden. Mit der Übernahme von Verantwortung wächst das Verständnis für die Spielregeln der Demokratie.

j) Integration von Frauen und Mädchen

Angesichts der archaischen Geschlechterrollenvorstellung im orthodoxen wie im fundamentalistischen Islam hat das Thema im Rahmen der Integrationsförderung

besondere Bedeutung. Stichworte sind hier: Teilnahme von Mädchen an Schulunterricht und Schulveranstaltungen (Klassenfahrten), Teilnahmeverweigerung am Schwimmunterricht, Schleier und Kopftuch, Gewalt in der Familie, Zwangsverheiratung, Ehrenmorde. Handlungskonzepte der Landesregierung wie „ihre Freiheit – seine Ehre“, Aktionstag 2007 sind begrüßenswert. Nötig sind die Einbeziehung von Migrantenorganisationen, runde Tische gegen häusliche Gewalt, örtliche Beratungsdienste. Die Landesregierung gab 2008 250.000 Euro in Projekte für Mädchen, die von Zwangsverheiratung bedroht bzw. betroffen sind. Auf diesem Weg muss weitergegangen werden. 2006 waren 1,7 % (das sind 148 Personen, davon 145 Frauen) aller aus der Türkei zuziehenden Ehepartner jünger als 18 Jahre.

Wir müssen die zweite und dritte Generation der Einwanderinnen bei ihren Hoffnungen auf gleiche Chancen im Vergleich zu den deutschstämmigen Frauen nach Kräften unterstützen und sie, wo nötig, auch schützen. Deshalb müssen für Konfliktfälle ausreichend Beratungsstellen an Schulen und in Stadtvierteln ebenso zur Verfügung stehen wie Zufluchtswohnungen.

Zur Herstellung von Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten gehört freilich auch, dass den Jungen und jungen Männern vermittelt wird, dass ihr Rückzug aus der „westlichen Dekadenz“ und ihre Flucht in die Gewalt Sackgassen sind – nicht zuletzt auch für sie selbst. Deshalb brauchen wir spezielle „Jungenprogramme“ in Schulen und Stadtvierteln. Hier kann auch der Sport eine wichtige Rolle einnehmen.

Dringend nötig sind auch aufklärende Schulungsprogramme für Richter. Von der Tolerierung der Polygamie im Zivilrecht bis zu unangemessener Milde bei kriminellen Delikten wegen „Verletzung der Familienehre“ – diese Fragen dürfen nicht unterschätzt werden und sollten auch in der Juristenausbildung eine größere Rolle spielen.

k) Zumutungen für Migranten und Deutsche

In der Welt des Jahres 2025 werden wir in Nordrhein-Westfalen insgesamt etwas weniger geworden sein. Wir werden im Durchschnitt älter sein und in den großen Städten des Landes noch mehr Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln haben. In dieser Gesellschaft zusammenzuleben, verlangt Anstrengungen auf allen Seiten: aufseiten der Zuwanderer, die sich die deutsche Sprache aneignen und die tragenden Normen und

Werte unserer gesellschaftlichen Ordnung akzeptieren und sich zu eigen machen sollen, aber auch aufseiten der Deutschen, die sich von der Vorstellung verabschieden müssen, letzten Endes gehe es um Integration von Zuwanderern in eine als homogen gedachte Kultur. Das wird für alle Beteiligten ein schwieriger Lernprozess sein.

Auf allen Seiten in Politik und Gesellschaft muss viel klarer als heute erkannt werden: Wenn bei der sozialen Integration von Zuwanderern nicht wesentliche Fortschritte erreicht werden, wird sich das Auseinanderbrechen der Gesellschaft weiter dramatisch verschärfen. Schon heute ist ein weit überdurchschnittlicher Teil der „neuen Armut“ im Milieu der Zugewanderten beheimatet. Die objektiven Rahmendaten lassen die Gefahr erkennen, dass diese Entwicklung an Dramatik zunehmen wird. Deshalb haben wir alle gar keine Wahl: Wenn der soziale Sprengstoff, der sich mit Bildungsrückständen, Arbeitslosigkeit und Hartz IV verbindet, entschärft werden soll, ist die gesellschaftliche Integration der Menschen mit Migrationshintergrund der vielleicht wichtigste Schlüssel dazu. Was dazu nötig ist, sollte am Geld nicht scheitern. Wer hier knausert, wird am Ende teuer dafür bezahlen.

Die Deutschstämmigen werden sich daran gewöhnen müssen, dass die Freiheit des religiösen Bekenntnisses viel häufiger als früher öffentlich präsent und nicht mehr nur eher versteckt hinter „neutralen“ Kulissen ausgeübt werden wird. Das wird manchem nicht leicht fallen. Kultur und Religion der Migranten fordern ihren Platz, und das ist gut so.

Von den Migranten, die dauerhaft hier leben wollen, ist zu erwarten, dass sie die Grundwerte der demokratischen Ordnung akzeptieren und deren Spielregeln beachten, dass sie Bereitschaft zeigen, die Verkehrssprache Deutsch zu erlernen und anzuwenden. Grundlage von Integration kann nicht sein, dass wir Parallelwelten und Parallelgesellschaften mit Parallelwerten tolerieren, die unserer Werteordnung grundlegend widersprechen. Dazu gehört die Gleichberechtigung der Geschlechter ebenso wie die Trennung von Staat und Kirche. Maßgebend für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist das im demokratischen Meinungsstreit entstandene staatliche Gesetz, nicht eine religiöse Grundüberzeugung. Ein Kulturrelativismus, der im Namen einer falsch verstandenen Toleranz Verständnis aufbringt für die Verletzung grundlegender Freiheitsrechte, wird Integration nicht voranbringen.

Wir müssen selbstbewusst unsere Werteordnung leben und von denen, die hier auf Dauer leben wollen, erwarten, dass sie sich auf diese Werteordnung einlassen.

Gerade deshalb aber müssen wir auch fördern und helfen, Chancen öffnen und Chancen bieten, Verständnis und Toleranz aufbringen. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung müssen konsequent bekämpft werden. Sie sind der Feind jeder vernünftigen Integrationspolitik. Wir müssen fördern und helfen, wir müssen Toleranz aufbringen und Verständnis haben.

Dabei müssen die, die unsere Werteordnung akzeptieren und zu guten und möglichst noch aktiven Staatsbürgern werden sollen, für sich auch wirtschaftliche und soziale Chancen sehen. Eine Gesellschaft, die ihnen nur Dauerarbeitslosigkeit, prekäre Kurzzeitjobs und Niedriglohnbeschäftigungen anzubieten weiß, wird kaum auf begeisterte und rundum integrationswillige Neubürger rechnen können.

Wichtige Quellen (Auswahl):

- Integrationsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (mit Aktionsplan Integration), Düsseldorf 2008
- Karin Brettfeld, Peter Wetzels, Muslime in Deutschland – Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen, Studie im Auftrag des BMI, BMI (Hrsg.), Berlin 2007
- Dies., Junge Muslime in Deutschland, in: BMI (Hrsg.), Islamismus, Berlin 2003 ff.
- SINUS SOCIOVISION, Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Studie u. a. im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2008
- Migrationsberichte 2005 u. 2006 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung
- Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 4. Aufl., Wiesbaden 2006
- Diverse Hefte des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik
- Wilhelm Heitmeyer u. a., Verlockender Fundamentalismus, Frankfurt 1997

2. Stadt und Land

2.1. Demografie, Metropolregion

Die Zukunft Nordrhein-Westfalens wird sich vor allem in den städtischen Ballungsräumen entscheiden, in der Metropolregion Rhein-Ruhr zwischen Bonn, Duisburg, Hamm und Mönchengladbach, wo heute 12 der 18 Millionen Bürger des Landes wohnen. Dabei spielen auch Verknüpfungen und Gemeinsamkeiten mit Nachbarregionen in Belgien und den Niederlanden eine wichtige Rolle.

Im Unterschied zu den Gründungsjahrzehnten der BRD erscheinen viele ländliche Räume heute wie in absehbarer Zukunft weniger problematisch. Ehemalige Armenhäuser wie die Eifel haben sich inzwischen in relativ wohlhabende Regionen verwandelt. Gründe dafür liegen in niedrigen Immobilienpreisen, der Stadtfucht wohlhabender Rentner und Pensionäre und der noch relativ gut funktionierenden wechselseitigen Nachbarschaftshilfe heimischer Handwerker. Das darf freilich den Blick darauf nicht verstellen, dass auch manche ländlichen Regionen mit gravierenden Zukunftsproblemen konfrontiert sind: Die Bevölkerungsprognosen sehen neben verschiedenen Ruhrgebietsstädten auch den Hochsauerlandkreis und den Märkischen Kreis in der Spitzengruppe derjenigen Landkreise und kreisfreien Städte mit den höchsten Bevölkerungsverlusten (–12,8 bzw. –11,7%). Immerhin aber werden für 11 der 31 Kreise des Landes positive Bevölkerungsprognosen gestellt, was angesichts des bundesweiten Trends eher überrascht. Für vier weitere ländliche Kreise ist von unterdurchschnittlichen Bevölkerungsverlusten auszugehen. Demnach hat etwa die Hälfte der ländlichen Regionen in den nächsten Jahrzehnten keine gravierenden demografischen Probleme zu befürchten. Das gilt freilich vornehmlich für die westlichen Landesteile.

Sicher sorgen auch die Umstrukturierung der Landwirtschaft, Insolvenzen von Industriebetrieben, da und dort auch das Fehlen von Umgehungsstraßen, für Probleme. Auch die wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wirft im Zuge des Vordringens der großen Einkaufszentren Probleme auf, die aufgrund der Alterung der Bevölkerung und der damit verbundenen Mobilitätseinbußen noch zunehmen werden. Im Ganzen aber geht es vielen ländlichen Regionen heute

ausweislich der Indikatoren wie Einkommen, Arbeitslosigkeit, soziale und schulische Infrastruktur eher besser als den städtischen Ballungsräumen des Ruhrgebiets.

In den Städten konzentrieren sich die Probleme. Dabei haben wir es in Nordrhein-Westfalen längst nicht mehr mit einer „Sonderwirtschaftszone“ zu tun. Der Strukturwandel ist vollzogen: Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen bilden inzwischen das Rückgrat der NRW-Wirtschaft. Außerhalb des Ruhrgebiets entwickelt sich die Beschäftigung seit Mitte der 90er-Jahre sogar besser als im Bundesdurchschnitt. Das Wachstum im Dienstleistungssektor verläuft überdurchschnittlich, vor allem in der Finanzbranche, der Werbewirtschaft, den Wirtschaftsprüfungs- und Steuerprüfungsgesellschaften (Düsseldorf) und der Medienbranche (Köln). Welche Folgen die Finanzkrise hier haben wird, lässt sich noch nicht abschätzen. Insgesamt liegt NRW trotz aller Anstrengungen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums mit seinem BIP-Wert knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Die Selbstständigenquote ist relativ niedrig. Auch bei der Frauenbeschäftigungsquote hat Nordrhein-Westfalen Nachholbedarf.

Die Metropolregion Nordrhein-Westfalen hat dieselben Entwicklungsprobleme wie andere Metropolregionen dieser Welt. Es geht um Attraktion für internationale Investoren und qualifizierte Fachkräfte, darum, Knotenpunkt kreativer und wissensbasierter Ökonomie zu werden, aber auch um Attraktivität im Blick auf Lebensqualität für Familien und erlebnisbetonte Freizeitbedürfnisse Jüngerer. Dabei haben Metropolregionen durchweg gute Chancen, der demografischen Alterung zu begegnen.

In den Ballungsräumen aber konzentrieren sich auch die Probleme: Arbeitslosigkeit und Kriminalität, Vereinzelung, Segregation und Integrationsprobleme von Zuwanderern. Besonders in den Städten des nördlichen Ruhrgebiets sind soziale Brennpunkte entstanden, die mit hohen sozialen Kosten verbunden sind und die die demokratische Substanz bröckeln lassen.

Da Nordrhein-Westfalen kein Niedriglohnstandort ist, liegt die Chance gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit im hochproduktiven Innovationssektor: Mikro- und Nanotechnologie, Energie- und Umwelttechnologien, Ge-

Lord Ralf Dahrendorf



sundheitswirtschaft und entsprechende Dienstleistungsbereiche. Nötig sind eine mittelstandsfreundliche Infrastruktur, ein entsprechendes Gründerklima und geringe bürokratische Belastungen. Nötig sind freilich auch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung von Ausbildungsständen und Qualifikationsniveaus und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts – vor allem in den sozialen Brennpunkten des Ruhrgebiets.

2.2. Demografische Perspektiven

Der demografische Wandel schafft auf Sicht einen Fachkräftemangel. Bildung und Ausbildung müssen verbessert und Bedingungen für steigende Erwerbsquoten von Frauen und Migranten geschaffen werden. Vorschulische Sprachkurse für Migrantenkinder und Ganztagsgrundschulen können hier Wege weisen (vgl. Integrationspapier).

Ein Paradigmenwechsel in der Sozial- und Bildungspolitik ist nötig: Umschichtung von sozial-konsumtiven zu sozial-investiven Ausgaben: früher fördern, um Teilhabe und Chancengleichheit auch für bildungsferne Schichten und Zugewanderte erreichbar zu machen.

Das Ruhrgebiet eilt der demografischen Entwicklung voraus und ist überproportional von Migration betroffen. Die ältere Generation von morgen wird eine andere sein. Die Entwicklung altersgerechter Technologien, Produkten und Dienstleistungen wird deshalb zum wichtigen Wirtschaftsfaktor. Ein Beispiel ist die Gesundheitswirtschaft, wo heute schon mehr als eine Million Menschen tätig sind. Die Schrumpfung der Städte schafft viele Probleme. Sie schafft aber auch Chancen für Stadtentwicklung und eine familienfreundlichere Gestaltung von Innenstädten. Vor allem die Ruhrgebietsstädte müssen urbane Identitäten gewinnen.

2.3. Chancen der Metropolregion

Die Metropolregion Nordrhein-Westfalen verfügt über eine zentrale Lage im europäischen Wirtschaftsraum. Hier haben 36 der 100 umsatzstärksten deutschen Unternehmen und 16 der 100 umsatzstärksten europäischen Unternehmen ihren Sitz. Hier gibt es das dichteste Autobahnnetz Europas, den zweitgrößten Frachtflughafen Deutschlands (Köln/Bonn), die Stadt mit den meisten TV-Stationen Europas (Köln), die größten Mode-, Kunststoff-, Druck- und Papiermessen

Europas (Düsseldorf), den größten Binnenhafen Europas (Duisburg), die höchste Stahlproduktion Europas (Duisburg), die größte Solarzellenfabrik Europas (Gelsenkirchen), die größte Universität Deutschlands (Köln) sowie die erste private Universität (Witten-Herdecke).

Obwohl Nordrhein-Westfalen den Strukturwandel weitgehend bewältigt hat, wird ihm oft fehlendes Selbstbewusstsein diagnostiziert. Objektiv verbindet die Metropolregion Rhein-Ruhr mehr mit anderen Ballungsräumen wie Südkalifornien oder Sydney und Melbourne als mit Brandenburg oder Rheinland-Pfalz; subjektiv, so heißt es, sei es genau umgekehrt. Von der „Europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr“ spricht schon der Landesentwicklungsplan 1995, doch bis heute gibt es diese Gemeinsamkeit im Bewusstsein der Bürger wie der politischen Akteure nicht wirklich. Stattdessen dominiert die Trennung von „Rheinregion“ einerseits und „Metropolregion Ruhr“ andererseits. Im regionalen Bewusstsein dominiert der Partikularismus.

Eine Metropole definiert sich durch die Konzentration von politischen und wirtschaftlichen Steuerungsfunktionen, die hohe Dichte unternehmensnaher Dienstleister und eine hohe Infrastrukturausstattung. Weltmetropolen sind New York, Tokio, London und Paris, Eurometropolen Amsterdam, Brüssel, Hamburg, Berlin, Rhein-Main, Mailand, München, Wien. Das klassische Modell war die kompakte Großstadt, deren Bild sich zur Stadtregion verändert hat, bestehend aus mehreren nahe beieinander liegenden großen Städten einschließlich deren Umland.

In der Metropolregion Rhein-Ruhr teilen sich Düsseldorf und Köln die Funktionen, ergänzt durch Bonn, Essen oder Dortmund und Duisburg. Sie ist vergleichbar mit Randstad Holland, zu der Amsterdam, Den Haag, Utrecht und Rotterdam gehören.

Der Metropolenbegriff selbst ist historisch kulturell unscharf und definiert sich erst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts auch ökonomisch. Metropolen sind heute Knoten vernetzter Ökonomie, Standorte von Unternehmenszentralen, von Finanzwirtschaft, Luftverkehr und Städtetourismus. Die Urbanisationseffekte verschaffen im besten Fall Wettbewerbsvorteile, auch bringt die Face-to-Face-Kommunikation zusätzliche Vorteile. Hinzu kommen kulturelle Faktoren und Angebote sowie ein urbaner Modus des Denkens, Fühlens und Handelns: Weltoffenheit, Toleranz, Informiertheit.

Argumente für die Betonung des Metropolencharakters sind:

- **Ökonomischer Strukturwandel.** Flexible Netzwerkökonomie mit der Schlüsselstellung von Steuerungs-, Innovations-, Dienstleistungs- und Finanzfunktionen anstelle industrieller Fertigung. Große Städte als Zentren einer neuen Stadtökonomie.
- **Bedeutungsverlust der Nationalstaaten.** Die Regionen werden zu den wesentlichen Einheiten der wirtschaftlichen und politischen Geografie.
- **Arbeitsmarktkrise und Finanzkrise der öffentlichen Hände.** Nötigt Städte und Regionen, sich im Standortwettbewerb selbst zu positionieren. Eine Fülle von Ranking-Studien erscheint.
- **Transformation des Raumes durch Globalisierung.** Nicht Flächen und Territorien sind wichtig, sondern funktionale Verflechtungen, Informations- und Geldströme. In den Metropolen laufen Güter-, Kapital- und Informationsströme zusammen. Sie sind wirtschaftliche und kulturelle Zentren mit weltweiter Ausstrahlung.

Darüber hinaus werden zentrale entwicklungsstrategische Funktionen von Metropolen erfüllt:

- **Entscheidungs- und Kontrollfunktionen** für Wirtschaft, Staat u. a. Organisationen,
- **Innovations- und Wettbewerbsfunktion** im Sinne der Generierung und Verbreitung von Wissen, Werten und Produkten,
- **Gateway-Funktionen** als Chance des Zugangs zu Menschen, Wissen und Märkten durch Verkehrsinfrastruktur, Medien, Messen, Kongresse.

Die Addition dieser Faktoren führt überwiegend zu Wettbewerbsvorteilen, allerdings auch zu einigen Nachteilen durch spezifische Kosten wie höhere Steuern und Abgaben. Für das verarbeitende Gewerbe etwa bietet der ländliche Raum heute oft noch günstigere Faktorkosten. Handel und Verkehr tendieren ebenfalls zu suburbanen Standorten. Das Ruhrgebiet ist davon negativ betroffen. Trotzdem überwiegen die Zentralisierungseffekte. Eine Metropole ist nicht abhängig von der puren Bevölkerungszahl, sondern von Zusammenhängen und Mindestgrößen als Voraussetzung spezifischer Konzentrationseffekte.

Hauptargument für die Schaffung der Metropolregion Rhein-Ruhr ist die Notwendigkeit, gegenüber anderen Standorten wirtschaftlich und kulturell aufzuholen. Die meisten Städte von Rhein und Ruhr sind gegenüber

ihren Konkurrenten zurückgefallen. Meist wollen Regionen Metropolen sein, die es nicht sind. Im Falle Rhein-Ruhr ist es eher umgekehrt. Sie wäre neben Hamburg, Berlin, München und Rhein-Main die fünfte große deutsche Metropolregion. In sechs von elf Sektoren belegt sie gar den Spitzenplatz: bei Großhandel, Versicherungen, Wirtschaftsberatung, Wirtschaftsdiensten, Medien und Werbung. Wenn sich die Städte arbeitsteilig organisieren und auf die Entwicklung ihrer Schwerpunkte konzentrieren, haben sie gemeinsam Chancen auf einen Spitzenplatz im europäischen Wettbewerb. Allein werden sie viel weniger Chancen haben.

Diese Überlegungen stoßen auch auf Einwände:

- Der Ballungsraum sei zu groß und zu heterogen. Es existierten zu starke Unterschiede zwischen der Rheinschiene und dem Ruhrgebiet, auch zwischen Köln und Düsseldorf.
- Durch Schaffung einer Metropolregion entstünde ein politisches Ungleichgewicht, da dann zwei Drittel des Landes zur Metropolregion gehörten. Schließlich sähe sich das Ruhrgebiet als eigene Metropolregion.
- Eine Metropolregion Rhein-Ruhr könne in der politischen Praxis kaum als entwicklungspolitisch wirksamer Akteur institutionalisiert werden. Die Abgrenzung von Aachen und vom restlichen Westfalen wäre problematisch.

Diesen Gegenstimmen wird man sich in aller Ernsthaftigkeit stellen müssen. Die Selbstdefinition als Metropolregion ist dennoch mehr als modische Rhetorik. Schon der Selbstfindungsdiskurs von Politik, Medien, Verbänden und Wissenschaft hat Folgen und führt zur Veränderung der mentalen Geografie als Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Umsetzung.

Fünf Grundthesen gelten für eine solche Politik (vgl. Blotevogel, in: Trendbuch NRW, hrsg. von Meffert/Steinbrück):

- Die wirtschaftliche Basis der Metropolregion gründet sich künftig vor allem auf unternehmensorientierte Dienstleistungen (Finanzwesen, Versicherung, Consulting) sowie Medien, Wissenschaft, Forschung, Kultur und Tourismus.
- Sozial-, kultur- und umweltverträgliche Ausgestaltung einer metropolenorientierten Politik. „Weltoffenheit und Kiez“.
- Sie bedeutet die systematische Vernetzung nach innen und außen, Verbesserung der „weichen

Standortfaktoren“ wie Kultur, Wohnen, Freizeit, Umwelt, Marketing u. Ä. Verbesserung der harten Standortfaktoren.

- Funktioniert, wenn sich die „mentale Geografie“ entsprechend verändert.
- Schlüsselakteure sind die Kommunen, die Landesregierung und die Wirtschaft.

Ein wegweisendes Beispiel ist der IT-Standort Dortmund. Statt der Fördertürme des Bergbaus und der Hochöfen der Stahlindustrie prägen heute Bürogebäude für Dienstleistungen das Bild der Stadt. Der tertiäre Sektor hat heute bereits einen Anteil von 73 %.

2.4. Globalisierung versus nachhaltige Regionalentwicklung

Die mit diesem sehr vielschichtigen Begriff assoziierte Zunahme von Ausdehnung und Intensität ökonomischer wie nicht ökonomischer Austauschbeziehungen der letzten zwanzig Jahre verstellt häufig den Blick darauf, dass angesichts einer künftig treibstoffärmeren und ressourcenknappen Welt auch eine Verkürzung von Wertschöpfungsketten angesagt sein wird. So wichtig Konkurrenzfähigkeit und Standortattraktivität im internationalen Wettbewerb in der Zukunft sein werden – es geht auch um eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen vor Ort. Für Verwaltung und Dienstleistungen wie Betreuung und Pflege, für Ernährung und Recycling bietet der Nahraum die angemessene Größe. Dazu öffnen sich mit neuen Energiequellen die Chancen für eine dezentrale Energiewirtschaft.

Strategien für nachhaltige Regionalentwicklung müssen sich daran orientieren, aus räumlicher Nähe Erfolgsfaktoren zu machen. Kurze Entfernungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern begründen auch besondere Vorteile, die noch genutzt werden müssen. Sie machen Regionen weniger abhängig von weit entfernten Versorgern, sie ermöglichen eine Verdichtung sozialer Beziehungen in der Region, sie fördern die Bürgergesellschaft, sie begünstigen die Entstehung ökologischer Kreisläufe und sie stützen das Selbstbewusstsein der Region.

Vor dem Hintergrund steigender Rohstoffpreise und wachsenden Bedarfs an Rohstoffen werden regionale Ressourcen wieder an Bedeutung gewinnen, wird der Selbstversorgungsgrad von Regionen durch Energie, Rohstoffe und auch mit Lebensmitteln eine neue Bedeutung gewinnen. Gewiss hat die global-räumliche

Struktur des Wirtschaftens heute die Oberhand gewonnen. Mit ihr sind spezifische Stärken verbunden, etwa die hoch spezialisierte Arbeitsteilung und damit verbundene Produktivitätsgewinne. Aber der hohe Grad von Abhängigkeit durch internationale Preisentwicklungen, Transportkosten u. Ä. schaffen Schwächen, die regionale Wirtschaftsräume nicht haben. Sie haben umgekehrt den Vorteil der Nähe des Kunden zu Produktions- und Vertriebsbedingungen, die hohe Transparenz und Vertrauen in Produktqualität schaffen kann.

Regionalpolitik, die sich vorrangig an den Erfordernissen des internationalen Wettbewerbs und des Exports ausrichtet, ist problematisch geworden und kann nicht für alle Regionen die zentrale Perspektive weisen. Überall in Deutschland, auch in NRW, stehen heute boomenden Regionen randständige ländliche Gebiete gegenüber, die mehr und mehr zu Schlafstätten werden, bzw. denen teils erhebliche Bevölkerungsverluste drohen. Globalisierung, Digitalisierung und Verlust der Traditionen lassen auch regionale Identitätsbildung schwieriger werden.

Strategien der Regionalentwicklung müssen deshalb stärker auf die inneren Kräfte der Regionen setzen. Regionale Identitäten hängen an konkretem Erleben von Natur, von menschlichen Kontakten und Beziehungen. Für viele ländliche Regionen bietet eine Verbindung von Natur- und Klimaschutz, Produktvermarktung und Tourismus diese nachhaltige Chance. Eine Region mit reicher Kulturlandschaft und Artenvielfalt kann Anziehungspunkt sein für Tourismus. Naturverträglich erzeugte Produkte und entsprechende Dienstleistungsangebote können dieses Image unterstreichen.

Künftig wird deshalb eine wichtige Aufgabe darin bestehen, regionale kulturelle Bindungselemente zu stärken, ohne zwanghafte Abgrenzung gegenüber allem „Fremden“. Auch deshalb wird eine Stärkung regionalwirtschaftlicher Strukturen ebenso wichtig sein wie die Standortattraktivität einer Metropolregion.

2.5. Das Ruhrgebiet als besondere Problemzone

Zwischen 1992 und 2001 hat die Bevölkerungszahl im Kernruhrgebiet um 3,5 % abgenommen, während sie in umliegenden Regionen gewachsen ist. Sterblichkeitsüberschüsse und negative Wanderungsbilanzen sind dafür ursächlich. Das Ruhrgebiet führt neben den öst-

lichen Bundesländern bei Überalterung und Bevölkerungsverlusten. Die Ruhrgebietsbevölkerung wird sich bis 2025 um 9 % vermindern (bei 3 % Landesdurchschnitt). In keiner der zehn kreisfreien Städte und keinem der drei Landkreise sind bis 2025 Bevölkerungsgewinne zu erwarten. In Gelsenkirchen, Herne, Mülheim, Duisburg sowie den Kreisen Recklinghausen und Unna hingegen ist von Bevölkerungsverlusten von mehr als 10 % auszugehen. Auch der Altenquotient wird im Ruhrgebiet überproportional steigen. Keine vergleichbare Wirtschaftsregion weltweit hat jedoch einen so tief greifenden Beschäftigungsabbau so sozialverträglich gelöst. So liegt heute die Entwicklung des Bruttowertschöpfungsanteils der Dienstleistungen im Ruhrgebiet im bundesdeutschen Durchschnitt.

Dass Städte schrumpfen, hat es in der Geschichte immer wieder gegeben – etwa als Folge von Kriegen oder Katastrophen – ebenso wie Funktionsverluste durch veränderte Handelswege. Seit der Industrialisierung aber sind die Städte stetig gewachsen. Theorien der Stadtentwicklung und Instrumente politischer Steuerung sind deshalb auf Wachstumsprozesse zugeschnitten.

Wohnungsleerstand, soziale Segregation durch Fortzug von Leistungsträgern, Unterauslastung von sozialer und technischer Infrastruktur, geringe Einnahmen der Gemeinden bei wachsender Belastung durch soziale Probleme – die Folgen der Schrumpfung sind schwer zu bewältigen. Hinzu kommt der Verlust von urbaner Lebensqualität durch die Abwanderung gerade der Jüngeren und Innovationsfreudigeren. Mit der Einwohnerzahl sinkt die Kaufkraft eines Viertels, was durch überproportionalen Wegzug von Qualifizierten noch verstärkt wird. Das führt zur Einschränkung des Angebots und bald auch zur Ausdünnung öffentlicher Infrastrukturleistungen. Folge ist eine nachhaltige Imageverschlechterung von Wohnvierteln, die die Probleme verschärft: Heruntergekommene Häuser etwa beeinträchtigen die Vermietbarkeit benachbarter Immobilien; am Ende investieren auch solvente Eigentümer nicht mehr. Schließlich entschließen sich immer mehr Mobilitätsfähige zum Fortzug.

Die Verknüpfung von Bevölkerungsverlust durch Abwanderung jüngerer, qualifizierter Arbeitskräfte einerseits mit nicht gelingender Integration von Zuwanderern, versiegenden kommunalen Handlungsspielräumen, negativen ökonomischen Perspektiven, Auflösung urbaner Stadtgestalt und Ausdünnung von Infrastruktur andererseits kann sich zum Teufelskreis in einer Abwärtsspirale verdichten.

Wenn hier gegengesteuert werden soll, stellen sich viele Fragen. Erstens geht es um die künftige Ausgestaltung von Schlüsselzuweisungen, die sich an der Bevölkerungszahl festmachen. Zweitens geht es um flexible Altersgrenzen, höhere Frauenerwerbsquoten und die Anhebung von Bildungsqualifikationen, um die Effekte von Schrumpfungsprozessen ausgleichen zu können. Drittens geht es um die durchgreifende Verbesserung des Bildungsstands von Migrantenkindern. In manchen Regionen des Ruhrgebiets werden künftig 50 % und mehr der jüngeren Arbeitskräfte Migrantenkinder sein. Ausreichende Bildung und entsprechende Förderprogramme müssen hier ihren besonderen Schwerpunkt haben. Viertens verlangt die politische Gestaltung von Schrumpfungsprozessen die Stärkung regionaler Planungselemente und die Einbeziehung der Bürgerschaft.

Das Ruhrgebiet mit seinem Altersdurchschnitt ist heute schon eine Art „demografisches Laboratorium“, z. B. in der „Seniorenwirtschaft“. Diese Gruppe verfügt heute über verbesserte finanzielle Verhältnisse und hat eine deutlich konsumfreundlichere Haltung als früher. Ältere Menschen sind heute durchschnittlich gesünder. Sie reisen, suchen nach Bildung und neuen Erfahrungen und nehmen insgesamt stärker und aktiver am gesellschaftlichen Leben teil. Der Sektor der privat finanzierten Gesundheitsdienstleistungen wächst. Vielfältige Verknüpfungen zum Tourismus existieren, zu Sport- und Fitnessseinrichtungen, auch zur Lebensmittelbranche. Nachfrage existiert auch in den Bereichen altersgerechtes Wohnen und Versicherungen. Vor allem die Gesundheitswirtschaft, mit einem Wachstum von 60 % in den letzten 20 Jahren, ist die Branche im Ruhrgebiet gewesen. 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen 1,1 Millionen Beschäftigte im Gesundheitsmarkt. Gestiegene Lebenserwartung und die wachsende Frauenerwerbsquote fördern die Beschäftigung in personennahen Dienstleistungen. Nordrhein-Westfalen muss sich entsprechend profilieren.

Die Tourismusbranche trägt bis heute wenig zur Wirtschaftskraft des Landes bei. Dabei gibt es eine Menge Natur zu entdecken und ein beachtliches Maß an kulturellen Aktivitäten: Zollverein Essen als Weltkulturerbe, das Dortmunder Konzerthaus, die Bochumer Jahrhunderthalle, um nur einige zu nennen. Außerdem ist Essen im Jahr 2010 „Kulturhauptstadt Europas“.

Eine besondere Strukturförderung für das Ruhrgebiet ist notwendig. Das Ruhrgebiet darf nicht zum Hinterhof der Rheinschiene werden, für die weit günstigere Ent-

Prof. Dr. Jürgen Flimm (oben), Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer (unten)



wicklungsprognosen gestellt werden können. Dabei geht es um gezielte Standortwerbung, vor allem um junge Familien, ebenso wie um die politische Gestaltung von Schrumpfungprozessen.

2.6. Stadtentwicklung und Migration

Zur vertiefenden Information wird auf Kapitel 1, Zuwanderung und Integration, verwiesen. Beschäftigungsschwerpunkt von Migranten ist nach wie vor das verarbeitende Gewerbe. Der Wegfall von Arbeitsplätzen in der Industrie stellt deshalb die Integration von Migranten vor ganz besonders schwerwiegende Probleme.

2002 war jeder dritte ausländische Erwerbstätige in NRW im produzierenden Sektor tätig, dagegen nur jeder vierte Deutsche (34,2 gegenüber 25 %). 10 % der Ausländer waren im Gastgewerbe tätig, dagegen nur 2 % der Deutschen. Bei den Türken waren sogar 43 % der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe tätig, unter den Männern sogar 53 %. In öffentlichen und sozialen Dienstleistungen arbeitet nicht einmal jeder zehnte Türke (9 %), aber jeder vierte Deutsche (26 %). Jeder 13. ausländische Erwerbstätige ist heute selbstständig tätig.

Auch bei den Erwerbstätigen zwischen 15 und 25 Jahren ist diese Verteilung nicht entscheidend anders. In allen Bereichen des Dienstleistungssektors sind besonders die jüngeren Türken stark unterrepräsentiert. Die hohe Repräsentanz in krisenanfälligen Wirtschaftsbereichen, das niedrigere berufliche Qualifizierungsniveau und damit verbunden das höhere Risiko der Arbeitslosigkeit wirken sich ungünstig auf die Einkommensverhältnisse von Migrantenfamilien aus. Diese Beschäftigungsstruktur hat zur Folge, dass Zuwanderer heute von wirtschaftlichen Krisen besonders betroffen sind. Die sozialversicherungspflichtige Tätigkeit von Zuwanderern hat zwischen 1999 und 2003 deutlich stärker abgenommen als bei Deutschen. Zugewanderte sind häufiger in Minijobs tätig, der Ausländeranteil an den Arbeitslosen zwischen 1992 und 2003 ist von 9 auf 12,5 % bundesweit gestiegen. Das alles basiert auf Durchschnittszahlen, die einiges verdecken: Die insgesamt gesunkene Beschäftigungsquote hat auch mit der veränderten demografischen Struktur der Gruppe der Zugewanderten zu tun (Familien, Alte), in den Schulen haben sich die Mädchen verbessert, die Jungen freilich kaum. Türken und Italiener haben (nach Albanern und Serben) die schlechtesten schulischen

Ergebnisse, Spanier die besten. Über 50 % der jugendlichen Türken und Italiener haben keine Ausbildung (Zahlen BRD). Insgesamt ist Integration stark von Investitionen in Ausbildung und Weiterbildung abhängig. Mangelnde Bildung und Integration werden ohne entsprechende Gegenmaßnahmen auch ein entscheidendes Hemmnis für die Entwicklung der Städte sein.

Die Probleme der Integration stellen sich in den verschiedenen Gruppen auf jeweils unterschiedliche Weise. Dabei ist zwischen struktureller Integration (Bildungsniveau, Arbeits- und Wohnungsmarkt) und kultureller Integration (Übernahme von Normen und Regeln) zu unterscheiden (vgl. Integrationspapier). So müssen Städte auch für „transitorische Zuwanderer“, die zeitlich begrenzt hier leben, Arbeits- und Wohnmöglichkeiten bieten.

Segregation entschärft Konflikte und erhält kulturelle Differenz durch räumliche Separation, indem soziale und kulturelle Distanzen in räumliche Entfernungen übersetzt werden. Räumlich getrennte kleine Welten bilden Puffer zwischen den Einwanderern und der Aufnahmegesellschaft. Doch echte Parallelwelten behindern Integration.

Entscheidend für Integration bleiben jedoch der Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme. Integration braucht Zeit und Räume des Übergangs. Die Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten kann ein solcher Übergang sein, wenn dabei Übergangsräume zur Ursprungsgesellschaft offengehalten werden. Demnach wären „Einwanderungsquartiere“ übergangsweise zu akzeptieren. Entscheidend freilich bleiben die Verknüpfungspunkte zur Mehrheitsgesellschaft.

2.7. Stadtentwicklung und innere Sicherheit

Auffällig ist die schlechte Platzierung von Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich bei der inneren Sicherheit. Nur die Stadtstaaten haben z. B. mehr Drogentote zu verzeichnen. Die Drogenkriminalität wird durch die Nähe zu den Niederlanden begünstigt. Die hohe Arbeitslosigkeit und ein beträchtlicher Anteil Minderqualifizierter mit Migrationshintergrund bereiten im Ruhrgebiet den Boden für jegliche Art der Kriminalität. Unter den klassischen Einwanderern in Deutschland verlässt jeder fünfte Jugendliche die Schule ohne Schulabschluss. Nur knapp 40 % erreichen einen besseren

Schulabschluss als den Abschluss der Hauptschule (Deutsche: 70 %). 40 % der 24- bis 29-Jährigen Erwachsenen haben keine berufliche Ausbildung (Deutsche: 10 %). Die Zahl der Schulabgänger mit Bildungsabschluss, auch der Anteil der Abiturienten ist in den letzten Jahren gestiegen; die Zahl der Studierenden ist 2003 im Vergleich zu 1999 leicht gesunken (von 3,5 auf 3,3 %), wie auch der Anteil der ausländischen Jugendlichen an der beruflichen Ausbildung.

Beunruhigend ist, dass in Deutschland geborene Migrantenkinder schlechter abschneiden als im Ausland geborene. In besonderer Weise wirken sich Erwerbslosigkeit und öffentliche Finanzknappheit z. B. in Duisburg oder Gelsenkirchen aus. Neben einer Beschleunigung von Strafverfahren drängen sich hier Maßnahmen der Familienförderung und der verbesserten Integration als Konsequenz auf. Wie dies geschehen kann, lässt sich detailliert in Kapitel 1 nachlesen.

3. Wie wir morgen leben werden – Stadtentwicklung, Verkehr, Wohnen, Kultur

Die bunter und vielfältiger, gleichzeitig älter werdende Welt von morgen stellt an die Stadtentwicklungspolitik ganz unterschiedliche Anforderungen. Dabei geht es um die politische Gestaltung von Schrumpfungprozessen und die Stärkung der Kräfte der sozialen Integration, aber auch um Attraktivitätsmehrung für die Bedürfnisse der Jüngeren und gut Qualifizierten. Ob man die neueren modesoziologischen Ansätze von einer „kreativen Klasse“ nun für plausibel hält oder nicht: Es kann als erwiesen gelten, dass Fragen der Lebensqualität bei künftigen Standortentscheidungen von gut Qualifizierten eine wachsende Rolle spielen. Dabei, so scheint es, werden Lebensstile und Anforderungen an Lebensqualität durch die „Leistungsträger“ von morgen in der klassischen Stadtentwicklungspolitik oft nicht hinreichend berücksichtigt werden. Ihre Ansiedlungsentscheidung folgt nicht allein und oft auch nicht zuerst finanziellen Gesichtspunkten.

3.1. Anforderungen an Lebensqualität

Gefragt sind heute schon gleichermaßen

- ein kreatives Umfeld;
- ein breites Jobangebot;
- ein vielfältiges kulturelles Umfeld. Dabei geht es nicht zuerst um große Theater, Opernhäuser etc., sondern viel stärker um eine breite Szene von Kleinkunst, von Musikclubs usw.;
- soziale Interaktion in einem bunten Umfeld mit hoher Toleranz;
- Diversität;

- die Ausstrahlung von „Authentizität“ und einer unverwechselbaren „Einzigartigkeit“: Urbanität mit einem Mix von historisch gewachsener Architektur, etablierter Nachbarschaft, einer breit gefächerten kulturellen Szene, einer intakten natürlichen Umwelt und guten Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung;
- gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung und gute Schulen.

Demnach müssen Städte und Regionen in der Zukunft mehr bieten als hohe Einkommen und Karrierechancen. Die Verbesserung der lokalen Lebensqualität erhält neben wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven eine politische Aufgabe von gleichrangiger Bedeutung.

3.2. Zurück in die Städte

Schon heute lässt sich ein Siedlungstrend zurück in die Städte beobachten. Für künftige Ansiedlungsentscheidungen wird die Verbindung eines breiten Jobangebots mit einem kreativen Umfeld, das vielfältige kulturelle Angebote bereithält, eine guten Infrastruktur in der Kinderbetreuung, hohe Umweltqualität und Möglichkeiten der Naherholung von entscheidender Bedeutung sein. Viele Jüngere schätzen ein urbanes Lebensumfeld mit einer lebendigen und vielfältigen kulturellen Szene, mit einem breiten Angebot an Stadtteilkultur, Kneipen, Cafés und wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten. Gesucht ist und wird künftig erst recht eine Mischung aus historisch gewachsener Architektur, damit verbundener unverwechselbarer, authentischer

Urbanität, mit funktionierender Nachbarschaft, breitem Kulturangebot, intakter Umwelt und Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung.

„What’s there: the combination of the built environment and the natural environment: a proper setting for pursuit of creative lives.

Who’s there: the diverse kinds of people, interacting and providing cues that anyone can plug into and make a life in that community.

What’s going on: the vibrancy of street life, café culture, arts, music and people engaging in outdoor activities – altogether a lot of active, exciting, creative endeavours. The quality of place a city offers can be summed up as an interrelated set of experiences. Many of them, like the street-level scene, are dynamic and participatory. You can do more than to be a spectator; you can be part of the scene. And the city allows you to modulate the experience: to choose the mix, to turn the intensity level up or down as desired, and to have a hand in creating the experience rather than merely consuming it. The street buzz is right nearby if you want it, but you can also retreat to your home or other quiet place, or go into an urban park, or even set out for the country. This is one reason canned experiences are not so popular. A chain theme restaurant, a multimedia-circus sports stadium or a pre-packaged entertainment-and-tourism district is like a packaged tour: You do not get to help to create your experience or modulate the intensity; it is thrust upon you” (Florida, *The Rise of the Creative Class*, S. 232).

„Wohnen im 21. Jahrhundert inmitten von Menschen und urbanem Leben gleicht auf den ersten Blick einem Sehnsuchtsort mit unverwechselbaren Geräuschen und Gerüchen, wo kleine Tische stehen, Kaffeeduft in der Luft liegt, leichter Wein in beschlagenen Gläsern mousiert und Stimmen, Rufe, Autohupen sich kakophonisch verwirren. Eine Stadt, die Tag und Nacht pulsiert, sommers wie winters, bei Wind und Wetter, stets quirlig, laut und lärmend. Eine Stadt der flüchtigen Begegnungen, der werthaltigen Gespräche und zivilen Umgangsformen, wo hinter den großen Fenstern der Cafés und Restaurants die Gabeln klirren und schöne Frauen leise über die Reden der Dichter lachen. Belebt. Bildhaft. Bunt. So möchte man in Zukunft gerne wohnen und leben“ (Opaschowski, *Deutschland 2030*, S. 390).

Das mag ein wenig übertrieben klingen. Dennoch lassen sich daraus Anforderungen an die Attraktion von Urbanität von morgen ableiten. Die „Kreativen“ mögen

Diversität: „Successful places do not provide just one thing; rather they provide a range of quality of place options for different kinds of people at different stages in the live course” (Florida, S. 233). Und: Leistungsträger wollen in die Stadt.

Mehr als um die Opernbühnen geht es um Stadtteilkultur, Gestaltung von Wohnumfeldern, ein breites Angebot wohnortnaher Läden, Cafés, ein insgesamt kreatives Umfeld. Daran muss sich Stadtentwicklung orientieren: Demnach sind Großstadion, kulturelle Highlights und Festivals wichtig, aber die alltäglich erfahrbare kreative Buntheit ist wichtiger.

In einem gewissen Widerspruch dazu stehen freilich die überall entstehenden, gleichförmigen Mega-Einkaufszentren, die günstiges Einkaufen ermöglichen, aber den Leitbildern vom bunten und anregenden urbanen Leben so gar nicht entsprechen. Manche Innenstädte werden heute schon nicht mehr bewohnt, sondern nur noch von Verbrauchern und Urlaubern aufgesucht. Und: „Zurück in die Stadt“ wäre umweltpolitisch sinnvoll – als Verkehrspolitik der kurzen Wege. Aber: Die großen Einkaufszentren sind mittlerweile an den Rändern.

3.3. Die Mobilität der Zukunft

Keine Frage: In der Zukunft droht den Städten der Verkehrskollaps. Die Feinstaubproblematik hat das jüngst wieder in Erinnerung gerufen. Mehr als 20 % der Treibhausgasemissionen sind durch den Verkehr verursacht. Gleichzeitig hat sich der Pkw-Bestand ständig vergrößert. Von der Sättigungsgrenze des Marktes, von der viele Experten sprechen, ist wenig zu erkennen. Und die derzeitige Diskussion um die Absatzprobleme der deutschen Automobilindustrie macht einmal mehr deutlich, dass wir uns hier in einem schwierigen Zielkonflikt befinden. Eine Plakettenpflicht für das Befahren von Innenstädten gibt es inzwischen schon. Doch das wird nicht reichen. Wir brauchen nicht nur andere Autos, sondern auch Alternativen zum Auto. Dreierlei wird notwendig sein:

- autofreie Inseln in der Stadt
- attraktive wohnortnahe Angebote
- Alternativen zum Auto (ÖPNV, Fahrrad etc.)

Mit intelligenteren Autos, anderen Antriebsarten, Verkehrsleitsystemen etc. wird es nicht getan sein. Das zentrale Problem aller Alternativen zum Auto liegt da,

wo Flexibilität und Freiheitsgefühl bei der Pkw-Nutzung kaum zu kompensieren sind. Hinzu kommen der Zeitverlust sowie finanzielle Gründe bei Alternativen. Häufig sind diese schlicht teurer. Zudem bleibt im privaten Verhalten der Problemzusammenhang von persönlichem Verhalten und Umweltbelastung weitgehend ausgespart. Autofahrer wollen Umweltprobleme lösen und von Abgasen verschont bleiben, aber sie wollen auch rund um die Uhr mobil sein und überall einen Parkplatz finden. Dass das nicht zusammenpasst, weiß zwar inzwischen fast jeder: Aber das ändert nicht viel. Zu stark sind nach allen vorliegenden Daten das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Symbolcharakter des Autos als Verkörperung einer mobilen Erlebnisqualität.

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird gerade in großstädtischen Ballungsräumen in der Verkehrspolitik der Zukunft eine zentrale Rolle spielen müssen, deren Entlastungseffekte freilich nur begrenzter Art sein werden. Eine Entlastung kann der Trend „Zurück in die Stadt“ schaffen: eine Verkehrspolitik der kurzen Wege zwischen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit.

Autofreie Inseln in der Stadt bieten auch unmittelbar erfahrbare Lebensqualität. Die Stadt von morgen braucht eine fahrradfreundliche Infrastruktur. 50 % aller Autofahrten im Stadtverkehr werden für Strecken von weniger als fünf Kilometern zurückgelegt. Das sind Entfernungen, die in aller Regel fast genauso gut mit dem Fahrrad zurückgelegt werden könnten. Die zusätzliche Schaffung flächendeckender Verbundsysteme von Bus und Bahn mit deutlich höherer Frequenzdichte bleibt ein zentrales Zukunftsgebot.

Hoffnungen, dass das Vordringen von Telearbeit die Umwelt entlaste, sind allerdings unrealistisch. Sie führt nur dazu, dass die Grenzen zwischen Berufs- und Freizeitverkehr sich verändern. Häufige PC-Benutzer sind häufiger mit dem Auto unterwegs als andere. Auch das computergesteuerte Auto wird das Problem nicht lösen. Heute wollen weniger Leute auf das Auto verzichten als 1984.

3.4. Wohnen

In den Vorstellungen der Gesellschaft kommen heute Lebensqualitätswünsche zum Ausdruck, die auf eine Abkehr von der Pendlergesellschaft hindeuten. „Wer es sich leisten kann, wohnt citynah“ (Stiftung für Zukunfts-

fragen): Shopping, Szene, Straßencafés. Allerdings haben die meisten wenig Lust auf Wohnortwechsel.

Die Wohnungspolitik ist seit Jahren eine Gratwanderung zwischen Wohnungsnot und Wohnungsleerstand. Stadtentwicklung zwischen Schrumpfung und Wachstum erfordert besondere strategische Konzepte. Eine schrumpfende Region (nördliches Ruhrgebiet) hat vor allem die Abwanderung junger Menschen zu beklagen. Damit verbunden ist der Verlust sozialer Infrastruktur (Kindergärten, Schulen usw.). Gleichzeitig stößt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen an Grenzen. Die Mischung vergreisender Städte bzw. Stadtbezirke, zerbröselnder Familienstrukturen, einer parallelen Auflösung von Bürgertum und Ausweitung von Stadtbevölkerung mit Migrationshintergrund wird wachsende Konflikte hervorbringen. Bei der Verwahrlosung von Stadtvierteln greifen viele Probleme ineinander: Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Migration. Können wir von der „Null-Toleranz-Strategie“ in New York lernen?

Das Ideal der sozialen Stadt mit sozial ausgewogenen Lebensbedingungen und einer Mischbevölkerung rückt in weite Ferne. Trotz insgesamt guter Wohnraumversorgung nimmt die soziale Polarisierung zu. Gegen diese Trends will die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ ansetzen.

Für die Wohnungspolitik der Zukunft muss Innenstadtförderung, nicht Bauen auf der grünen Wiese, im Vordergrund stehen.

3.5. Kultur

„Was von dieser Generation, wie von früheren Generationen, im Gedächtnis dieses Landes, wenn's gut geht, im Gedächtnis der Menschheit zurückbleiben wird, sind nicht unsere Bahnhöfe und Flugplätze, auch nicht unsere Steuergesetze, nicht einmal das Niveau unserer sozialen Sicherungssysteme, es sind Kunst und Kultur“ (Norbert Lammert). Betrachtet man den Wettbewerb innerhalb Nordrhein-Westfalens zur Nominierung als Kulturhauptstadt Europas vor einigen Jahren, so stellt man fest, dass die Einzigartigkeit der verschiedenen Kulturregionen und ihre Vision und Bedeutung für die Zukunft stark im Bewusstsein der Menschen verankert sind. Immer ging es darum, dass und wie Kultur dafür genutzt werden kann, dass Menschen kommen und bleiben in einer globalisierten Zivilisation. Demnach stellt sich im Blick auf die Zukunft, auf 2025, die Frage

danach, was wir tun, damit diese Verbundenheit bleibt für die Generationen, die nach uns kommen. Wir müssen schon jetzt die Voraussetzungen schaffen, dass die Menschen teilhaben können an den vielfältigen Angeboten der Gesellschaft – und das eben nicht allein in materieller Hinsicht. Sie müssen das Wissen darüber haben, ihre Wahrnehmungsfähigkeit muss entsprechend ausgebildet sein und sie müssen das Handwerkszeug für kreatives Wirken besitzen.

3.5.1. Kultur als Wert an sich

Insgesamt darf die Förderung von Kunst und Kultur nicht – wie heute schon viel zu oft – unter Nützlichkeitsaspekten zur Problemlösung in anderen gesellschaftlichen Bereichen gesehen werden. Kunst und Kultur haben ihre Bedeutung zuallererst in sich. Der alte Bildungskanon, der alte kulturelle Kanon – sie sind unverzichtbar. Schon die immer wiederkehrende Werte-Debatte macht klar, wie wichtig Tradition ist. Und hier hat Nordrhein-Westfalen einiges zu bieten, was bewahrt und ausgebaut werden muss – Universitäten, Theater, Opernhäuser, Orchester, Konzerthäuser, Chöre, Bälle, Festivals, Stiftungen und viele große und kleine Initiativen. Diese Institutionen gilt es zu halten. Gerade Orte wie Museen und Archive sind Orte des kollektiven Gedächtnisses, an denen sich zunehmend die Bürger in einer Gemeinde, einer Region in einer globalisierten Welt ihrer Herkunft versichern. Dies führen uns die schmerzlichen Ereignisse um das Kölner Historische Stadtarchiv deutlich vor Augen. Die Schätze, die seit Generationen weitergegeben wurden, müssen sicher aufbewahrt werden, damit sie in ihrer Substanz erhalten werden und künftigen Generationen ebenso zur Verfügung stehen wie uns. Das erfordert ein dauerhaftes Engagement der jeweiligen Träger, das nicht nur von möglichst hohen Besucherzahlen abhängig gemacht werden darf. Die Debatte um Umwegrentabilität kann und wird in eine Sackgasse führen. Und auch die Welle der gut gefertigten Musickopien kann nicht mit kreativer Arbeit vor Ort gleichgesetzt werden.

3.5.2. Armut, Integration und Kulturrezeption

Seit geraumer Zeit wissen wir, dass die Integration ausländischer Mitbürger, Migranten der zweiten und dritten Generation, besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Und wir wissen auch, dass sich die Armutsgrenze immer weiter nach oben schiebt. Jüngste Veröffentlichungen weisen immer wieder darauf hin, dass die Zunahme der Armut auch und vor allem zulasten der

Kinder geht. Die kulturelle Spaltung der Gesellschaft wird nach allen wahrnehmbaren Trends der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten eher noch zunehmen. Schon heute gibt es eine wachsende Kluft bei der Nutzung öffentlicher Kulturangebote zwischen bildungsnahe und bildungsarmen Schichten. Dies gilt keineswegs nur für die klassischen Felder der Kultur. Auch beim Kinobesuch oder bei Popkonzerten sind die Besucher mit höherer Bildung deutlich überrepräsentiert. Bildung macht Kultur; auch Preisermäßigungen oder freier Eintritt allein werden das nicht überbrücken. Jeder zweite Deutsche besucht nie eine Oper, ein Konzert oder ein Theater. Unter den Nichtnutzern sind Hauptschüler viermal so stark vertreten wie Menschen mit Gymnasialabschluss. Insgesamt dominiert beim Kulturpublikum zwar die Generation der 50- bis 64-Jährigen. Die Generationenkluft ist aber ein geringeres Problem als die wachsende Schere zwischen Nutzern und Nichtnutzern. Auch die Kultur, die es in Nordrhein-Westfalen in bewundernswert großem Maße gibt, muss an der Lösung der damit verbundenen Probleme mitwirken. Das stellt die kulturelle Arbeit der Zukunft vor neue Herausforderungen.

Diesen Anstrengungen werden sich staatlich getragene Kultureinrichtungen wie freie Anbieter gleichermaßen in ihren Programmen unterziehen müssen. Einige Institutionen haben sich dem schon gestellt, in kleinerem und größerem Umfang. Dafür haben sie in bescheidenem Umfang auch die Unterstützung staatlicher Stellen erhalten. Das muss erheblich ausgebaut werden.

In der Zukunft wird es entscheidend darauf ankommen, die einheimische Mehrheitskultur mit den vielfältigen Migrantenkulturen zu verbinden. Spannend wäre es, viele Migranten als Mittler und Führer in die Mehrheitskultur zu gewinnen. Gelingen kann dies, wenn ein glaubhaftes Interesse an und eine Lernwilligkeit gegenüber den Migrantenkulturen besteht. Dann könnten sich Stolz auf das Eigene und Respekt vor dem Fremden ergänzen und wechselseitig befördern.

Ein in diese Richtung weisendes Vorhaben in Köln, das von verschiedenen Künstlern und Experten initiiert wurde und inzwischen breite Unterstützung findet, ist die Akademie der Künste der Welt, eine international und interdisziplinär zusammengesetzte Gemeinschaft von Künstlern und Kulturwissenschaftlern. Hier geht es nicht darum, ein weiteres Haus zu gründen, sondern vielmehr die bereits bestehenden, etablierten Orte für die zeitgenössischen Künste der Welt zu öffnen, von

innen zu verändern und einen offeneren Kulturbegriff zu etablieren. Sie soll als treibende Kraft Angebote zur Entfaltung kultureller Diversität und Förderung von Internationalität entwickeln mit den Kultureinrichtungen vor Ort, sie lokal, national und international vernetzen und sich um Kunstvermittlung für eine kulturell heterogen interessierte Öffentlichkeit bemühen. Dieser Ansatz klingt vielversprechend und könnte Impulse auch für andere Landesteile geben.

3.5.3. Verantwortung

Der Staat fördert viel, verlangt viel und kann letztlich doch nicht genug erreichen. Regeln und Verordnungen ersetzen keine Arbeit am Detail, vor Ort, in der Schule, im Wohnumfeld, in der Familie. Und unsere Wirtschaftsordnung fördert die Scherenbewegungen zwischen Reichtum und Armut. Gerade erleben wir das wieder schmerzlich.

Auch wenn die wirtschaftlichen Aussichten derzeit düster sind, besteht gerade in der Krise auch eine Chance: dass diese Krise zur Rückbesinnung auf die Werte einer gerechten Wirtschaftsordnung genutzt wird.

3.5.4. Ehrenamt

Kultur ist ein „Nationaler Schatz“ – sich um die Sicherung, Bewahrung und Vermehrung dieses Schatzes zu kümmern, ist eine Aufgabe für alle Bürger dieses Landes. In diesem Bereich sollte das ehrenamtliche Engagement erheblich ausgedehnt werden. Senioren kommt hier eine ihnen besonders passende Rolle in der Traditionsvermittlung zu. In den Hunderten von Heimatmuseen, die es in Nordrhein-Westfalen gibt, wird dieses Engagement schon heute beispielhaft vorgeführt. In Seniorenakademien und in den Senioren-Studiengängen an den Universitäten sollten entsprechende Aus- und Fortbildungsangebote bereitgestellt werden. Eine Dotierung ähnlich der Übungsleiterpauschale im Sport sollte angedacht werden.

3.5.5. Schulprojekte

Was kann die Kultur jenseits der staatlichen Sozialsysteme zur sozialen Integration beitragen? Es gibt Beispiele für die Hinwendung von der Repräsentation tradierter Kulturgüter zu einer Kultur der Einmischung. Da sind kreative Köpfe gefragt – wie der Essener Intendant Weber, der mit seinen Leuten in die Vorstädte geht, um mit den Mitteln des Theaters auf soziale Miss-

stände zu reagieren. Mitmachen, mitspielen – darum geht es dabei. Ähnliche Projekte gab es in München, Berlin, Bremen und anderswo.

Die entscheidenden Weichenstellungen erfolgen in Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen. Hier treffen wir auf alle Kinder und Jugendlichen – und auf sämtliche Fragen von Migration und Integration. Soziale Probleme sind hier oft deutlicher präsent als in der Erwachsenenengesellschaft. Hier kann Kultur mit all ihren Spielarten und Ausformungen wirklich etwas verändern.

Allerdings nur, wenn sich in den Schulen und konkret in den Curricula tatsächlich etwas ändert. Derzeit haben künstlerische Fächer in den meisten Schulen noch immer die Anmutung des Verzichtbaren. Musik und Kunst sind Fächer, die ausfallen oder gerne fachfremd unterrichtet werden – kein Problem, solange die „Versorgung“ der Schüler in den „harten Fächern“ gewährleistet ist, keine Mathematik- oder Englischstunden ausfallen. Seit PISA sind die Bestimmungen noch rigider geworden. Dabei wissen wir doch, dass Schule den ganzen Menschen bilden muss, sich nicht auf das Training der kognitiven Fähigkeiten beschränken darf. Die Förderung von Fantasie und Kreativität, die Schulung aller Sinne ist notwendig, will man Kinder und Jugendliche fit machen für eine Zukunft der Herausforderungen und sich immer rascher verändernden Lebensbedingungen. Nebenbei gibt es die nachweisliche Erfahrung, dass Kinder, die in Tanz- oder Theaterprojekten Erfolgserlebnisse haben, auch im Schulalltag besser bestehen können.

In Nordrhein-Westfalen gibt es heute schon eine ganze Reihe von Projekten, in denen solche zusätzlichen Angebote in Schulen erfolgreich umgesetzt werden; dies hängt allerdings immer noch sehr stark von Künstlern ab, die auf Schulen zugehen, oder von engagierten Eltern, die den Kontakt zu künstlerischen Einrichtungen suchen. Immerhin werden im laufenden Schuljahr 2008/2009 ca. 1.400 Projekte aus unterschiedlichen künstlerischen Sparten organisiert und von der Landesregierung auch gefördert. Mit JeKi – Jedem Kind ein Instrument (www.bmbf.de/pub/jeki_nrwf.pdf) – hat sich NRW in einem Programm kultureller Bildung engagiert, das nun in ganz Deutschland zum Vorbild und Muster geworden ist. Jedes Grundschulkind erhält vier Jahre lang die Möglichkeit, ein Instrument seiner Wahl zu lernen und mit anderen zu musizieren. Das Ziel, das im Jahr 2010 für das Ruhrgebiet verfolgt wird, sollte sehr bald in ganz NRW erreicht sein. Im Jahr

2025 werden dann alle Kinder und jungen Erwachsenen die Möglichkeit gehabt haben, Musik zu praktizieren. Es handelt sich auch insofern um ein „Jahrhundertprojekt“, als seine Verwirklichung ein bürgerschaftliches Engagement von einzelnen Personen, Familien, Betrieben, Kommunen, Stiftungen des Landes und des Bundes in einem bisher ungekannten Ausmaß bündelt.

Wirklich zufriedenstellend ist die Situation aber erst, wenn an allen Schulen im Land im Rahmen von Ganztagsangeboten jedes Kind und jeder Jugendliche an Projekten teilnimmt, welche die kreative Seite fördern, und dies auch im Curriculum festgeschrieben ist – in welcher Kunstsparte auch immer. Solche Maßnahmen sollten zusätzlich zum bisherigen Schulunterricht in Musik, Kunst und darstellendem Spiel verwirklicht werden. Im Jahr 2025 sollte jedes Kind im Land mindestens einmal in seiner Schulzeit mit jeder Kunstsparte vertraut werden und sich dann aktiv künstlerisch in der Sparte seiner Wahl tiefergehend ausbilden können.

3.5.6. Kulturforum

Eine Plattform, die kreative Projekte von Kultureinrichtungen bündelt und einen Erfahrungsaustausch ermöglicht, muss geschaffen werden; dazu gehört auch eine lückenlose Zusammenstellung aller kulturellen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen. Auf dieser Grundlage könnte die Koordination zwischen den Kulturangeboten und Schulen als Kooperationspartnern gelingen.

3.5.7. Anreizsysteme

Um diese Bereitschaft zu fördern, sollte an öffentliche Zuwendungen in Zukunft die Bedingung geknüpft werden, einen Prozentsatz für kulturelle, integrative Vorhaben (Einbeziehung von Migranten, sozial Benachteiligten) zu investieren. Alternativ ließe sich dies durch erhöhte Zuwendungen erreichen.

3.5.8. Alte und neue Orte

Wie bisher hat sich die Kultur auch in Zukunft immer wieder infrage zu stellen. Theater, Literatur, Museen – sie alle können sich den offenkundigen Aufgaben nicht verschließen. Sie müssen sich verstärkt öffnen. Konzerthäuser und öffentliche Plätze müssen sich auf veränderte Stile, Gewohnheiten und ökonomische Grundlagen einstellen. Traditionen aus unterschiedlichen Kulturen sollen dabei gepflegt und neue kreative Perspektiven entwickelt werden.

Durch die Auswahl zur Kulturhauptstadt 2010 hat das Ruhrgebiet die Chance zur Entwicklung neuer interdisziplinärer Wege. Zwei Projekte seien genannt, die zeigen, wie neue künstlerische Prozesse in Gang gesetzt werden können:

- Das Dortmunder U, ein weithin sichtbares Industriedenkmal, wird zum Ort der Medien und Musik. Das städtische „Museum zum Ostwall“ wird mit der Kunst der Moderne und der Gegenwart ebenso einziehen wie Kreative aus Kunst und Wirtschaft.
- Unna Massimo: Die langjährige zentrale Anlaufstelle für Aussiedler, Zuwanderer und Flüchtlinge verwandelt sich nach und nach in eine Akademie für alle Künste, die im Gebäudebestand der 60er-Jahre mit den Mitteln der neuen Licht- und Klangechnik einen Zukunftsort für Künstler und Kreative schafft. Dabei wird angeknüpft an das renommierte Internationale Zentrum für Lichtkunst in den Katakomben der ehemaligen Lindenbrauerei.

Wichtige Quellen aus Kapitel 2 und 3 (Auswahl:)

- H. Meffert/P. Steinbrück (Hrsg.), Trendbuch NRW – Perspektiven einer Metropolregion, Gütersloh 2005 (Bertelsmann Stiftung)
- Hartmut Häußermann, Stadtpolitik, Frankfurt/M. 2008
- Richard Florida, The Rise of the Creative Class, New York 2002
- Horst Opaschowski, Deutschland 2030 – Wie wir in Zukunft leben werden, Gütersloh 2008
- Integrationsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2008
- Diverse Hefte des Landesamtes für Bevölkerungsentwicklung und Statistik

Alice Schwarzer



4. Anhang

4.1. Migration und Integration

von Alice Schwarzer

1. Ziel einer gelungenen Integration kann nicht die Tolerierung von Parallelgesellschaften mit Parallelsitten und Parallelwerten sein. Wir dürfen nicht länger erlauben, dass einem menschenverachtenden Kulturrelativismus das Wort geredet wird. Im Gegenteil: Integration muss – bei aller Akzeptanz kultureller, religiöser und mentaler Unterschiede – eine Integration auf Basis unseres Rechtsstaates sein, inklusive der Gleichberechtigung der Geschlechter.

2. Wir haben es heute nicht nur mit der „üblichen“ Herausforderung bei der Integration Zugezogener zu tun – wie Ende des 19. Jahrhunderts z. B. bei den Polen oder Mitte des 20. Jahrhunderts den Italienern – plus einem anderen Kultur- und Glaubenskreis, sondern vor allem mit einer politischen Offensive: Seit Mitte der 80er-Jahre agitieren Islamisten, also Anhänger eines Islam, die diesen nicht nur als Glauben, sondern auch als Weltanschauung und definitive Richtschnur für ein bestimmtes Gesellschaftssystem sehen (inklusive Gottesstaat und Scharia) – auch mitten in Deutschland.

Das ideologische Rüstzeug kommt, wie wir längst wissen, aus Iran und Pakistan, das Geld überwiegend aus Saudi-Arabien. Vor allem dieser politischen Agitation in lange auch vom Gastland vernachlässigten Stadtvierteln, Familien, Koranschulen und Moscheen verdanken wir das ungewöhnliche Phänomen einer Rückwärtsentwicklung der Migranten: So spricht heute die dritte Generation schlechter deutsch als die zweite, sind die Kinder der hier lebenden Türken schlechter ausgebildet als die in der Türkei und steigen Religiosität und Fanatismus der Jugendlichen, allen voran bei den jungen Männern: 2007 bezeichneten sich bereits 28 % der Musliminnen und Muslime in Deutschland als „streng religiös“ (2000: 8 %); 47 % befürworteten das Kopftuch (2000: 27 %). Diese Entwicklung beschleunigt sich dank der modernen Medien (Internet) seit einigen Jahren rasant.

Die Agitation fällt also auf fruchtbaren Boden. Gründe dafür gibt es viele: Sie reichen von der Vernachlässi-

gung der billigen Arbeitskräfte in gettoisierten Vierteln über die falsche Toleranz gegenüber brachialen Verstößen gegen die Menschenrechte der Frauen bis zu einer Laissez-aller-Haltung mancher Migranten, die sich der Haltung hingegeben hatten: Wir gehen sowie so zurück in die Türkei. All das hat man in Deutschland ein Vierteljahrhundert laufen lassen, hat eine falsche Toleranz geübt und einen schiefen „Dialog“ geführt. Dabei haben die islamistischen Fundamentalisten bis 2001 aus ihren Zielen auch mitten in Deutschland kein Geheimnis gemacht. Seit 2001 hat mancher islamischer Reaktionär „Kreide gefressen“ und redet von Demokratie, wo er in Wahrheit Gottesstaat meint. Wir müssen auch lernen, das zu durchschauen. Eine besondere Rolle bei dieser Verhüllungsstrategie spielen bemerkenswerterweise KonvertiTinnen.

Im Namen dieser falschen Toleranz („andere Sitten“, „anderer Glaube“) haben wir es geschehen lassen, dass die Mütter eingesperrt, die Töchter entrechtet und die Söhne verhetzt wurden. Väter wie Söhne bleiben in der muslimischen Community gefangen im Männlichkeitswahn, im Teufelskreis der Verklärung männlicher Dominanz und Gewalt: zur Hebung des Selbstwertgefühls und Rekonstruktion von „Männlichkeit“.

Nicht zufällig sind es die jungen Frauen zwischen zwei Kulturen, zerrissen zwischen der traditionellen Entrechtung und dem neuen Emanzipationsversprechen, die als erste ausgebrochen sind. Doch erst seit 2003 wagen einige Deutsch-Türkinnen der zweiten Generation, öffentlich ihre Stimme zu erheben (z. B. 2005 die deutsch-türkische Soziologin Necla Kelek in „Die fremde Braut“ und 2006 in „Die verlorenen Söhne“ oder 2007 die deutsch-türkische Juristin Seyran Ates in „Der Multi-Kulti-Irrtum“).

Wir, die Deutschstämmigen, und die Migranten und ihre Kinder, lebten so ignorant nebeneinanderher, dass wir nicht einmal bemerkt haben, wie der ja durchaus noch vorhandene latente deutsche Rassismus zum Bumerang wurde: Unter dem Druck der fundamentalistischen

Propaganda verachten inzwischen zunehmend viele gläubige Musliminnen und Muslime uns „Ungläubige“ und „Unreine“. Höchste Zeit also, auf breiter Front zu handeln. Dabei kann es nicht nur darum gehen, zu „tolerieren“ und zu „helfen“, sondern es muss auch darum gehen, zu fordern und unsere Werte, die ja auch für die Mehrheit der Musliminnen und Muslime ein Gewinn wären, selbstbewusst darzustellen: Demokratie, Rechtsstaat und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dazu ein paar konkrete Vorschläge:

2.1. Die Mütter sind der Schlüssel zur Integration

Integration fängt in der Familie an. Die Mütter müssen aus dem Gefängnis ihrer vier Wände geholt werden und Gelegenheit bekommen, Deutsch zu lernen und Kontakte zu knüpfen. Denn am Modell der Eltern orientieren sich die Kinder. Und die Erfahrung lehrt uns, dass sich die Töchter in patriarchalen Familien mit den Müttern identifizieren, und die Söhne, oft selbst Opfer, mit den Vätern (vgl. dazu die Langzeituntersuchung von Chr. Pfeiffer vom Kriminologischen Institut Hannover). Bei der Integration von Müttern müssen wir offensiv sein. Passive Angebote verlaufen im Sande. Die in Nordrhein-Westfalen geschaffenen Mütterzentren sind ein Schritt in die richtige Richtung (vgl. Papier oben). Es bietet sich an, Integrationsarbeit mit den Müttern mit Deutschunterricht zu verknüpfen. Das sollte jedoch auch mit Pflichten und Sanktionen verbunden sein.

2.2. Welche Rolle kann die Schule spielen?

Jeder Versuch einer Trennung der Geschlechter und der Sonderbehandlung von Mädchen beim Mathematik- bzw. Schwimmunterricht muss entschieden zurückgewiesen werden. Wenigstens in der Schule sollen auch die Mädchen und Jungen aus orthodoxen muslimischen Familien die Erfahrung der Gleichheit der Geschlechter machen können.

Zwei Jahre Vorschulpflicht zum Erlernen der deutschen Sprache wären nach Meinung von Expertinnen und Experten Voraussetzung für eine wirkliche Chancengleichheit der Kinder. Die in Nordrhein-Westfalen seit 2007 durchgeführte Sprachstandserfassung aller Kinder zwei Jahre vor ihrer Einschulung war ein erster Schritt. Dabei stellte sich heraus, dass jedes fünfte Kind Nachholbedarf hat.

Die Ganztagschule erhöht die Chancen aller Kinder aus bildungsarmen Elternhäusern, also auch die der

Kinder von Migranten. Die bis 2010 geplante Erhöhung auf Ganztagschulplätze für jedes vierte Kind genügt jedoch nicht (vgl. Papier oben). Deutsch als Pflichtsprache für alle in der Schule sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Einführung praxisorientierter Demokratiekurse sollte erwogen werden, gegebenenfalls mit speziellen Kursen für Mädchen und Jungen. Islamunterricht in deutscher Sprache wäre eine wünschenswerte Alternative zu demokratiefeindlichen Koranschulen (vgl. Papier oben).

2.3. Den Töchtern sind wir die Chancengleichheit schuldig

Wir müssen die zweite und dritte Generation bei ihren Hoffnungen auf die gleichen Chancen wie ihre deutschen Freundinnen unterstützen und gegebenenfalls auch schützen. Für Konfliktfälle müssen ausreichende Beratungsstellen an Schulen und in Stadtvierteln sowie Zufluchtwohnungen zur Verfügung stehen. Das Mentoring-Projekt für junge Migrantinnen im Ruhrgebiet ist ein positiver Ansatz. Doch wie viele nehmen daran wirklich teil? Dasselbe gilt für die START-Stiftung (www.start-stiftung.de).

2.4. Den Söhnen sind wir die Chancengleichheit schuldig

Den Jungen muss klargemacht werden, dass ihr Rückzug aus der „westlichen Dekadenz“ und Bildung und ihre Flucht in die Gewalt eine Sackgasse ist. Deshalb sollten spezielle Jungenprogramme in Stadtvierteln und Schulen verwirklicht werden. Der gemischte Unterricht kann dabei eine positive Rolle spielen.

2.5. Recht und Rechtsprechung – Die Rolle der Richter

Seit Mitte der 80er-Jahre haben wir es mit einer systematischen Unterwanderung des Rechtsstaates und dem Versuch einer „Schariarisierung“ des deutschen Rechts zu tun (vgl. EMMA-Artikel Jan./Feb. 2003). Das darf nicht länger verharmlost werden. Denn es geht von der Aushöhlung des Zivilrechts (Krankenversicherungen für Zweit- und Drittfrauen, also Tolerierung der Polygamie) bis zur Relativierung des Strafrechts (Milde bei Mord wegen „Verletzung der Familienehre“). Die Islamwissenschaftlerin und Gerichtsgutachterin Spuler-Stegemann hat bereits vor Jahren vor einem „massiven Angriff auf unser Rechtssystem“ und einer drohenden „Zweigesetzlichkeit in Deutschland“ gewarnt. Deshalb wären aufklä-

rende Schulungen für Richter, die das Problem häufiger zu verkennen oder zu unterschätzen scheinen, sinnvoll.

2.6. Studien und Statistiken

Bei allen Studien und Maßnahmen muss die herrschende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in einem traditionellen muslimischen Milieu berücksichtigt werden. Alle Statistiken sollten zwischen Frauen und Männern differenzieren, alle Integrationsmaßnahmen dieser unterschiedlichen Ausgangslage Rechnung tragen. Auch für die deutsche Mehrheitsgesellschaft wären nach Geschlechtern differenzierende Statistiken in allen gesellschaftlichen Bereichen – Bildung, Beruf, Recht etc. – dringend notwendig. Im Ausland ist das schon lange eine Selbstverständlichkeit. Denn nur so werden Unterschiede sichtbar – und können thematisiert und bekämpft werden.

2.7. Das Kopftuch – Privatsache oder politisches Symbol?

Ganz unabhängig von den unterschiedlichen persönlichen Motiven eines Mädchens oder einer Frau, die das Kopftuch trägt, ist das Kopftuch seit Beginn der islamischen Revolution 1979 im Iran objektiv und politisch die Flagge der islamischen Fundamentalisten. Es ist alles andere als ein „Stückchen Stoff“. Es ist ein politisches Symbol von höchster Brisanz. Als solches ist es deshalb im 21. Jahrhundert nicht mit dem christlichen Kreuz oder der jüdischen Kippa vergleichbar, da beide Symbole zurzeit keine irgendwie vergleichbaren politischen Implikationen haben (was sich beim Kreuz durchaus wieder ändern kann).

Das islamische Kopftuch, das die Haare als „haram“, als Sünde, gänzlich verdeckt, und der islamische Mantel, der den Frauenkörper als „haram“ verhüllt, ist eine Art Branding für Mädchen und Frauen und hat eine vielfache Bedeutung:

Erstens macht das Kopftuch den weiblichen Menschen schon als kleines Mädchen zum Sexualobjekt, indem es kopftuchlose Mädchen und Frauen als sexuell provokant deklariert.

Zweitens betont und vergrößert das Kopftuch der Frauen – und der Bart der Männer – den Unterschied zwischen den Geschlechtern bis zur Unüberbrückbarkeit.

Drittens weist es Frauen und Männern aufgrund dieses „Unterschieds“ fundamental unterschiedliche Rollen zu. Danach ist die Frau nach islamischem Recht, der Scharia, abhängig vom Mann – bis hin zur Unmündigkeit.

Viertens behindert das islamische Kopftuch/Gewand Frauen ganz konkret in ihrer Bewegungsfreiheit und freien Sicht, gefährdet sie auf der Straße und schränkt ihren Blick auf die Welt ein.

Deswegen kann das Kopftuchverbot für Lehrerinnen in der Schule nur ein erster Schritt sein. Zu befürworten wäre dringend auch ein Kopftuchverbot für Schülerinnen. Nur eine kopftuchfreie Schule würde den kleinen Musliminnen aus traditionellen Familien eine Ahnung von Freiheit und die wahre Wahlfreiheit geben. Und sie würde den Mädchen, die kein Kopftuch tragen, den Druck und die Stigmatisierung durch Mädchen, die es tragen, ersparen (ein solcher Druck und die entsprechende Stigmatisierung werden inzwischen vielfach beobachtet). Nordrhein-Westfalen sollte sich mit den Erfahrungen auseinandersetzen, die in Frankreich mit einem solchen Kopftuchverbot an Schulen seit 2007 bereits gemacht worden sind. Soweit ich weiß: mit Akzeptanz und Erfolg.

Bücherhinweise

- Necla Kelek, Die fremde Braut, 2005
- Dies., Die verlorenen Söhne, 2006
- Seyran Ates, Der Multi-Kulti-Irrtum, 2007
- Die Gotteskrieger oder die falsche Toleranz, Herausgeberin Alice Schwarzer, Verlag Kiepenheuer & Witsch

4.2. Neun Thesen zur Kultur

von Hubert Kleinert

1. Die kulturelle Spaltung der Gesellschaft wird nach allen wahrnehmbaren Trends der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten eher noch zunehmen. Schon heute gibt es eine wachsende Kluft bei der Nutzung öffentlicher Kulturangebote zwischen höher gebildeten und bildungsfernen Schichten. Dies gilt keineswegs nur für die klassischen Felder der „Hochkultur“. Auch beim Kinobesuch oder bei Popkonzerten sind die Besucher mit höherer Bildung deutlich überrepräsentiert. Bildung macht Kultur; auch Preisermäßigungen oder freier Eintritt werden das nicht überbrücken. Jeder zweite Deutsche besucht nie eine Oper, ein Konzert oder ein Theater. Unter den Nichtnutzern sind Hauptschüler viermal so stark vertreten wie Menschen mit Gymnasialabschluss. Insgesamt dominiert beim Kulturpublikum zwar die Generation der 50- bis 64-Jährigen. Die Generationenkluft ist aber ein geringeres Problem als die wachsende Schere zwischen Nutzern und Nichtnutzern.
2. Seit den 60er- und 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich das Kulturverständnis insoweit gewandelt, als sich Hoch- und Populärkultur, Kunst und Unterhaltung aufeinander zubewegen. Kultur ist stärker ins Alltagsleben einbezogen, wird zur Erlebniswelt zum Anfassen, verliert auch repräsentative Dimensionen. Tenöre singen in Fußballstadien, Popkonzerte werden in Kirchen veranstaltet. Nur noch bei den über 65-Jährigen dominiert heute ein Kulturverständnis, das allein die klassischen Angebote von Oper, Konzert, Theater u. a. als „Kultur“ anerkennen mag. Für die deutliche Mehrheit der Jüngeren schließt Kultur auch populäre Unterhaltungsangebote, Straßenkünstler und Kabarettisten ein. Dieser Trend wird sich noch verstärken. Was früher in „E-Kultur“ und „U-Kultur“ getrennt wurde, wächst zu einer „Durchmischungskultur“, die populäre Massenunterhaltung einschließt. Sie verkörpert eine neuartige Symbiose aus Ernst und Unterhaltung, Kunst und Kommerz. Für ihre Attraktion spielt die wachsende Suche nach „Erlebniswelten“ eine zentrale Rolle.
3. Die Trends in der Nutzungshäufigkeit klassischer Kulturangebote zeigen in den letzten zwanzig Jahren interessante Veränderungen. Das Interesse an Open-Air-Veranstaltungen hat stark zugenommen, auch das an Museen und Kunstausstellungen. Dagegen sind die Besucherzahlen von Oper, Klassik und Ballett zurückgegangen. Der Trend geht zur Kultur als „Fest-Event“. Massenspektakel versprechen Erlebnisse und vermitteln Wir-Gefühle. Dabei spielt die mediale Vermarktung eine zentrale Rolle.
4. Entsprechend konkurrieren Städte um Kultur-Events. Dahinter steht die Vorstellung, man könne die „Städte des 21. Jahrhunderts zu Schauplätzen inszenierter Urbanität“ (Opaschowski) machen, um Investoren, Touristen und zahlungsfähige Bewohner anzulocken. Freilich werden gleichzeitig die Gesichter der Städte mit ihren Shopping-Malls, Einkaufsketten und Einkaufspassagen immer ähnlicher, findet eine „Disneyfizierung urbaner Erlebniswelten“ statt, werden Innenstädte von Menschen nicht mehr bewohnt, sondern nur noch als Verbraucher oder Urlauber aufgesucht.
5. Die Bedeutung von Kultur als sogenanntem „weichem Standortfaktor“ wird noch zunehmen. Der gewachsene Anteil „postmaterialistischer“ Werte in den Wertvorstellungen auch der jüngeren Qualifizierten und Hochqualifizierten wird dafür sorgen, dass die Qualität des kulturellen Angebots für Führungskräfte und „Kreative“ eine wachsende Rolle für ihre persönlichen Ansiedlungsentscheidungen spielt. Das wird viele Städte dazu bringen, ihren kulturellen Attraktionswert noch stärker herauszustellen und zu bewerben (überall Kultursommer, Festivaleritis etc.). Kunst und Kultur werden von Reiseveranstaltern systematisch vermarktet. Dabei wird sich Kulturmarketing noch stärker ausbreiten.
6. Dabei werden Kunst und Kommerz noch stärker verschmelzen und ein immer breiteres Angebot an Events liefern – Staatsoper, Tanz der Vampire, Christopher Street Day – alles gleichermaßen Event mit Erlebnisqualität und Anziehungspunkt für Kulturtourismus. Kultur-Konsum und Konsum-Kultur verfließen ineinander: Kulturmarketing, Lifestylemarketing, Eventmarketing und Produktmarketing vermischen sich. Kunst, Kitsch und Kommerz werden immer weniger unterscheidbar.

Alice Schwarzer (oben), Prof. Dr. Hubert Kleinert (unten)



7. Manche Prognosen sprechen von einer allmählichen Interessenverlagerung vom Sport zur Kultur. Die Entwicklung der Besucherzahlen der Fußball-Bundesliga belegen dies bisher nicht. Allerdings werden sich Sport und Kultur in Zukunft einen härteren Wettbewerb liefern – um die Gunst von Besuchern wie um Sponsoren. Dabei werden Sportereignisse ihrerseits immer stärker mit Inszenierungsqualitäten aufgeladen. Auch hier werden Grenzen fließend.
8. Die Kommerzialisierung der Kultur und der Trend zum Event werden freilich an Grenzen stoßen. Kritiker fürchten den Verfall der Sangeskultur, wenn Opernstimmen bei überdimensionierten Veranstaltungen elektronisch verstärkt werden. Das Kultursponsoring wird in Zeiten weltweiter Finanzkrisen an Grenzen stoßen, deren Folgen aktuell nicht zuverlässig abschätzbar sind. Das gilt erst recht für den Sport. Die Grenzen seiner Vermarktbarkeit dürften bald erreicht sein. Auch die Rolle der öffentlichen Hand bei der direkten und indirekten Subventionierung kommerzieller Profisportveranstaltungen wird in der Zukunft kritischer zu diskutieren sein.
9. Die öffentliche Hand wird künftig verstärkt die Frage nach der Zukunft öffentlich subventionierter, klassischer „E-Kultur“ zu beantworten haben. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Kultur der Zukunft vor allem Augenblicksereignis zwischen Show- und Sensationseffekt, flüchtiger Kitzel und kurzlebiger Spektakel ohne echte Tiefe und nachhaltige Spuren sein wird.

4.3. Zukunftsprobleme des demokratischen Gemeinwesens. Entwicklungstendenzen der Demokratie

von Hubert Kleinert

In globalem Maßstab stellen sich die Zukunftsperspektiven der Demokratie widersprüchlich dar. Einerseits ist die Zahl der Länder, in denen demokratische Wahlen abgehalten werden, seit den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts stark angestiegen. Andererseits mehren sich die Anzeichen eines wachsenden Vertrauensverlustes in die politischen Eliten, mehr und mehr aber auch in die Institutionen der Demokratie selbst. Diese Entwicklung betrifft praktisch die gesamte westliche Welt. Sie verläuft nicht linear und ist in sich widersprüchlich.

Es ist aber eine Tatsache, dass keineswegs nur bei uns, aber eben auch hier

- die Beziehungen zwischen politischen Eliten und Bürgerschaft oft nachhaltig gestört sind und die Legitimation des politischen Führungspersonals zunehmend in Zweifel gezogen wird,
- gesellschaftliche und bürgerschaftliche Identifikation und die Bereitschaft zum Engagement rückläufig sind und das hohe Niveau politischer Beteiligung aus den Nachkriegsjahrzehnten der Vergangenheit angehört,
- die großen Volksparteien Bindungskraft in die Gesellschaft hinein verloren und mit starken Mitgliederverlusten zu kämpfen haben,
- Wahlbeteiligungsraten rückläufig sind, was sich im kommunalen Rahmen besonders deutlich zeigt,
- das Vertrauen in die vernünftige Regelungskraft der Politik in der Gesellschaft erschreckend stark zurückgegangen ist, was das Funktionieren des klassischen Wechselspiels von Regierung und Opposition in der Demokratie tendenziell bedroht,
- nicht unbeachtliche Teile der Bürgerschaft sich aus der Gesellschaft praktisch zurückgezogen haben.

Vorschläge für zukunftsfähige politische Gestaltung müssen diese Probleme aufgreifen. Denn der Erfolg politischer Handlungsstrategien ist unter demokratischen Bedingungen auf gesellschaftliche Akzeptanzgrundlagen angewiesen und wird in vielen Fällen auch von der Bereitschaft zum aktiven Engagement in der Gesellschaft abhängig sein. Zumal heute, wo ein fast

überparteilicher Konsens immer wieder dazu rät, mehr auf die Selbsttätigkeit der Gesellschaft statt auf staatliche Intervention zu setzen. Volkssouveränität setzt schließlich auch eine an den öffentlichen Angelegenheiten einigermaßen interessierte und partizipationsgeneigte Bürgerschaft voraus. Ein partizipationsmüdes Volk, in dem die meisten nur mit sich selbst beschäftigt sind, kann sich gar nicht wirklich selbst regieren. Und politische Ideen und Konzepte für morgen brauchen engagierte Menschen, die sie durchsetzen. Angesichts von Mitgliederschwund und Altersstruktur besonders der Volksparteien müssen Zweifel aufkommen, woher bei Anhalten der erwähnten Trends das geeignete Personal kommen soll, das 2025 die vielen ehrenamtlichen politischen Aufgaben in den Städten und Gemeinden unseres Landes qualifiziert und mit Rückhalt in der Bürgerschaft wahrnehmen kann.

4.3.1. Woher kommen Verdruss und Partizipationsmüdigkeit?

In den Diskussionen über die Ursachen der skizzierten Entwicklungen werden unterschiedliche Faktoren dafür verantwortlich gemacht. Eine populäre Erklärungsrichtung sieht den Verlust von Akzeptanzgrundlagen für Politik als Ergebnis wachsender Orientierungsschwächen von Parteien und Fehlern eines angeblich „schwächer“ und „selbstsüchtiger“ gewordenen politischen Personals. Danach vermittelten die Parteien heute zu wenig politische Orientierung und trügen Schwächen eines insgesamt schmaler gewordenen politischen Personals entscheidend zu den Vertrauensverlusten bei. Die Politiker von heute agierten immer mehr in einem „selbstreferenziellen“ System, das zusehends an Bindung zur Gesellschaft und zu deren wirklichen Probleme verlor. Der „politischen Klasse“ selbst fiel das kaum auf, weil fast alle Seiten gleichermaßen davon betroffen seien und aufwendige, dabei eher künstliche Wahlkampfszenarien mit hohem Personalisierungsfaktor an die Stelle echter Richtungsentscheidungen getreten seien.

Andere Erklärungsrichtungen heben den Verlust des nationalstaatlichen Gestaltungsraums durch Globali-

sierung und Europäisierung hervor, der in Verbindung mit leeren öffentlichen Kassen für viele Bürger den Eindruck einer scheinbaren Alternativlosigkeit von politischen Entscheidungen hervorbringe, die zu politischer Abstinenz beitrage, weil es ja in Wahrheit immer weniger zu entscheiden gebe. Aus dieser Sicht ließe sich Beteiligungsmüdigkeit als rationale Reaktion auf tatsächlichen Einflussverlust interpretieren. Solche Erklärungen verbinden sich häufig mit Analysen über soziale Abstiegsprozesse von wichtigen Gruppen der Bürgerschaft als angebliche Folge des Zerfalls der „sozialen Marktwirtschaft“.

Wieder andere sehen im Rückzug aus Politik und Gesellschaft vor allem eine Folge von Individualisierung und Digitalisierung in einer „Multioptionsgesellschaft“. In der modernen „Eventgesellschaft“ mit ihren veränderten Freizeitgewohnheiten und der Auflösung traditioneller sozialer Milieus würden Wünsche nach Unterhaltung, Erlebnis und Konsum gegenüber gesellschaftlichem und politischem Engagement immer mehr in den Vordergrund treten. In der bunten und unübersichtlicher gewordenen Welt habe außerdem jeder viel zu viel mit sich selbst und dem eigenen Erfolg zu tun. Aus dieser Sicht ist der massive Vertrauensverlust der Bürgerschaft gegenüber der Politik nur der sichtbarste Ausdruck einer wachsenden Bedrohung von Gemein- und Gemeinschaftsfähigkeit, die als Kehrseite des Zugewinns an individueller Autonomie in der modernen Welt mit ihrer Individualisierung von Lebensentwürfen, Pluralisierung von Lebensstilen und wachsender Konkurrenz von Sinndeutungsangeboten mit abnehmender Verbindlichkeit das „Sozialkapital“ der Gesellschaft insgesamt nachhaltig schwächen.

Politikabstinenz und wachsende Legitimationsprobleme werden auch als Folge einer veränderten Struktur von Öffentlichkeit gedeutet, in der sich das Verhältnis von Politik und Medien zum Nachteil der Politik verändert habe und die Regeln medialer Inszenierung das Politikbild einer Gesellschaft bestimmten, in der die intermediären Institutionen – Vereine, Verbände, Gewerkschaften – ihre angestammte Rolle als Filter der politischen Meinungsbildung sukzessive einbüßten. Das dramaturgische Prinzip der elektronischen Medien begünstige dabei ein Übermaß an negativer Politikberichterstattung, das sich im wachsenden Politik-Ressentiment der Bürgerschaft bloß widerspiegele. Boulevardisierung von Öffentlichkeit und der hektische Wettbewerb des kommerzialisierten Quoten-Journalismus befördere dies weiter.

Schließlich werden diese Erscheinungen auch als Ergebnis einer säkularen Kräfteverschiebung zwischen Politik und Ökonomie gedeutet. Während als Folge von Globalisierung und Deregulierung die globalen Unternehmen immer mehr zu den Schlüsselinstitutionen einer „postdemokratischen Welt“ würden, wirke die Politik mit ihren radikalen Privatisierungsstrategien an ihrer eigenen Selbstabdankung mit. Sie selbst beteilige sich an der Popularisierung extrem wirtschaftsliberaler Weltbilder, in denen der öffentliche Sektor in seiner Steuerungskompetenz dem privaten stets unterlegen ist und der Staat am besten gar nichts tun soll – außer die Freiheit der Märkte zu garantieren. Indem sich der Staat selbst als gegenüber Privaten tendenziell inkompetent geriert, provoziere er gewissermaßen selbst die verächtlichen Haltungen in der Bürgerschaft gegenüber Politikern und Parteien.

Inwieweit gerade diese letzte Erklärungsrichtung durch die neue Blüte von politischer Intervention, Marktkritik und Forderungen nach politischer Regulierung im Zeichen von Finanz- und Bankenkrise möglicherweise praktisch falsifiziert wird, lässt sich derzeit noch nicht zuverlässig sagen.

Es ist offensichtlich, dass eine Vielzahl der genannten Faktoren in unterschiedlichem Umfang auf die beschriebenen Entwicklungen einwirkt. Keine dieser Interpretationen kann ein Deutungsmonopol beanspruchen; monokausale Erklärungen sind nicht möglich. Zu offensichtlich ist, dass wir im Vergleich etwa zu den 70er- und auch noch den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts von unterschiedlichen strukturellen Veränderungen in den entwickelten westlichen Gesellschaften auszugehen haben. Es handelt sich eher um einen komplexen Wirkungszusammenhang, in dem sich diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Veränderungen widerspiegeln und den ganz verschiedene Akteure beeinflussen.

Deshalb sind auch nur solche Vorschläge zur Wiedergewinnung von Akzeptanz und Legitimation Erfolg versprechend, die diese Verzahnung der Probleme entsprechend berücksichtigen. Einzelschlüsse, die immer nur an einer Stelle Korrekturen anregen (z. B. beim Wahlrecht), werden demgegenüber nur wenig ausrichten können. Die immer wieder geäußerte Forderung nach Ausbau von direktdemokratischen Elementen etwa mag richtig sein oder nicht. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass das Vertrauen in Politik und die demokratischen Institutionen dadurch einen entscheidenden Schub erhält.

Der Blick auf die „partizipative Revolution“, die die deutschen Kommunalverfassungen seit den Neunzigerjahren erlebt haben, zeigt das deutlich: Die nahezu flächendeckende Einführung bzw. Ausweitung direktdemokratischer Instrumente in Form kommunaler Bürgerbegehren und Bürgerentscheide korrespondiert – ebenso flächendeckend – mit einem Rückgang der kommunalen Wahlbeteiligungsraten. Dieser Rückgang ist in Nordrhein-Westfalen geringer ausgefallen als z. B. im angrenzenden Bundesland Hessen (Kommunalwahlbeteiligung 1989 in Nordrhein-Westfalen: 65,6 %, in Hessen: 78 %; 2004 Nordrhein-Westfalen: 54,4 %, 2006 Hessen: 45,8 %), ist aber in seiner Kontinuität schon seit 1979 (69,9 % Wahlbeteiligung) deutlich ablesbar, wenn man den Sonderfall 1994, als die Kommunalwahlen parallel zu den Bundestagswahlen stattfanden, unberücksichtigt lässt. Da Wahlbeteiligung als gewichtiger Indikator für politisches Interesse und Partizipationsneigung gewertet werden kann, wäre demnach davon auszugehen, dass die Partizipationsneigung ausgerechnet da am stärksten abgenommen hat, wo die meisten Instrumente einer unmittelbaren Bürgerbeteiligung zur Verfügung stehen: im kommunalen Lebensumfeld der Bürger.

4.3.2. Situatives Engagement statt Gesinnungsgemeinschaft und langfristiger Organisationsbindung?

Die häufig geäußerte Auffassung, es habe nur eine Verlagerung des bürgerschaftlichen und politischen Engagements von langfristig angelegtem, mit Verbindlichkeiten und festen Mitgliedschaften verbundenem Engagement hin zu Formen von stärker anlassbezogener, situativer Aktivität gegeben, ist zwar durch die eine oder andere Einzelbeobachtung gedeckt, führt aber als analytisches Gesamturteil eher an der Realität vorbei. Sicher darf nicht verkannt werden, dass in den letzten Jahrzehnten immer wieder neue Formen des politischen und gesellschaftlichen Engagements entstanden sind. So haben sich seit den Siebzigerjahren anlassbezogene Bürgerinitiativen mit nur schwach formalisierten Organisationsstrukturen als inzwischen selbstverständlicher Bestandteil der politischen Kultur etabliert; auch andere, neuartige Formen des politischen Engagements jenseits der gewachsenen Strukturen von Parteien, Verbänden und Vereinen dürfen nicht geringgeschätzt werden (z. B. Bürgervereine, Freiwilligenagenturen). Seit Einführung der neuen Kommunalverfassung 1994 sind in Nordrhein-Westfalen landesweit immerhin 382 Bürgerbegehren eingeleitet worden und ist es in 120 Fällen zu einem Bürgerentscheid gekom-

men. Die ausgeweiteten Partizipationsmöglichkeiten werden also durchaus genutzt.

Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass neuere Formen von Engagement und Beteiligung die auf vielfältige Weise sichtbaren Aktivitätsrückgänge in den klassischen Organisationsformen von Parteien und Verbänden kompensieren werden (die klassische Volkspartei SPD hat in NRW inzwischen weniger als die Hälfte der Mitgliederzahl der 70er-Jahre; angesichts der altersmäßigen Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist davon auszugehen, dass diese Abwärtsspirale weitergehen wird). Der CDU geht es etwas, aber eben auch nur etwas besser. Und auch der relative Erfolg neuer politischer Parteien führt nicht zu einer Umkehrung des Trends: So hat die Partei „Die Linke“ auch in Nordrhein-Westfalen nur einen Bruchteil der Mitgliederzahl gewonnen, die die SPD verloren hat. Auch wenn sich das bei den „Volksparteien“ deutlich stärker niederschlägt als bei ihrer politischen Konkurrenz: In der Gesamtsicht müssen wir von abnehmendem politischen Interesse und gesunkener Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement ausgehen.

Diese Entwicklung schlägt sich keineswegs nur bei den politischen Parteien nieder. Die rasante Schrumpfung der Verankerung besonders der klassischen Volksparteien ist vielmehr nur der sichtbarste Ausdruck eines viel breiteren Rückgangs gesellschaftlichen Engagements. Angesichts der Entwicklung der Mitgliederzahlen fast aller größeren gesellschaftlichen Organisationen lässt sich geradezu von einer Flucht aus den Organisationen sprechen. 1990 waren noch 62 % der Deutschen in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden oder Vereinen organisiert. Heute sind es noch 47 %. Für 2020 schätzt die BAT-Stiftung für Zukunftsfragen einen Anteil von 37, für 2030 von 30 %. Der DGB hat seit Beginn der Neunzigerjahre ein Drittel seiner Mitglieder verloren.

Dieser Wandel betrifft die politischen Parteien gleich in einem doppelten Sinne. Zum einen sind jedenfalls die Großparteien besonders stark von dieser „Flucht aus den Großorganisationen“ betroffen. Zugleich verlieren die intermediären Organisationen ihre wichtige Rolle als Verständigungsarena und Filterinstanz für Information, Aufklärung und politische Meinungsbildung. Diese werden dann in wachsendem Maße Sache der Medien, die ihrerseits immer stärker nach marktförmigen Regeln funktionieren.

Besonders stark verbreitet sind Partizipationsmüdigkeit und Politikverdruss bei Jugendlichen. 46 % der Jugendlichen gaben 2007 an, dass ihre Stimme keinen Einfluss auf Politik habe. Genauso hoch war der Anteil derer, die äußerten, dass keine Partei ihren Vorstellungen entspräche. 67 % äußerten allgemeine Unzufriedenheit über Politiker und Parteien, 41 % interessieren sich nicht für Politik.

Vor diesem Hintergrund muss zwar nicht von einem dramatischen Rückgang des Interesses an überregionalen Wahlen ausgegangen werden. Solche Rückgänge zeigen sich eher da, wo keine Chance besteht, die Wahl als spektakuläres TV-Event zu präsentieren. Wahlen sind zu Zuschauerveranstaltungen im Fernsehen geworden. Die enorm gewachsene Rolle der Medien erklärt dabei auch manche Sprunghaftigkeit, die heute selbst erfahrenen Wahlforschern Rätsel aufgibt. Gegen medial verstärkte Stimmungswellen und Meinungskonjunkturen, die dann schnell ein Eigenleben führen können, ist heutzutage fast nichts mehr auszurichten.

4.3.3. Eine düstere Zukunftsvision

Jede Gesellschaft benötigt zur Organisation von Zusammenleben eine Ordnung, deren Funktionieren auch vom Einsatz des Einzelnen und seiner Sorge für die Gemeinschaft abhängt. Gesellschaftliche Bindung bzw. „Sozialkapital“ ist eine zentrale Ressource jedes gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Moderne Gesellschaften sind geprägt durch ein hohes und historisch einzigartiges Maß an individueller Autonomie. Die Individualisierung von Lebensentwürfen führt freilich auch zur Lösung des Individuums aus sozialen Milieus, in denen Gemeinschaftserfahrungen gemacht werden und Gemeinschaftsfähigkeit erlernt wird. So werden Gemeinsinn und bürgerschaftliches Engagement zu tendenziell bedrohten Gütern in einer weithin vom ökonomischen Kosten-Nutzen-Denken bestimmten Welt.

Diese Entwicklung bedroht nicht nur die alltäglichen sozialen Fundamente unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, sie ist auch ein Problem für die Demokratie selbst. Denn Demokratie muss immer unterstellen, dass eine dazu befähigte Bürgerschaft um reale Probleme kämpft und streitet und dieser Kampf politische Repräsentanten findet, über die in Wahlen nach bestimmten Regeln entschieden wird. Wenn aber die-

ser Kampf mit den wirklichen Problemen immer weniger zu tun hat und eine verdrossene Bürgerschaft immer weniger erkennen mag, für welche identifizierbaren und mit ihrem eigenen Leben verbundenen Gestaltungsziele die Kontrahenten eigentlich noch stehen, stellt sich die Frage nach der Zukunft der Demokratie selbst. Die Millenniums-Umfrage des Gallup-Instituts hatte schon 2000 gezeigt, dass nur jeder Zehnte in sechzig Ländern der Erde noch der Auffassung war, dass seine Regierung dem Willen des Volkes Rechnung trage. Und im Bericht der Trilateralen Kommission (Putnam u. a.) ist von einem wachsenden Verfall politischer Handlungsfähigkeit als Folge wachsenden Legitimationsverlusts die Rede.

Wenn sich die seit etwa anderthalb Jahrzehnten zu beobachtenden Tendenzen einfach weiter fortsetzen, würde die Politik des Jahres 2025 noch deutlich schwächer erscheinen als heute. Das Vertrauen der Wählerschaft gegenüber den Politikern wäre weiter geschwunden, Stimmungsschwankungen und schwer kalkulierbare Wahlergebnisse würden demgegenüber weiter zunehmen. Noch stärker als heute schon würden die Bürger in den international operierenden großen Unternehmen die eigentlichen Akteure des politischen Geschehens sehen, während sich die Politiker dann noch mehr der Methoden des Showbusiness bedienen, um die Aufmerksamkeit eines vom medialen Amüsierbetrieb wahrscheinlich inzwischen übersättigten Publikums zu erhaschen.

Dabei würden diese Entwicklungen kaum zu eruptiven sozialen Bewegungen in der Gesellschaft führen. Vielmehr würde eine Mischung aus resigniertem Rückzug aus der Gesellschaft, privatem Konsumismus, Ringen ums materielle Überleben in einer Gesellschaft abnehmender Normalarbeitsverhältnisse mit auskömmlicher Entlohnung und Ruhigstellung durch mediales „Titty-tainment“, verbunden mit weiterer Verflachung von Öffentlichkeit, die Demokratie schleichend „aushöhlen“ – ohne dramatische Zuspitzungen und große soziale Unruhen.

Dass eine solche Entwicklung nicht eintreten darf, versteht sich von selbst. Aber was kann getan werden?

4.3.4. Realistische Ziele formulieren

Für den Erfolg von Vorschlägen sind realistische Ziele von großer Bedeutung. Aus unserer Sicht ist es unrealistisch, den Politisierungsgrad und die Stabilität

des auf wenige Akteure konzentrierten Parteiensystems der Siebzigerjahre zum Maßstab zu machen. Das Ausmaß der grundsätzlichen Systemzufriedenheit wird in dieser Form ebenso wenig wiederkehren wie die soziale Kohäsion dieser Zeit. Eine Umkehrung der Entwicklung der letzten Jahre, die durch eine schleichende Erosion des Vertrauens in die Politik und wachsenden Abstand zwischen politischen Eliten und Bürgerschaft bestimmt waren, wäre schon ein beachtlicher Erfolg. Dieser wird sich freilich nur einstellen, wenn Veränderungen auf verschiedenen Ebenen stattfinden.

4.3.5. Parteien und Politiker

a) Programmfunktion stärken – Parteien brauchen glaubwürdige Leitideen, nicht noch mehr Show und Imageberater

Die Übersichtlichkeit der politischen Auseinandersetzung früherer Jahrzehnte, als sich das politische Programmangebot bei äußerster Komplexitätsreduktion auf die Konkurrenz zwischen denen, die Wohlstand und Gerechtigkeit mehr vom Staat, und denen, die dasselbe mehr vom Markt erwarteten, reduzierte, wird nicht zurückkehren. Dennoch ist den Parteien mehr Klarheit über übergreifende Zielsetzungen abzuverlangen. Der Mangel an glaubwürdigen politischen Leitideen, die Parteien identifizierbar und unverwechselbar machen, ist eine der Ursachen für Politikabstinenz und Verdrossenheit. Die besondere Stellung der Parteien in unserer Demokratie rechtfertigt sich auch durch ihre Rolle beim Zustandekommen eines vom Wahlbürger überschaubaren Programmangebots, das politische Orientierung und Entscheidung zwischen verschiedenen Konzepten ermöglicht und damit einen politischen Raum überhaupt erst schafft.

Parteien müssen mehr programmatische Klarheit und Wahrhaftigkeit bieten. Der Reduzierung ehemaliger Gesinnungsgemeinschaften auf Machterwerbsmaschinen, in deren Machtkonkurrenz sich die Rückbindung an den inhaltlichen Zweck dieser Konkurrenz der Bürgerschaft immer weniger erschließt, trägt zu Orientierungsproblemen bei und fördert Sichtweisen, die in Politik vor allem einen lauten und aus vorrangig selbstsüchtigen Motiven der Akteure betriebenen Wettbewerb sieht. Parteien müssen ihre Programmfunktion wieder ernster nehmen. Demgegenüber muss die Inszenierungsdimension von Wahlkämpfen und Parteitage wieder zurückgefahren werden. Zweifellos bieten hier die derzeitige Krise und der

allgegenwärtige Ruf nach politischer Steuerung Politik und Parteien auch neue Chancen.

b) Parteitage müssen wieder stärker zu Orten lebendiger politischer Debatte werden

Die wachsende Neigung von Parteien, Parteitage vor allem als Chance zur wirkungsvollen Selbstinszenierung des Spitzenpersonals zu betrachten, mag kurzfristig zu Erfolgen beitragen. Längerfristig ist sie ein Beitrag zur Unterhöhlung ihrer eigenen Akzeptanzgrundlagen, weil sie die innerparteiliche Demokratie schwächt und einen Beitrag zur allgemeinen Verflachung der politischen Kommunikation leistet. Wer will schon auf die Dauer zum Stimmvieh und bloßen Akklamationsorgan von gefälligen Großinszenierungen degradiert werden? Und wenn nur noch Karriere- und Joborientierungen maßgeblich sind bei der Sozialisierung des politischen Personals von morgen, wird sich dieses Personal noch schwerer tun, Bindung und Vertrauen in der Gesellschaft aufzubauen. Überzeugungskraft und Stetigkeit gewinnt man weder durch stromlinienförmige Anpassungsbereitschaft noch durch mediale Alleingänge. Die Auszehrung echter politischer Debatte zugunsten des wachsenden Hangs zu gefälliger öffentlicher Selbstinszenierung bedroht die Zukunftsfähigkeit der Parteien.

c) Politik ist kein Job wie jeder andere

Politiker sind daran zu erinnern, dass es wohl einen „Beruf zur Politik“ gibt, der Berufspolitiker aber nicht irgendeinen Job macht. So wenig Politiker gefeit sind gegen allzu menschliche Schwächen und Versuchungen und so deutlich der Tendenz zu undifferenzierter Skandalisierung aller möglichen Formen des individuellen Fehlverhaltens in der Öffentlichkeit entgegenzutreten werden muss, so sehr ist doch darauf zu bestehen, dass sich Politiker ihrer Vorbildrolle bewusst sind. Das muss sich in ihrem Verhalten widerspiegeln.

d) Politainment fördert eher den politischen Vertrauensverlust

Medienprominenz ist kein Ersatz für Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. Noch wichtiger aber ist etwas anderes: Die wachsende Neigung des politischen Personals zur Anpassung an die Gesetze eines medialen Showbusiness ist als Teil des Niedergangs einer ernsthaften politischen Diskussionskultur Teil des Problems, nicht seiner Lösung. Die wachsende Neigung des politi-

Prof. Dr. Hubert Kleinert



schen Personals, wie virtuelle Polit-Kommunikatoren mit nur noch flüchtigen Bindungen an Ideen und Überzeugungen allzu flexibel zu agieren und dabei vornehmlich das eigene Medienbild zum Maßstab des Handelns zu machen, in dem Effekte mehr zählen als Ergebnisse, mag Bedürfnissen der modernen Medienwelt entsprechen. Dieser Hang zur Flüchtigkeit und der Mangel an Stetigkeit gehen aber auf Kosten von Glaubwürdigkeit und Seriosität. Indem sie sich durch ihre bereitwillige Mitwirkung immer häufiger zum Teil eines massenmedialen Showbusiness degradieren lassen, tragen Politiker heute selbst zum Verfall der öffentlichen Kommunikation und zum Ansehensverlust der Politik bei.

e) Politiker sollen gut, aber transparent bezahlt werden

Viele öffentliche Debatten machen sich immer wieder an der materiellen Versorgung von Politikern fest. Diäten, Nebentätigkeiten, Privilegien, Pensionsregelungen – alles Lieblingsthemen zumal des Boulevardjournalismus. Sicher gibt es keinen Königsweg bei der künftigen Regelung von Politikerbezügen. Gemessen an den Verdienstmöglichkeiten in den höheren Verantwortungsebenen der Privatwirtschaft sind Politikereinkünfte eher bescheiden. Ganz gewiss sind sie nicht zu hoch. Ein ernstes Problem liegt allerdings da, wo es nicht gelingt, transparente und allgemein akzeptierte Regeln für Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte zu finden.

f) Weniger Berater, weniger Inszenierung – die Parteienfinanzierung überprüfen

Die Rolle von Politik-, Image- und Medienberatern muss heute zunehmend kritisch gesehen werden. Das gilt auch für die Häufigkeit von Umfragen. Wenn sich das Politikbild in der Gesellschaft wandeln soll, muss die aufgeblähte Szenerie von Inszenierungsspezialisten zurückgefahren werden. Ein Hebel dafür könnte die Überprüfung der Parteienfinanzierung sein. Die den Parteien zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel dienen zur Erledigung der Aufgaben, die den Parteien verfassungsrechtlich zugewiesen sind. Eine Partei ist keine Marke und Stimmenmaximierung kein Selbstzweck. Die öffentliche Finanzierung von Parteien sollte sich wieder stärker an den tatsächlich abgegebenen Stimmen orientieren. Das würde die Parteien auch dazu zwingen, nach dem pflichtschuldigen Bedauern über die zurückgegangene Wahlbeteiligung nicht gleich am nächsten Tag schon wieder zur Tagesordnung überzugehen.

g) Politische Programmangebote sind keine Handelsware

Die Angleichung politischer Öffentlichkeitsarbeit an die Werbestrategien der Privatwirtschaft hat ein Ausmaß erreicht, das auf die Politik selbst negativ zurückwirkt. Werbung ist keine Form des rationalen Dialogs, sondern bringt ihr Produkt mit spezifischen visuellen und emotionalen Botschaften in Verbindung. Ziel von Werbung ist Überredung, nicht die Diskussion von Argumenten. Die immer stärkere Angleichung politischer Öffentlichkeitsarbeit an Strategien der privaten Werbewirtschaft mag deshalb Politik helfen, Probleme der Massenkommunikation in einer fragmentierten Gesellschaft zu lösen, die in der Sprache seriöser Programmdokumente weniger erreichbar geworden ist. Gleichzeitig aber schwächt sie die Politik und damit die Demokratie selbst. Das ist auch ein Problem der Sprache. Viel zu sehr haben wir uns alle daran gewöhnt, ein Parteiprogramm als „Produkt“ zu sehen und in Politikern Leute, die ihre „Botschaften vermarkten“.

h) Weniger Wahltermine, weniger Umfragen

Instrument einer sinnvollen Beschränkung von Politik als Inszenierungstheater kann auch das Zusammenziehen von Wahlterminen und Wahlkämpfen sein. Eine solche Konzentration stößt auf die Schwierigkeiten, die sich im föderalen System aufgrund der unterschiedlichen landesverfassungsrechtlichen Bestimmungen einer Angleichung von Landtagswahlterminen entgegenstellen. Angesichts der häufig beklagten Tendenzen zum „Dauerwahlkampf“ als Folge einer Öffentlichkeit im föderalen System, die jede regionale Wählerentscheidung mit der Funktion eines bundesweiten Tests überfrachtet, besteht hier dennoch dringender Handlungsbedarf.

Dass die ausufernde Rolle von Umfragen in der öffentlichen Meinungsbildung politische Gestaltungskraft heute eher behindert als fördert, weiß jeder, der das Innenleben der Politik auch nur einigermaßen kennt. Die Begrenzung von Umfragen ist auch eine Frage der Selbstverpflichtung vor allem der elektronischen Medien und ihres Finanzgebarens. Natürlich gehören Wahlforschung und Demoskopie zur modernen Demokratie. Aber die inflationär gewordene Praxis der Dauerumfragen zu allen möglichen tagesaktuellen Entwicklungen erschwert die Stetigkeit politischer Strategien und disponiert aufseiten der politischen Akteure zu Flüchtigkeiten und Oberflächlichkeiten, die mit

negativen Rückwirkungen auf politische Gestaltungskraft zugleich auch das Ansehen der Politik in der Gesellschaft schwächt.

4.3.6. Medien

Es kann keinem ernsthaften Zweifel unterliegen, dass sich das Bild von Politik in der Gesellschaft gegenüber früheren Jahrzehnten nachhaltig verändert hat und dabei das veränderte Verhältnis zwischen Politik und Medien eine zentrale Rolle spielt. Sozialer Wandel, gewachsene Mobilität und moderne Kommunikationsmittel sorgen dafür, dass die „intermediären gesellschaftlichen Organisationen“ wie Verbände, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften usw. bei der politischen Orientierung der Menschen Bedeutung verloren, umgekehrt die Medien an Bedeutung gewonnen haben. Dies gilt in besonderer Weise für das Fernsehen, in zunehmendem Maße auch für das Internet. Es ist davon auszugehen, dass bis 2025 die Bedeutung des Internets als Filter für die Entwicklung von Auffassungen und Einstellungen deutlich zunehmen wird.

Das Fernsehen ist in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger geworden, als Medium für Einstellungen der Bürger ist es in dieser Zeit selbst von nachhaltigen Veränderungen betroffen gewesen. Einmal ist die Berichterstattung über viele politische Sachverhalte deutlich kritischer geworden. Das betrifft insbesondere den Bereich individuell zurechenbaren, wirklichen oder angeblichen Fehlverhaltens von Politikern. Generell hat die Respektlosigkeit gegenüber Politikern durch die Vertreter der Massenmedien in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Das mag grundsätzlich als Demokratiegewinn betrachtet werden. Zum anderen freilich ist mit dem Rückgang des partei- und richtungsorientierten Journalismus, vor allem aber durch die in der Folge der Vervielfältigung der Sendekanäle dramatisch gewachsene Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Einschaltquote eine Tendenz verbunden, Politik mit den Mitteln des Boulevardjournalismus schriller und unterhaltender zu präsentieren. So wird Politik in der medialen Präsentation häufiger bloßer Bestandteil einer „Eventkultur“, in der Eindruck und Ereignis zählen, weniger das Ergebnis.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass das zu Emotionalisierung, Dramatisierung und Personalisierung disponierende Darstellungsprinzip des Fernsehens zunehmend das Politikbild der Gesellschaft prägt. Während für die ersten Jahrzehnte des Fernsehens im

öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesen eher der Versuch maßgeblich war, eine Politikberichterstattung nach den Regeln des seriösen, freilich häufiger weniger unparteiischen Print-Journalismus ins Bild zu setzen, dominiert heute eine stärker boulevardeske Präsentation, die im Kampf um Quote auf Dramatisierung, Emotionalisierung und Personalisierung setzt und viel stärker einer illustrierten „Bild-Zeitung“ ähnelt.

Dabei ist der Begriff von der „virtuellen Politik“, wie ihn manche Medienwissenschaftler zur Charakterisierung der eingetretenen Entwicklung heute verwenden, gewiss überzeichnet. Natürlich findet politisches Handeln im klassischen Sinne des Entwerfens von Konzepten, des Verhandeln und der Gesetzgebung weiterhin statt. Kennzeichnend für die moderne Politik ist aber, dass das eigentliche politische Handeln, das eher langatmig und langwierig und entsprechend schwierig zu bebilden ist, deutlich weniger das öffentliche Bild von Politik prägt. Dieses verzerrte, von Dramatisierung und Personalisierung bestimmte öffentliche Bild aber wirkt wieder auf Politik und Politiker zurück. Die Diskrepanz zwischen der „Politik in Echtzeit“ und der medial inszenierten Politik ist erheblich angewachsen. Das disponiert zu unrealistischen Erwartungen und vorschnellen Enttäuschungen.

a) Politik ist keine Unterhaltungsshow

Die boulevardesken Formen der Politikpräsentation erzeugen vor allem hysterische Aufregungskonjunkturen und politvoyeuristische Neugier, weniger dagegen Maßstäbe zur Beurteilung komplexer und kontroverser Sachverhalte. Hinzu kommt, dass von einem allmählichen Wandel politischer Diskussionssendungen zu Showveranstaltungen gesprochen werden kann, deren Mittelpunkt mitunter die Moderatoren selbst sind und in denen sich die Medienwelt immer häufiger selbst inszeniert. So wirken Politiker schon heute manchmal wie Stars in einem Mediengewerbe, das weniger um Wahrheit als um Aufmerksamkeit ringt und in dem die Grenzen zwischen Information, Werbung und Unterhaltung fließend geworden sind. Natürlich gibt es Ausnahmen: Immer häufiger aber werden argumentativere, diskursivere Sendeformen in Nachtprogramme und Spartenkanäle abgedrängt, die nur kleine Minderheiten der Gesellschaft erreichen. Die Prognosen über die Medienwelt der Zukunft lassen befürchten, dass sich diese Entwicklung noch verschärfen wird: So befürchtet die Hamburger „Stiftung für Zukunftsfragen“, dass die Zukunft nicht der Wissensgesellschaft, sondern der

Infotainment-Gesellschaft gehöre, die für Verarbeitung von Erfahrung und Information nur noch wenig Zeit habe. Dem muss entgegengewirkt werden.

b) Öffentlich-rechtliche Sender wieder zu Seriosität verpflichtet – die Verflachung des öffentlichen Diskurses stoppen

Diese Tendenzen werden zusätzlich gefördert durch das Politikbild, das heute von den meisten Rundfunkkanälen vermittelt wird. In den Servicewellen der öffentlich-rechtlichen Kanäle dominiert inzwischen – wie bei den Privaten – eine extrem ausgedünnte Form der politischen Information, die, mit immer mehr Elementen des Boulevardjournalismus angereichert, in einer Form vermeintlich moderner, schnodderig-respektloser Grundhaltung gegenüber jeder Art von Politik daherkommt, deren Oberflächlichkeit und gelegentlich ärgerliche Uninformiertheit populäre Ressentiments gegenüber Politik aufgreift und zugleich verfestigt. Was das mit dem Auftrag zu informationeller Grundversorgung zu tun haben soll, erschließt sich schon länger nicht mehr.

Immerhin ist das Hörfunkprogramm des WDR hier zu den rühmlichen Ausnahmen zu rechnen.

c) Internet und Demokratie

Da das nach wie vor vorhandene seriöse Informationsangebot von Spartenkanälen und seriösen Printmedien in seiner prägenden Rolle für das mediale Gesamtangebot in den letzten Jahrzehnten deutlich an Boden verloren hat, muss befürchtet werden, dass sich diese Tendenzen noch verstärken werden. Zumal vor allem die jüngere Generation heute schon in stärkerem Maße auf die Angebote des Internets zurückgreift und davon auszugehen ist, dass sich die Bedeutung dieses neuen Mediums auch für die politische Meinungsbildung erheblich vergrößern wird. Für eine zuverlässige Prognose über die Wirkungen dieses Mediums auf politisches Interesse und die Ausbildung von Maßstäben und Standpunkten fehlen bislang die gesicherten Erkenntnisse. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die euphorischen Grundannahmen, die mit dem Siegeszug des Internets Demokratisierungsgewinne und ganz neue Chancen für politische Partizipation verbunden sahen, unrealistisch waren. Die Zahl der im Internet verfügbaren Seiten mit ernsthaftem politischen Informationsanspruch im Verhältnis zu der mit unterhaltendem und werbendem Charakter lässt eine andere Bewertung kaum zu.

d) Die ausufernde Personalisierung führt zur Entpolitisierung

Teil einer unübersehbaren Verflachung der politischen Kommunikation ist auch die gewachsene Personalisierung der Politik. In Verbindung mit wachsenden Identifikationsschwächen der Parteien ist dies vor allem ein Reflex auf die gewachsene Bedeutung der elektronischen Medien, der sich die politischen Akteure anzupassen suchen. Nun ist wachsende Personalisierung von Politik sicher nicht zwingend als Problem zu sehen. Die charismatischen Qualitäten des Personals haben auch in Demokratien immer wichtige Rollen gespielt. Doch ausschließlich auf einzelne Personen fokussierte Kampagnen sind traditionell eher Kennzeichen von Gesellschaften mit schwach entwickelten Partei- und öffentlichen Kommunikationsstrukturen gewesen. Und trotz Adenauer und de Gaulle waren sie für die entwickelten Parteiendemokratie in Europa zwischen den Fünfziger- und den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts gerade nicht typisch. Deshalb ist das Ausmaß der modernen Personalisierung gleichermaßen Reflex der veränderten Beziehungen zwischen Politik und Medien wie ein Aspekt des Niedergangs der politischen Kommunikation. Seine Kehrseite ist das Nachforschen und Nachwühlen im Privatleben der Akteure. An die Stelle von diskursiver Bearbeitung politischer Angebote tritt die Diskussion um persönliche Vorlieben und Eigenschaften, um vermeintliche Integrität und Charakterfestigkeit, die sich inzwischen häufig an Banalitäten festmacht.

Es geht gewiss nicht darum, in allgemeinem Kulturpessimismus vor den Gefahren der neuen Medien zu warnen. Und man muss sich auch keineswegs die Zeiten zurückwünschen, in denen sich elektronische Medien mitunter als Erziehungsanstalt gerierten. In das Zeitalter der Brandts und Schmidts, Kohls und Strauß' führt kein Weg zurück. Das entbindet aber nicht vom kritischen Blick auf problematische und für die Demokratie letztlich abträgliche Entwicklungen. Es ist verständlich, dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien nach den Einbrüchen in der Zuschauergunst durch die Konkurrenz der Privaten stärker um unterhaltende Programmbestandteile bemüht haben. Gleichwohl widerspricht es dem Grundgedanken des öffentlich-rechtlichen Sendeauftrags, wenn eine Sendung nur noch daran gemessen wird, wie viel Aufmerksamkeit und Interesse sie ausgelöst hat. Wenn Politik bloß noch Teil eines medialen Reizüberflutungsteppichs wird, in dem Geschichten und Geschichtchen präsentiert werden, aufgeblasen mit marktschreierischer Selbstwerbung, ist dies ein

Beitrag zum Niedergang öffentlicher politischer Kommunikation. Wie bei vielen Problemen der modernen Welt wird das kurzatmige Streben nach Aufmerksamkeit hierbei zum Feind der längerfristigen Folgen: Die spektakuläre Skandalisierung dieses oder jenes Sachverhalts mag heute Aufmerksamkeit fesseln, Quoten, Prominenz und Geldbeutel von Journalisten mehren. Gleichzeitig aber sorgen effekthascherische Präsentation und ein Übermaß an Negativberichterstattung auf die Dauer auch für eine Entwertung der politischen Berichterstattung selbst. Am Ende eines Windhundrennens um Aufmerksamkeit und Geld steht eine Abwärts-spirale, die die Substanz der Demokratie selbst berührt. Und die keinen Sieger hat.

e) Medienpolitik ist keine politische Neben Bühne

Gesetzliche Maßnahmen werden hier nur im äußersten Fall heranzuziehen sein. Natürlich sind die Programm-gewaltigen des öffentlichen Rundfunks stärker an ihren Sendeauftrag zu erinnern. Medienpolitik ist keine poli-tische Neben Bühne, und es ist angesichts der gesell-schaftspolitischen Bedeutung der elektronischen Medi-en keine unziemliche Freiheitsbeschränkung, bei der Zulassung und Überprüfung von Programmangeboten mehr gesellschaftliche Verantwortlichkeit einzufordern. Vor allem aber ist es eine Frage der Selbstverpflichtung und Selbstverantwortlichkeit der Akteure bei der Gestal-tung von Sendeformen und Programmangebot : Wenn die Verantwortlichen der privaten Sendeanstalten nur am wirtschaftlichen Erfolg und die der öffentlich-recht-lichen nur an der Quote orientiert bleiben, wird sich Öffentlichkeit bis 2025 noch weiter vom Ideal einer kri-tisch rasonierenden Öffentlichkeit entfernen, als das heute schon festzustellen ist. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten stellen sich auf die Dauer selbst infrage, wenn sie ihren Auftrag zur informationellen Grund-versorgung so missachten, wie das in den letzten Jah-ren immer häufiger zu beobachten war. Politik als Teil eines vor allem unterhaltenden Bilder- und Klangtep-pichs, in dem seriöse Themen wahllos neben Klatsch- und Tratschgeschichten einsortiert werden – das kann der Demokratie nicht gut bekommen.

4.3.7. Gesellschaft

Parteien und Politiker, aber auch Medienverantwortliche leben nicht im luftleeren Raum. Sie sind Teil einer Ge-sellschaft, die tief greifende Wandlungsprozesse durch-macht. Sie müssen diesen Rechnung tragen: Freizeitge-wohnheiten lassen sich weder von politischen Eliten

noch von Programmverantwortlichen vorschreiben. Gleichzeitig aber müssen Entscheidungsträger auch versuchen, Entwicklungen aufzufangen, Spielräume zu gestalten, da und dort auch korrigierend einzugreifen. Das macht Veränderungen schwierig, aber sie sind im-mer noch möglich. Verantwortungsträger müssen ge-sellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen: Aber sie sind ihnen nicht hilflos ausgeliefert.

Mit Blick auf die absehbare Zukunft stellen sich für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer leben-digen Demokratie vor allem zwei problematische Ent-wicklungslinien: die Überdehnung des ökonomischen Denkens und die Frage der Führungsverantwortung gesellschaftlicher Entscheidungsträger.

a) Die ausufernde Überdehnung des ökonomischen Denkens fördert Verdruss und Politikabstinenz

In vielen kritischen Diagnosen ist in den Neunzigerjah-ren des vergangenen Jahrhunderts auf Verkrustungen und Unbeweglichkeiten des sozial eingehetzten „rhei-nischen Kapitalismus“ hingewiesen worden, die einer gedeihlichen wirtschaftlichen Zukunftsentwicklung dieses Landes unter den Bedingungen gewachsener internationaler Vernetzung entgegenstünden. Es ist unstrittig, dass es dafür plausible Anhaltspunkte gab. In der Folge hat sich im öffentlichen Raum über viele Jahre eine Diskussionsrichtung durchgesetzt, die in einem bis dahin in Deutschland unbekanntem Maße Fragen von Wirtschaftlichkeit, Effizienz und internatio-naler Konkurrenzfähigkeit als die bei Weitem wichtigs-ten Grundfragen künftiger gesellschaftlicher Entwick-lung herausgestellt haben.

Ogleich viele dieser Fragen reale gesellschaftliche Probleme reflektiert haben, muss auch gesehen wer-den, dass diese Anlage des öffentlichen Diskurses eine Reihe von Nebenwirkungen hervorgerufen hat, die im Hinblick auf die Zukunft der Demokratie problema-tisch sind:

1. Es ist der Eindruck entstanden, Politik könne viel-leicht noch manches steuern, nicht aber die Ent-wicklungen der wirtschaftlichen Grundlagen. Hier-bei müsse sie sich auf die Anpassung an gewisser-maßen objektiv vorgegebene Sachzwänge begren-zen. Die für das goldene Zeitalter des Kapitalismus von 1950 bis 1973 vorherrschende Vorstellung, dass der zentrale Akteur Staat bestimmte Entwicklungen übergreifenden Charakters besser erkennen könne

als private Unternehmen, gilt angesichts der heute verbreiteten Kompetenzvermutungen als überholt. Da freilich die deshalb vorgenommenen Anpassungsmaßnahmen für erhebliche Teile der Gesellschaft keine einsichtigen und nachvollziehbaren Vorteile gebracht haben, hat sich diese Diskussion letztlich gegen die Politik insgesamt gewendet. Wozu sich politisch engagieren, interessieren und betätigen, wenn Politik nur Maßnahmen exekutieren kann, deren Sinn für die eigene soziale Lage und Lebensperspektive sich vielen nicht erschließt? Bei aller Notwendigkeit von Reformen darf nicht übersehen werden: Wenn Politik nur noch nachvollziehende Instanz anonymer Marktgesetze ist, schwächt sie sich und ihre gesellschaftliche Akzeptanz in bis dahin über Jahrzehnte nicht bekanntem Ausmaß. Wenn diese Entwicklung anhält, werden die Probleme demokratischer Beteiligung und der Vertrauensverlust in die Politik nicht abnehmen. Aus diesem Blickwinkel kann man den im Zeichen von offenkundigem Markt- wie Politikversagen öffentlich derzeit ablaufenden „Paradigmenwechsel“ mit seinen Forderungen nach politischer Steuerung nur begrüßen.

2. Mit der Anlage dieser öffentlichen Diskussion war eine Entwertung von allem verbunden, was mit politischer Bildung, staatlicher Finanzierung und öffentlichem Dienst zu tun hat. So wurde in vielen Bundesländern aus Fächern wie Politik bzw. Sozial- oder Gemeinschaftskunde mit einem Federstrich das Fach „Politik und Wirtschaft“. Wenn aber die Stundenzahl zur Vermittlung politischer Bildung so einfach zurückgeschraubt werden konnte, musste das den Schluss zulassen: So wichtig kann das nicht sein. Die Losung der Stunde hieß: Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft. Ähnliches lässt sich in den Diskussionen über Markt und Staat feststellen: Markt ist gut und Staat ist schlecht – so hieß die kaum noch infrage gestellte Grundannahme des Reformdiskurses über viele Jahre. Und auf dieser Grundlage war dann auch klar: Die Privatwirtschaft arbeitet effektiv, der öffentliche Dienst aber nicht. Milliarden wurden dafür ausgegeben, dies alles per Gutachten zu bestätigen – natürlich durch Private. Auch dies hat sich seit dem letzten Herbst praktisch über Nacht verändert.

Es geht hier nicht darum, dass der öffentliche Dienst reformbedürftig war und mancherlei Privatisierung sinnvoll ist. Aber die allzu pauschale und vereinfachen-

de Grundtendenz der öffentlichen Debatte hat die Politik insgesamt geschwächt – und damit auch das politische Interesse.

Abgesehen davon, dass für Verallgemeinerungen dieser Art im Lichte von Ergebnissen wenig spricht: Diese Art der Geringschätzung (und Selbstgeringschätzung) von Politik und Politikern hat im Ergebnis nicht nur einen Beitrag zur Schwächung der Demokratie geleistet, weil die Erinnerung daran, dass auch der Markt kein Selbstzweck ist, sukzessive verloren gegangen ist. Die Überdehnung des ökonomischen Prinzips, nach dem immer mehr materielle und immaterielle Güter dem Prinzip von Angebot und Nachfrage unterworfen werden sollen, ist auch ein Problem der Demokratie als politischer Ordnungsidee selbst. Dass das Prinzip der Gerechtigkeit auch gröblich verzerrt werden kann, wenn man die falschen Güter der betriebswirtschaftlichen Logik unterwirft, verschwindet schon heute allzu oft aus dem Bewusstsein.

Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Wir brauchen eine Renaissance der politischen Bildung. Natürlich ist die Kenntnis marktwirtschaftlicher Funktionszusammenhänge von elementarer Bedeutung. Das soll keinesfalls geringgeschätzt werden. Aber die Erhebung des ökonomischen Denkens zu einer Art „Leitwissenschaft“ ist eher Ausdruck eines Gesellschaftsbildes, das vollkommen verkennt, dass marktwirtschaftliche Steuerung nur unter Voraussetzungen eine gesellschaftlich nützliche Rolle spielen kann, die sie selbst niemals herstellen kann. Der Markt als Antriebsmotor für die Nützlichkeitskalküle der vielen privaten Interessen ist ein Mittel, nicht der Zweck selbst. Das muss auch in der Bildung wieder viel deutlicher werden.

b) Entkoppelung von Leistung und Erfolg hat für das Wertebewusstsein der Gesellschaft dramatische Folgen

In der Logik dieses gesellschaftlich hegemonial gewordenen Denkens liegt auch die wachsende Entkoppelung von Leistung und Erfolg. Wenn – wie immer häufiger sichtbar – Bildung und Fleiß, Arbeit und Mühe immer weniger zählen gegenüber Schein, Glück, Frechheit, ja Dreistigkeit, stellt sich das meritokratische Prinzip, das zu den kulturellen Basiswerten unserer Gesellschaft zählt, selbst infrage. Die Entkoppelung von Leistung und Erfolg ist das eigentlich Problematische der viel beklagten Auswüchse bei den Managereinkommen. Auch das zeigt sich in der Bankenkrise auf besonders dramati-

Andrea Prym-Bruck



sche Weise in Form von millionenschweren Bonuszahlungen als Prämie für das Verzocken von Milliarden. Und wenn die Zugehörigkeit zur Einkommens- und Status-Elite der Gesellschaft künftig immer mehr den Rekrutierungswegen der Bohlens und Feldbuschs – und all der Fußballmillionäre – folgt, wird man sich nicht wundern müssen, dass so viele junge Leute unrealistische Bilder ihrer eigenen Zukunft entwickeln.

c) Elitenversagen als Demokratieproblem

In Deutschland wird nicht gern über Eliten geredet, weil das der neudeutschen Political Correctness irgendwie widerspricht. Andererseits aber gibt es sie natürlich. Problematisch daran ist nur, dass sie ihre Führungsverantwortung nicht wahrnehmen. Im Kern beschränken sich zu viele, die dazu gerechnet werden können, darauf, den unmittelbaren Handlungszweck des jeweiligen Subsystems wahrzunehmen, dem sie angehören. Echte gesellschaftliche Verantwortungsübernahme findet nicht statt: Einzig wirklich wichtiges Kriterium ist der – kurzfristige – Erfolg des eigenen Unternehmens, der eigenen Partei, des eigenen Geschäfts, des eigenen Clubs, des eigenen Senders. Hinzu kommen Geltungsdrang und allzu menschliche Eitelkeiten. Dabei erscheinen alle wie Getriebene in einem aufgeregten Geschehen, das nach marktwirtschaftlichen Regeln verläuft und in dem um Aufmerksamkeit und Geld konkurriert wird. Gesellschaftliche Verantwortungsübernahme wird dabei eher randständig und immer häufiger bloß noch Funktion von öffentlicher Imagepflege. Dass diese Art von Elite zwar Interesse auf sich ziehen mag, aber kein Vertrauen in der Gesellschaft hervorbringt, ist nur logische Folge. Die Reste alter Bildungseliten, die es noch gibt und die sich in der Publizistik noch hervortun, beschränken sich weitgehend auf gelegentliche Interventionen, die aber ohne nachhaltige Wirkung bleiben. Richtige Meinungsführer mit allgemeiner Respektabilität und Autorität gibt es ohnehin nicht mehr.

4.3.8. Fazit

Natürlich sind Systemzufriedenheit, politisches Interesse und Bereitschaft zum Engagement immer auch durch wirtschaftliche Entwicklungen und die eigene soziale Lage beeinflusst. Der Erfolg der deutschen Nachkriegsdemokratie wäre ohne das Wirtschaftswunder so nicht denkbar gewesen. Es hat die Popularisierung der parteienstaatlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend erleichtert. So kann es nicht verwundern, wenn die Verdüsterung der

wirtschaftlichen Zukunftsaussichten, die seit den Neunzigerjahren erhebliche Teile der deutschen Gesellschaft erfahren haben, sich auch in Vertrauensverlusten gegenüber der politischen Ordnung widerspiegeln. Das wird auch für die Zukunft gelten, weshalb die Zukunft der Demokratie zuerst mit den wirtschaftlichen und sozialen Chancen der Menschen zu tun hat.

Die wichtigste Frage für die Demokratie des Jahres 2025 ist demnach die nach dem sozialen Zusammenhalt. Ist es möglich, Bedingungen für gedeihliche wirtschaftliche Wertschöpfung und die Stärkung der sozialen Bindungskräfte so miteinander zu verbinden, dass mit ausreichendem Wohlstand und sozialer Sicherheit für eine Mehrheit der Menschen auch Politik, Demokratie und Marktwirtschaft eine neue, wieder breitere Akzeptanz genießen? Und dass die Menschen wieder mehr Bereitschaft zeigen, sich zu interessieren und sich zu engagieren?

Viele aktuelle Tendenzen scheinen darauf hinzuweisen, dass zu großem Optimismus wenig Anlass besteht. Die Hamburger Stiftung für Zukunftsfragen prognostiziert, dass 2030 jeder dritte Arbeitnehmer in Deutschland ein Geringverdiener sein wird. Immer weniger Normalarbeitsverhältnisse werde es geben, dafür immer mehr kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse ohne auskömmliche Einkommen. Die Normalarbeitszeit sei bis dahin erledigt. Die Zeitblöcke von Arbeit und Freizeit gerieten immer mehr durcheinander. Jedes achte Paar werde 2030 in einer Fernbeziehung leben – aus ökonomischen Gründen. Noch mehr individualistische Nomadenexistenzen also. Und mit dem Primat der Politik sei es dann endgültig vorbei. Während die dann privilegierten Vollzeitbeschäftigten intensiver, länger und belastender arbeiten müssten, werde die unzufriedene Mehrheit mit „Macdonaldisierung“ ruhig gestellt.

Wenn es so kommen sollte, stünde es fraglos auch schlecht um die Zukunft der Demokratie. Natürlich müssen wir verhindern, dass solche Prognosen Wahrheit werden.

Doch auch wenn die soziale Entwicklung günstiger verläuft, besteht kein einfacher Automatismus. So wenig das gesunkene Vertrauen in die Politik bloßer Reflex wirtschaftlicher Entwicklungen ist, so wenig wird auch die Zukunft nur davon abhängig sein. Die Demokratie von morgen und übermorgen wird davon bestimmt sein, ob es gelingt, an vielen Stellen zugleich kleine und große Veränderungen und Korrekturen zu erreichen.

Schulen müssen politischer Bildung wieder mehr Gewicht einräumen, Lehrer darauf stärker achten, auch Engagementbereitschaft in demokratischen Parteien stärker fördern. Die Angebote von Parteien und Politikern müssen klarer sein, stetiger, berechenbarer. Parteien müssen sich mehr auf ihre klassischen Funktionen der programmatischen Orientierung besinnen. Medien wiederum müssen das Politikbild überprüfen, das sie der Gesellschaft zeichnen – letztlich auch aus eigenem Interesse, weil der Wettkampf um das „Politiker-Bashing“ am Ende auch den politischen Journalismus selbst schwächt. Politainment erzeugt eher die Illusion von demokratischer Beteiligung, weil politische Entscheidungen Wissen, Standpunkte und Maßstäbe voraussetzen, die im Unterhaltungsprogramm nicht zu gewinnen sind.

Die Politik aber muss aufhören, sich selbst kleinzumachen, indem sie sich jedem Modetrend anpasst und sich selbst schon gar keine Gestaltungsleistung mehr

zutraut gegenüber den vermeintlich übermächtigen Kräften der Ökonomie. Die wichtigste Ressource, die Politiker dabei gewinnen oder verspielen können, ist Vertrauen. Gerade weil die Leitbilder unendlicher Flexibilität dem Durchschnittsbürger mehr Angst machen als Hoffnung geben, gerade weil in der wachsenden Flut von Informationshäppchen und Sinnfetzen ein Bedürfnis nach Orientierung und Sicherheit wachsen muss, steigt der Wunsch nach Stetigkeit, Autorität und Verlässlichkeit des politischen Personals.

Am Ende kann die Modernisierung mit ihren Gefährdungen von Gemeinsinn und gesellschaftlichem Engagement zugleich auch wieder eine neue Chance hervorbringen: Aus der Überflutung mit Informationshäppchen und einer unverarbeitbaren Vielzahl von Sinndeutungsangeboten erwächst das Bedürfnis nach Klarheit und Orientierung. Wenn Parteien und Politiker das begreifen, werden sie auch wieder eine neue Chance haben.

5. Mögliche „Warum nicht ...?“-Fragen

Die folgenden Fragen aus den Themenfeldern der Arbeitsgruppe 3 sind kontrovers geblieben und könnten in der Kommission als „Warum nicht ...?“-Fragen behandelt werden:

1. Allgemeines Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen (vgl. Papier Alice Schwarzer)?
2. Freier Eintritt in Museen, Ausstellungshallen etc. als Mittel zum Heranführen sozial benachteiligter Schichten an Kultur?
3. Migrantenquote für den öffentlichen Dienst?
4. Sollen künftig Doppelstaatsbürgerschaften – anders als derzeit – in der Regel hingenommen werden?